

Gesunde Städte

nachrichten

2026



Gesunde Städte-Netzwerk
der Bundesrepublik Deutschland



Seelisch gesund ein Leben lang

**Gesundheitsplanung
und -förderung
in den Kommunen**

Der Sprecher*innenrat des Gesunde Städte-Netzwerks begrüßt alle Leser*innen!



Das Foto entstand während des Treffens zur Ratsklausur im Juni 2025,
es fehlen: Simone Arzt, Janina Barth, Silke Stegelmann, Reiner Stock,
nicht mehr dabei: Ina Zimmermann, Miriam Boger
© Bild: Gesunde Städte-Sekretariat

Aufgepasst!!!!

Der Sprecher*innenrat muss auf der nächsten Mitglieds-
versammlung 2027 in München neu gewählt werden!

**Ein Aufruf an alle, darüber nachzudenken, sich zur
Wahl zu stellen und das Netzwerk gemeinschaftlich
und aktiv voranzutreiben.**

Bei Beratungsbedarf können Sie sich
gern und jederzeit an den Rat und das
Sekretariat wenden! Wir freuen uns!



Janina Barth (Stadt Nürnberg)
Marion Chenevas (Landeshauptstadt München)
Holger Kairies (Stadt Mannheim)
Kolja Lange (Region Hannover)
Stephan Schikorra (Berlin – Charlottenburg-Wilmersdorf)
Tim Streit (Stadt Oldenburg)
Klaus Völkel (Stadt Witten)
Simone Arzt (Stadt Bad Mergentheim)
Irmtraud Lechner (MAGs – München Aktiv für Gesundheit e.V.)
– ausgeschieden
Heidi Marona (Rhein-Kreis-Neuss, Alzheimer-Gesellschaft)
Henrike Nielsen (KIBIS, Region Hannover)
Julia Scholz (Selbsthilfe-Kontaktstelle Buch, Berliner Bezirk Pankow)
– ausgeschieden
Silke Stegelmann (Selbsthilfe-Kontaktstelle Kreis Lippe)
Reiner Stock (Selbsthilfe-Kontaktstelle Frankfurt)

Impressum

Ausgabe August 2026

Anschrift Herausgeber und Redaktion

Gesunde Städte-Sekretariat
c/o Stadt Frankfurt am Main
- Der Magistrat –
Gesundheitsamt
Breite Gasse 28
60313 Frankfurt am Main

Telefon: 069 212 36270
gesunde.staedte-sekretariat@stadt-frankfurt.de
www.gesunde-staedte-netzwerk.de

Redaktion

Jana Bauer, Dr. Anette Christ, Reiner Stock,
Marion Wolf

Gestaltung und Konzeption

kathrin.blumentritt@blume-im-inter.net

Titelbild

trabantos / shutterstock.com

ISSN 2509-3045, 28. Jahrgang,
1. Auflage 2.500 Stück

Die Gesunde Städte-Nachrichten sind ein Forum des
Informationsaustausches. Die Beiträge müssen daher nicht der
Meinung der Redaktion und des Herausgebers entsprechen.

Gender-Formulierung
Die Redaktion hat darauf verzichtet, in den Texten eine
einheitliche Verwendung geschlechtsbezogener Sprachformen
festzulegen. Wir möchten damit die bevorzugten Schreibweisen
der unterschiedlichen Autor*innen respektieren.

Nachdruck einzelner Artikel nur mit ausdrücklicher
Genehmigung der Redaktion und der Autor*innen.

Editorial

Liebe Mitglieder des Gesunde Städte-Netzwerks,
liebe Leserinnen und Leser,

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Demokratie, soziale Sicherheit und gesundheitliche Chancengerechtigkeit sind keine Selbstverständlichkeiten. Sie müssen immer wieder gemeinsam gestaltet und verteidigt werden.

Politische Reformen werden aktuell vor allem unter dem Vorzeichen von Einsparungen und Effizienzsteigerungen diskutiert und es droht aus dem Blick zu geraten, wen diese Veränderungen besonders treffen. Menschen mit geringem Einkommen, Kinder und Jugendliche, ältere Menschen sowie Menschen in belastenden Lebenslagen tragen häufig die größten gesundheitlichen Risiken. Besonders diejenigen, die ohnehin mit schwierigen Lebensbedingungen umgehen müssen und keine Lobby haben, brauchen verlässliche Strukturen, Unterstützung und echte Möglichkeiten zur Teilhabe.

Prävention und Gesundheitsförderung sind deshalb keine freiwillige Kür, sondern eine Investition in eine gerechte Gesellschaft.

Mit der **Hannover Erklärung 2026** hat das Gesunde Städte-Netzwerk hierfür eine klare Botschaft formuliert: **Gesundheit gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge.**

Städte und Gemeinden sind nicht nur diejenigen, die die Folgen gesellschaftlicher Entwicklungen unmittelbar erleben, sie sind auch diejenigen, die täglich zeigen, wie Veränderung gelingen kann und entwickeln Lösungen, die nah an den Menschen sind.

Diese Kraft entsteht nicht allein in Verwaltungen. Sie lebt vom Engagement der Zivilgesellschaft, von Initiativen in den Stadtteilen, von Vereinen, Selbsthilfegruppen, Bildungseinrichtungen und vielen Menschen, die sich jeden Tag für ihre Nachbarschaft einsetzen. Dieses Zusammenspiel aus kommunaler Verantwortung und gesellschaftlichem Engagement macht *Gesunde Städte*¹ erst möglich.

**Auch der internationale Blick zeigt:
Kommunen sind zentrale Zukunftsgestalter.**

Beim Treffen des *WHO European Healthy Cities Network 2026* in Portugal wurde erneut deutlich, dass Städte und Gemeinden in Europa und weltweit vor ähnlichen

Herausforderungen stehen und gemeinsam nach Antworten suchen. Die Themen der WHO-Phase VIII, von gesundheitlicher Chancengleichheit über Resilienz bis hin zu Beteiligung und nachhaltiger Entwicklung, spiegeln die Arbeit vieler Kommunen im Gesunde Städte-Netzwerk wider.

Die aktuelle Ausgabe der GSN-Nachrichten zeigt die Vielfalt und Stärke unseres Netzwerks. Sie steht für den Austausch von Wissen, für gegenseitige Unterstützung und für die gemeinsame Überzeugung, dass Gesundheit dort beginnt, wo Menschen leben.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren sowie allen Mitgliedern, die das Netzwerk mit ihrem Engagement tragen. Lassen Sie uns weiterhin gemeinsam dafür eintreten, dass Gesundheit, Gerechtigkeit und Lebensqualität politische Prioritäten bleiben.

Gesundheit ist eine Frage der Lebensbedingungen und damit eine Frage politischer Entscheidungen. ■



© Bilder: Gesunde Städte-Sekretariat

¹ Der Begriff „Gesunde Städte“ folgt der internationalen WHO-Bezeichnung „Healthy Cities“ und steht als Sammelbegriff für die gesamte heterogene kommunale Landschaft. Er schließt Städte ebenso ein wie Gemeinden und weitere kommunale Gebietskörperschaften unterschiedlicher Größe und Struktur. Entscheidend ist nicht die Verwaltungsform, sondern das gemeinsame Verständnis, Gesundheit als kommunale Querschnittsaufgabe und Teil nachhaltiger Daseinsvorsorge zu gestalten.



Treffen des WHO European Healthy Cities Network 2026 in Portugal, © Bilder: WHO European Healthy Cities Network

Grußwort

Dr. Kirsten Kappert-Gonthier, MdB

Schirmfrau des Gesunde Städte-Netzwerks der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder des Gesunde Städte-Netzwerks,

ich freue mich sehr, die Schirmfrau für das Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland sein zu dürfen.

Gesundheit entsteht nicht allein in Arztpraxen, Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen. Sie entwickelt sich im Alltag, dort, wo Menschen leben, lernen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen – in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen. Wir wissen heute, dass viele gesundheitliche Belastungen vermieden oder verringert werden können, wenn wir frühzeitig die Rahmenbedingungen für ein gesundes Aufwachsen, Leben und Älterwerden schaffen. Wie wir unsere Städte bauen, hat einen unmittelbaren Einfluss auf unsere körperliche und seelische Gesundheit. Deshalb kommt den Kommunen eine Schlüsselrolle bei der Gesundheitsförderung und Prävention zu.

Seit vielen Jahren setzt sich das Gesunde Städte-Netzwerk mit großem Engagement dafür ein, Gesundheit als Querschnittsaufgabe in allen kommunalen Politikfeldern zu verankern und Prävention zu stärken. Ob Stadtentwicklung, Mobilität, Klima- und Umweltschutz, Bildung, soziale Teilhabe oder Digitalisierung – überall dort werden wichtige Weichen für gesundheitliche Chancengerechtigkeit und Lebensqualität gestellt. Gesundheitspolitik ist deshalb immer auch Sozial-, Umwelt-, Bildungs- und Stadtentwicklungspolitik.

Die Herausforderungen unserer Zeit machen dieses Engagement wichtiger denn je: Die Folgen der Klimakrise, Kriege und globale Konflikte, ökonomische Unsicherheit, Zukunftssorgen, wachsende soziale Ungleichheiten sowie der demografische Wandel verändern die Bedingungen für ein gesundes Leben grundlegend und verschärfen soziale Ungleichheiten und dadurch gleichberechtigte Gesundheitschancen. Das zeigt sich auch an steigenden psychischen Belastungen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen und bei Menschen, die von Armut betrof-



Dr. Kirsten Kappert-Gonthier beim Treffen des WHO European Healthy Cities Network 2026 in Portugal

fen sind. Auch deshalb liegt mir die Stärkung der psychischen Gesundheit besonders am Herzen. Prävention und Gesundheitsförderung gewinnen immer mehr an Bedeutung und müssen daher zentrale Säulen einer zukunftsfähigen und modernen Gesellschaft bilden. Sie sind kein „Nice-to-have“, sondern essenziell für individuelle Lebensqualität, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für unsere Demokratie.

Das Gesunde Städte-Netzwerk steht seit Jahrzehnten für „Health in and for All Policies“, diesen ganzheitlichen Ansatz, der die Gesundheit und Gesundheitschancen in den Lebenswelten der Menschen stärkt. Es verbindet kommunale Erfahrung, wissenschaftliche Erkenntnisse und praktisches Handeln zu einer starken Bewegung für gesundheitsfördernde Lebenswelten. Als Schirmfrau ist es mir wichtig, diese wichtige Arbeit des Netzwerks sichtbar zu machen und den Anliegen der Kommunen auf Bundesebene noch mehr Gehör zu verschaffen.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den Mitgliedskommunen und allen Partnerinnen und Partnern des Netzwerks. Gemeinsam können wir dazu beitragen, Prävention zu stärken, Gesundheit in allen Politikfeldern zu berücksichtigen und eine Gesellschaft zu gestalten, in der gesundheitliche Chancengerechtigkeit erzielt wird. ■

Mit herzlichen Grüßen

Dr. Kirsten Kappert-Gonthier, MdB

Inhalt

- 2 **Der Sprecher*innenrat**
- 3 **Editorial**
- 4 **Dr. Kirsten Kappert-Gonther übernimmt Schirmherrschaft für das Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland**

Titelthema

Seelisch gesund ein Leben lang
– Praxisberichte

- 8 **BERLIN LICHTENBERG**
17 Jahre Filmreihe „Irrsinnig Menschlich“
- 10 **BERLIN TREPTOW-KÖPENICK**
Gesunde Ernährungsumgebungen für soziale Teilhabe
- 12 **BREMEN**
Regionale Fachkräfte für psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen „ReFaps“
- 14 **DORTMUND**
Psychische Gesundheit im Schulalltag stärken: Das Programm „Verrückt? Na und!“
- 16 **DÜSSELDORF**
Forum Seelische Gesundheit – Kommunale Aufklärung als Schlüssel für gesunde Städte
- 18 **ESSEN**
Die Fachstelle Elternschaft und seelische Erkrankung (ElsE) als gelungenes Praxisbeispiel kommunaler Gesundheitsförderung
- 20 **REGION HANNOVER**
 - Psychische Krisen rund um die Geburt – Hebammen in ihrer Schlüsselrolle stärken!
 - Kommunale Strategien zur Stärkung der seelischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen
- 24 **HEIDELBERG**
Seelisch fit gegen Ausgrenzung und für Akzeptanz

- 26 **LUDWIGSBURG**
Netzwerk Mentale Gesundheit „MOMENTE FÜR DICH“
- 28 **MANNHEIM**
Gesundheitscafé Schönaue – Lebensweltorientierte Gesundheitsförderung im Quartier
- 30 **MÜNCHEN-Ramersdorf**
PasSt – ein Projekt zur Stärkung des psychischen Wohlbefindens
- 32 **NÜRNBERG**
 - Vom Ich zum Wir – Psychotherapie und Selbsthilfe im Dialog
 - Psychische Gesundheit fördern, Ressourcen bündeln: Aktuelle Initiativen und Projekte
- 36 **OBERHAUSEN**
Gesundheitsrallye: Prävention erleben – Gesundheit gemeinsam gestalten
- 38 **OLDENBURG**
Suizidalität im Kontext Schule
- 40 **KREIS SEGEBERG**
Bücherliste & Bücherkiste – seelische Gesundheit sichtbar machen
- 42 **SPEYER**
Gesunde Stadt im Netzwerk
- 44 **WITTEN**
Ein Zebra, ein Spinnennetz und die Frage: „Wie geht es dir?“

Beiträge zu weiteren Themen

- 48 **HÖCHSTADT A. D. AISCH**
Will sich eine Stadt wie Höchststadt ein Eisstadion leisten?
- 50 **KREIS UNNA**
Der Mobile Gesundheitskiosk – Niedrigschwellige Gesundheitsberatung und -aufklärung dort, wo Menschen leben
- 52 **LANDKREIS GIESSEN**
Gemeinsam Gesundheit gestalten
- 54 **BIELEFELD**
Die gesunde Stadt Pasig auf den Philippinen

Aus dem Netzwerk

- 56 **40 Jahre Ottawa-Charta**
Mitgliederversammlung und Bundessymposium
- 62 **Hannover Erklärung 2026 des Gesunde Städte-Netzwerks**
Politik für eine „Gesunde Stadt“ stärkt Demokratie und Lebensqualität
- 66 **Dr. Anette Christ** in das Advisory Committee des europäischen WHO Gesunde Städte-Netzwerks gewählt
- 67 **Prof. Dr. Raimund Geene** in das Scientific Committee des europäischen WHO Gesunde Städte-Netzwerk berufen
- 68 **7. Kompetenzforum des Gesunde Städte-Netzwerks in Jena**
Seelisch gesund ein Leben lang – Gesundheitsplanung und Gesundheitsförderung in den Kommunen
- 70 **Aktivitäten des Gesunde Städte-Netzwerks in 2025/26**
- 72 **Unsere neuen Mitglieder im Gesunde Städte-Netzwerk**
 - Aschersleben
 - Fürth
 - Braunschweig
 - Hagen
 - Hanau
 - Kreis Kleve
 - Speyer
 - Wuppertal
 - Kreis Wesel
- 83 **„Angewandte Gesundheitswissenschaften“**
Neuer Master mit Schwerpunkt Psychische Gesundheit an der Hochschule Coburg
- 84 **Ankündigung Mitgliederversammlung und Bundessymposium des GSN 2027 in München**

Titelthema

Seelisch gesund
ein Leben lang
– Praxisberichte



BERLIN LICHTENBERG

BERLIN LICHTENBERG 318.000 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 1997

17 Jahre Filmreihe „Irrsinnig Menschlich“ in Berlin-Hohenschönhausen

„Ich wusste nicht, dass man über so etwas redet“

Nach dem Abspann bleibt der Kinosaal einen Moment still. Dann sagt eine junge Frau zögerlich ins Mikrofon: „Ich wusste nicht, dass man über so etwas redet. Jetzt weiß ich, ich bin nicht allein.“

Solche Sätze zeigen, warum die Filmreihe „Irrsinnig Menschlich“ im Norden des Berliner Bezirks Lichtenberg so wichtig ist. Seit inzwischen 17 Jahren schafft sie Raum für Aufklärung, Begegnung und ehrliche Gespräche über seelische Gesundheit. Und das an einem Ort, der dafür auf den ersten Blick vielleicht ungewöhnlich erscheint – mitten im Multiplexkino CineMotion Berlin-Hohenschönhausen.

Siebenmal im Jahr werden hier Filme gezeigt, die unter die Haut gehen. Die thematischen Schwerpunkte wechseln, doch allen gemeinsam ist die Auseinandersetzung mit komplexen gesundheitlichen, sozialen sowie

teils gesellschaftlichen und ethischen Fragen zur Psyche, auf die es keine einfachen Antworten gibt. Im Anschluss an die Vorführungen öffnen moderierte Publikumsgespräche den Raum für Austausch. Fachkräfte, Betroffene, Angehörige und ehrenamtlich Engagierte stehen für Fragen, Erfahrungsaustausche und Gespräche zur Verfügung. Hin und wieder gelingt es, diejenigen für das Podium zu gewinnen, die am Film mitgewirkt und ihn somit möglich gemacht haben: Schauspieler, Regisseure und Produzenten.

Wie groß der Bedarf an solchen Angeboten ist, zeigen aktuelle Zahlen deutlich. In Deutschland ist jährlich fast jede dritte erwachsene Person von einer psychischen Erkrankung betroffen. Gleichzeitig nimmt nur ein vergleichsweise kleiner Teil professionelle Hilfe in Anspruch. Psychische Erkrankungen gehören zu den häufigs-

ten Gesundheitsproblemen unserer Zeit, sind jedoch weiterhin stark tabuisiert. Die Folgen reichen von sozialer Isolation über verspätete Hilfesuche bis hin zu erheblichen individuellen und gesellschaftlichen Belastungen.

Genau hier setzt die Filmreihe an. Sie möchte zur Entstigmatisierung beitragen, Prävention und Früherkennung fördern, bestehende Hilfsangebote sichtbar machen und einen Raum schaffen, in dem offen gefragt und diskutiert werden kann. Der Film als Medium eignet sich dabei besonders als Einstieg ins Thema, um zu sensibilisieren, zu informieren und Gespräche anzustoßen. Die Filmreihe macht Mut, über psychische Gesundheit zu sprechen und zeigt, dass Reden hilft und dass Zuhören manchmal schon der erste Schritt ist. Sie bringt somit Menschen miteinander ins Gespräch: im Kino, im Kiez und im Leben.

Ein Projekt vieler Beteiligten

„Irrsinnig Menschlich“ ist ein gemeinsames Projekt des Gemeindepsychiatrischen Verbunds Lichtenberg, des Kinos CineMotion, des Bezirksamts Lichtenberg, des Krankenhauses Königin Elisabeth Herzberge sowie verschiedener Selbsthilfe- und Angehörigen-initiativen. Seit 2025 wird die Filmreihe zusätzlich von der HOWOGE Wohnungsbau-gesellschaft mbH unterstützt.

Die Organisation liegt in den Händen eines ehrenamtlichen, multiprofessionellen Teams. Jährlich werden rund 1.000 Tickets für die sieben Vorführungen verkauft. Jedes Jahr werden neue Filme mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung gezeigt und zum jeweiligen Film passend das Podium besetzt. Auch Schulklassen nutzen das Angebot im Rahmen des Unterrichts. Um Menschen mit geringem

Einkommen die Teilnahme zu ermöglichen, unterstützt das Bezirksamt das Projekt finanziell, sodass der Eintritt pro Person vergünstigt ist.

Das Projekt hat erfreulicherweise Nachahmer gefunden: Ein ehemaliges Teammitglied brachte die Idee in eine Schweizer Privatklinik, wo seit über zehn Jahren gemeinsam mit einem örtlichen Kino ausgewählte Filme der Berliner Reihe „Irrsinnig Menschlich“ gezeigt werden. Auch im Land Brandenburg wurde das Format von einem Mitarbeiter eines dortigen Sozialpsychiatrischen Dienstes übernommen, der zuvor mehrmals Besucher der Filmreihe war. ■

KONTAKT

Marc Kamin

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin
marc.kamin@lichtenberg.berlin.de



Der Schirmherrin Norma Kusserow wird symbolisch ein Schirm überreicht



Manchmal sind viele Podiumsgäste eingeplant

Weitere Informationen sind hier zu finden:

Filmprojekt „Irrsinnig Menschlich“ – Berlin.de
www.cinemotion-kino.de/berlin/events-specials/irrsinnig-menschlich
filmreihe@gpv-lichtenberg.de



Podiumsgäste bestehend aus Selbstbetroffenen, Ehrenamtlichen und Berufsexperten



Podiumsgäste nach dem Film „One for the Road“



Flyer, Kontakt und ein eigener Kinosaal bei jeder Veranstaltung



Der Film „Sonne und Beton“ lockte auch Ältere ins Kino



Bei der Dokumentation „Ich bin ich – Ich bin mehr als meine Diagnose“ von Andrea Rothenburg waren viele Akteure aus dem Film zu Gast im Publikum und auf dem Podium

BERLIN TREPTOW-KÖPENICK

BERLIN TREPTOW-KÖPENICK 302.000 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 1998 Bezirk Treptow
2001 Köpenick (nach Bezirksfusion)

Gesunde Ernährungsumgebungen für soziale Teilhabe in Treptow-Köpenick gestalten!

Laut dem Public Health Index 2025¹ belegt Deutschland im Vergleich zu 17 europäischen Ländern den vorletzten Rang bei präventionspolitischen Maßnahmen. Im Ernährungsbereich wurden keinerlei Maßnahmen umgesetzt, jedoch stellt eine unausgewogene Ernährung einen hohen Risikofaktor für eine vorzeitige Sterblichkeit dar – sogar vor Bewegungsmangel.

Um die Bedeutung des Themas Ernährung aufzugreifen, hat sich die Qualitätsentwicklungs-, Planungs- und Koordinierungsstelle für Öffentliche Gesundheit im Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin zum Ziel gesetzt,



Gerettete Lebensmittel für die „Mittags-Küche für alle“
im KIEZKLUB Haus der Begegnung.



gesunde Ernährungsumgebungen (GEU) zu schaffen. Damit wird der Fokus auf die Verhältnisebene gesetzt und greift das Ergebnis des 2020 veröffentlichten Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz auf, dass „der Einfluss von Ernährungsumgebungen in der öffentlichen und politischen Diskussion unterschätzt [wird], die individuelle Handlungskontrolle dagegen überschätzt“². Dabei wird ein Schwerpunkt auf dem Thema Ernährungsarmut liegen, welches häufig unsichtbar ist, obwohl Hunger und Mangelernährung im Sinne der Nährstoffversorgung allgegenwärtig sind.

In Zusammenarbeit mit dem Berliner LebensMittelPunkte-Netzwerk (LMP-NW) wurde die Idee, „LebensMittelPunkte“ im Bezirk zu errichten, aufgegriffen. LMP sind Orte, an denen mit der Nachbarschaft aus dem Kiez gemeinsam Lebensmittel gerettet, zubereitet und verspeist werden. An diesen Orten können auch Abholstationen der Solidarischen Landwirtschaft oder Fairteiler als Verteilstationen für übrig gebliebene Lebensmittel angebunden sein. Das LMP-NW

unterstützt Einrichtungen dabei, diese Strukturen aufzubauen und ohne ihr Beisein nachhaltig fortzuführen. Der positive Effekt des gemeinsamen Kochens und Essens ist dabei, dass Teilnehmende leicht miteinander ins Gespräch kommen und dabei neue Rezepte mit einem hohen Gemüse- und Obstanteil ausprobieren und für Lebensmittelverschwendung sensibilisiert werden. Auch Menschen ohne Kocherfahrung nehmen teil.

Um geeignete Standorte für LMP zu erfassen, wurde eine Abfrage diverser Einrichtungen (z. B. Familien-, Nachbarschafts- und Stadtteilzentren, Seniorenfreizeitstätten, Kirchengemeinden) durchgeführt. Auf der Basis einer Studie des Leibniz-Zentrums für Agrarlandschaftsforschung (2022)³ wurde mittels einer kartografischen Darstellung anhand des Konzepts der 15-Minuten-Stadt die Verteilung von LMP und möglichen Potenzialstandorten zur Umsetzung unter Verwendung der Abfrage im Bezirk visualisiert.

Im Jahr 2025 wurden zunächst drei Einrichtungen vom LMP-NW betreut. Es hat sich dabei gezeigt, dass LMP wertvolle Orte der sozialen Teilhabe und diese niedrigschwellig zugänglich sind. So nahmen beim Pizzafest Menschen teil, die noch nie zuvor in ihrem Leben einen Pizzateig zubereitet hatten oder eine selbstgemachte Pizza aßen. Vor allem verwitwete Menschen und Menschen mit Sprachbarrieren konnten hierdurch einen Ort der Begegnung finden. Die Aktivitäten bergen damit ein großes Potenzial, Einsamkeit entgegenzuwirken, Selbstwirksamkeit zu aktivieren und das Gemeinschaftsgefühl (wieder) zu erfahren, vor allem in Zeiten mit einem knappen Geldbeutel und den damit verbundenen Belastungen von Ernährungsarmut.

Auf der Basis der kartografischen Analyse und der perspektivischen Einbindung weiterer Gesundheits- und Sozialdaten sollen Planungsräume im Bezirk mit GEU gefördert werden, in denen ein hoher Handlungsbedarf besteht.

Das Thema Ernährungsumgebung bietet als Querschnittsthema viele Potenziale, Kieze gesund und gemeinschaftlich zu gestalten. ■

¹AOK-Bundesverband & Deutsches Krebsforschungszentrum (2025). Public Health Index 2025 – Gesundheitsschutz im europäischen Vergleich. https://www.dkfz.de/fileadmin/user_upload/Krebspraevention/Download/pdf/Buecher_und_Berichte/2025_Public-Health-Index.pdf

²WBAE – Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL (2020). Politik für eine nachhaltigere Ernährung: Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten. Gutachten, Berlin. https://www.bmlh.de/SharedDocs/Archiv/Downloads/wbae-gutachten-nachhaltige-ernaehrung.pdf?__blob=publicationFile&v=3

³Klebl, F., Walthall, B., & Vicente-Vicente, J. L. (2022). Planning for sustainable food communities: An optimal spatial allocation study of food hubs considering the 15-min city concept—The case of LebensMittelPunkte in Berlin. *Frontiers in Sustainable Food Systems*, 6, 913412. DOI: 10.3389/fsufs.2022.913412. <https://www.frontiersin.org/journals/sustainable-food-systems/articles/10.3389/fsufs.2022.913412/full>

© Bilder: LMP-Netzwerk Berlin, Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin, Stadtentwicklungsamt, FB Vermessung



Aushang zur Einladung der „Mittags-Küche für alle“ im KIEZKLUB Gerard Philipe



Gemeinsames Essen im KIEZKLUB Haus der Begegnung.



Potenzialstandorte für LebensMittelPunkte in Treptow-Köpenick

KONTAKT

Qualitätsentwicklungs-, Planungs- und Koordinierungsstelle für Öffentliche Gesundheit des Bezirksamtes Treptow-Köpenick von Berlin

Stefanie Josefine Karle-Bhat
Gesundheitsförderung und Prävention für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
Karle-Bhat@ba-tk.berlin.de

Heike Gede
Gesundheitsförderung für ältere Menschen
Heike.Gede@ba-tk.berlin.de

LebensMittelPunkte-Netzwerk Berlin
Karen Wohler
Projektkoordination LMP-Netzwerk
projektbuero@lebensmittelpunkte-berlin.de



BREMEN 586.000 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 2019

Regionale Fachkräfte für psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen „ReFaps“

Spätestens durch die Covid-19-Pandemie wurde eine hohe psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen deutlich, multiple globale Krisen wirken sich zusätzlich negativ auf ihre psychische Gesundheit aus. Vor der Pandemie zeigte in etwa jedes fünfte Kind (18 Prozent) Hinweise auf psychische Auffälligkeiten, während der Pandemie war es etwa jedes dritte Kind (27 bis 31 Prozent), 2025 gaben weiterhin 23 Prozent hohe Belastungen an (Kaman et al., 2025). Der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit niedriger Lebensqualität stieg von präpandemisch 15,3 Prozent auf 22 Prozent. Vor allem bei jugendlichen Mädchen zeigte sich ein deutlicher Anstieg von depressiven und ängstlichen Symptomen. Die Wartezeiten auf Therapieplätze haben sich zudem deutlich verlängert.

Vor diesem Hintergrund werden seit September 2022 in Bremen und Bremerhaven „Regionale Fachkräfte für psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ (ReFaps) eingesetzt. Die qualifizierten Ansprechpartner*innen stellen eine

niedrigschwellige regionale Anlaufstelle für (sozial-)pädagogische und andere Fachkräfte (z. B. aus den Bereichen Schule, Kita, Jugendfreizeit) und Familien bei psychosozialen Fragen dar. Die ReFaps sind bei der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen, Bremen e. V. (LVG & AFS) und der Kinder- und Jugendpsychiatrie des Klinikums Bremen-Ost angestellt und werden von den Gesundheitsbehörden Bremens und Bremerhavens finanziert.



Preisverleihung des Gesundheitspreises 2025 der AOK Berlin, bei der wir den kommunalen Sonderpreis gewonnen haben, © Bild: AOK-Bundesverband

Die Fachkräfte arbeiten als Tandems im Osten, Süden, Westen und Norden Bremens sowie in Bremerhaven. Auf diesem Wege können sie individuelle und präzise Beratung und Weitervermittlung vor Ort anbieten.

**Sie helfen den Fachkräften
genauso wie den Familien dabei,
das passende Hilfsangebot für
die Kinder und Jugendlichen zu
finden und klären darüber auf,
welcher Schritte es zum Beispiel
bedarf, wenn eine therapeutische
Unterstützung in Anspruch
genommen werden soll.**

Ein weiterer Schwerpunkt ist das Erarbeiten und Durchführen von Vorträgen und Workshops zum gesamten Themengebiet der psychischen Gesundheit (z. B. Umgang mit Stress, Prüfungsangst, Selbstwert, Trauma, Depression, Essstörungen). So können beispielsweise flexibel und zeitnah Anfragen zur Teilnahme an Elternabenden oder Elterncafés, Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte und Erzieher*innen oder Infoveranstaltungen in religiösen Einrichtungen wie Moscheen oder Kirchen angenommen und bearbeitet werden. Des Weiteren werden Angebote in Form von Unterrichtseinheiten oder Projekttagen an Schulen durchgeführt, die sich direkt an die Kinder und Jugendlichen richten.

Die ReFaps sind gut mit verschiedenen regionalen Akteur*innen wie den „Gesundheitsfachkräften im Quartier“ und den „Gesundheitsfachkräften an Schulen“ vernetzt. Sie können dadurch an geeignete Angebote im Quartier verweisen und eigene Angebote durchführen bzw. in Kooperation mit Stadtteilakteur*innen neue Angebote und Projekte entwickeln und/oder unterstützen. So sollen langfristig nachhaltige Strukturen zur Stärkung der Gesundheitskompetenz anderer Fachkräfte und Familien in Bezug auf die psychische

Quelle: Dr. Anne Kaman, Dr. Janine Devine, Prof. Michael Erhart et al. Current Global Crises and Youth Mental Health in Germany: The Role of Media Use, Coping and Resources, 03 December 2025, PREPRINT (Version 1) available at Research Square [https://doi.org/10.21203/rs.3.rs-8260872/v1].



Kolleginnen bei der Arbeit an einem Informationsstand
© Bild: LVG & AFS Niedersachsen Bremen e.V.

Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven aufgebaut und etabliert werden. Aufgrund der engen Vernetzung in den Quartieren beziehungsweise Stadtregionen ist es den ReFaps möglich, Bedarfe und Lücken im Versorgungssystem aufzuzeigen und diese an politische Entscheidungsträger*innen weiterzugeben. Aufgrund der hohen Flexibilität der Tandems können sie außerdem schnell auf Anfragen reagieren, eigene Angebote schaffen und so dabei unterstützen, diese Lücken zu schließen. Diese quartiersbezogene, niedrigschwellige Versorgung ist somit ein wichtiger präventiver Beitrag, um Kinder und ihre Eltern zu erreichen, sie über ihre Hilfsmöglichkeiten aufzuklären und in ihrer psychischen Gesundheit zu stärken. ■

KONTAKT

Dr. Maïke Lipsius
Kinder- und Jugendpsychotherapeutin und
Projektkoordinatorin, Klinikum Bremen-Ost
maïke.lipsius@gesundheit-nds-hb.de

Romy Berner
Fachreferentin und Projektkoordinatorin, Landesvereinigung
für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen
Bremen e.V.
romy.berner@gesundheit-nds-hb.de

DORTMUND 612.000 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 1991

Psychische Gesundheit im Schulalltag stärken:

Das Programm „Verrückt? Na und!“ in Dortmund

„Ich möchte mich bei dir bedanken – für deinen Mut, deine persönliche Geschichte hier so offen mit uns zu teilen. Ich finde es stark, wie du trotz psychischer Erkrankung dein Leben so hinbekommst.“

Mit diesen Worten beginnt die Abschlussrunde eines „Verrückt? Na und!“ Projekttag in der 9. Klasse einer Dortmunder Realschule. Ein anderer Schüler ergänzt: „Ich wusste nicht, dass so viele Menschen psychische Erkrankungen haben.“ Bis hin zu: „Jetzt weiß ich besser darüber Bescheid, wo man sich hinwenden kann, wenn man seelische Probleme hat und man Hilfe braucht.“

Solche Rückmeldungen sind typisch für diese Projekttag – und sie fassen gut zusammen, worum es im Programm geht: Jugendliche ab Klasse 9 sollen Wissen, Orientierung und Mut im Umgang mit psychischen Belastungen gewinnen. Psychische Krisen werden enttabuisiert, Hilfsangebote in- und außerhalb des Schulkontextes sichtbar gemacht. Außerdem erfahren sie Strategien zur Stärkung der eigenen seelischen Gesundheit.

Ein niedrigschwelliger Ansatz, der wirkt

Der fünfstündige Projekttag wird von einem externen Zweierteam gestaltet: fachliche Expert*innen aus der psychosozialen Versorgung und persönliche Expert*innen mit eigener Krisenerfahrung. Letztere berichten aus ihrem Leben – mit genügend Abstand zur eigenen Erkrankung, aber mit authentischer Kraft. Im Austausch mit den persönlichen Expert*innen erfahren Schüler*innen, wie die psychische Erkrankung erlebt wurde und was geholfen hat, mit dieser gut umgehen zu können und wieder gesund zu werden. Sie werden ermutigt, sich bei psychischer Belastung früher an Hilfen zu wenden, ohne durch Angst vor Stigmatisierung davon abgehalten zu werden.

Schulsozialarbeiter*innen nutzen den Tag, um ihre Rolle als vertraute Ansprechpersonen zu stärken. Infomaterialien und Krisenauswegweiser mit Hinweisen auf lokale Hilfen sorgen dafür, dass der Projekttag nicht im Raum verpufft, sondern nachhaltig wirkt. Optional ergänzt eine zweistündige Fortbildung für Lehrkräfte das Angebot. Das Programm ist evaluiert (Grüne Liste Prävention des Landespräventionsrates Niedersachsen), der Verein Irrsinnig Menschlich e. V. ist der Träger.



Christoph Neumann (Leiter der Koordinationsstelle), Susanne Fleck (Programmkoordination Dortmund)
© Bild: Gesundheitsamt Dortmund

Dortmunds Weg: Kooperation, Kontinuität und Engagement

Das Gesundheitsamt Dortmund ist seit 2017 Teil des Programms. „Wir wollten gemeinsam mit Kooperationspartnern ein wirksames, niedrigschwelliges Präventionsangebot im Setting Schule etablieren“, erinnert sich Susanne Fleck, Koordinatorin der Dortmunder Regionalgruppe.

Heute organisiert die Regionalgruppe rund 30 Projektstage pro Jahr in Dortmunder Schulen. Sieben Teams aus persönlichen und fachlichen Expert*innen engagieren sich mit viel Herzblut in dem Programm: „Dafür sind wir sehr dankbar – nur so kann Präventionsarbeit gelingen“, betont Frau Fleck.

Tatkräftig unterstützen hier der hauseigene Kinder- und Jugendärztliche Dienst, der Sozialpsychiatrische Dienst, der Fachbereich Schule sowie das Jugendamt der Stadt Dortmund. Finanziert wird es über Fördermittel – etwa von Krankenkassen – sowie Eigenmittel des Gesundheitsamtes.

Christoph Neumann, Leiter der Koordinationsstelle, ordnet ein: „Seelische Gesundheit von Jugendlichen zu stärken, ist ein zentrales Thema unserer kommunalen

Gesundheitsförderung in Dortmund. Bereits vor Corona zeigte sich, dass junge Menschen im Pubertätsalter nicht selten von psychischen Störungen wie depressiven Störungen, Angststörungen oder Essstörungen betroffen sind (ca. 20%). Die Pandemie hat diese Situation noch verschärft. Daher setzen wir bewusst auf mehrere Bausteine: Präventionsprojekte, Fachtage sowie auf Programme zur Suchtprävention.“

Für Dortmund ist das stark nachgefragte Programm „Verrückt? Na und!“ längst ein fester Bestandteil der kommunalen Gesundheitsförderung geworden. Es schafft etwas, das im Schulalltag selten gelingt: einen geschützten Raum, in dem Jugendliche offen über seelische Belastungen sprechen können – und erfahren, dass sie damit nicht allein sind. ■

KONTAKT

Susanne Fleck

Programmkordinatorin in Dortmund
Gesundheitsamt Dortmund
sfleck@stadtdo.de

Programm „Verrückt? Na und!“ | dortmund.de

DÜSSELDORF 629.000 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 2000

Das Düsseldorfer „Forum Seelische Gesundheit“

Kommunale Aufklärung als Schlüssel für gesunde Städte

Psychische Erkrankungen gehören zu den häufigsten und folgenreichsten Gesundheitsproblemen unserer Zeit. Sie betreffen Millionen von Menschen quer durch alle Alters- und Bevölkerungsgruppen, zählen zu den Hauptursachen für Arbeitsunfähigkeit und Frühverrentung und verursachen erhebliche volkswirtschaftliche Kosten. Depressionen, Angststörungen oder Suchterkrankungen sind keine Randphänomene, sondern Volkskrankheiten mit erheblichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen. Für kommunale Gesundheitsämter ergibt sich daraus ein klarer Auftrag: Psychische Gesundheit muss als zentrales Handlungsfeld der Prävention, Aufklärung und Gesundheitsförderung verstanden und aktiv gestaltet werden.

In der Logik gesundheitsfördernder Städte geht es dabei nicht allein um

die Organisation von Versorgung im Krankheitsfall. Entscheidend ist vielmehr, Gesundheitskompetenz zu stärken, Zugänge zu Informationen zu erleichtern und psychische Erkrankungen aus der Tabuzone zu holen. Genau hier setzt das Forum Seelische Gesundheit des Gesundheitsamtes der Landeshauptstadt Düsseldorf an.

Das Forum ist ein Angebot der kommunalen Psychiatrie- und Suchtkoordination und versteht sich als niedrigschwellige Schnittstelle zwischen Fachwissen, Versorgungsstrukturen und Stadtgesellschaft. Ziel ist es, verständlich über psychische Erkrankungen zu informieren, Orientierung im komplexen Hilfesystem zu geben und einen Beitrag zur Entstigmatisierung zu leisten. Damit erfüllt das Forum zentrale Aufgaben kommunaler Gesundheitsförderung: Chancengleichheit, Teilhabe und die

Stärkung von Handlungskompetenz durch Wissen.

Das thematische Spektrum des Forums ist bewusst breit angelegt. Neben Informationsveranstaltungen zu spezifischen Erkrankungen wie Borderline-Persönlichkeitsstörung, Schizophrenie oder ADHS werden rechtliche Fragestellungen – etwa zum Betreuungsrecht – erörtert und konkrete Unterstützungsangebote wie Selbsthilfegruppen oder ambulant betreutes Wohnen vorgestellt. Besonders stark nachgefragt sind dabei die klassischen Informationsveranstaltungen zu einzelnen Krankheitsbildern. Sie bieten Raum für sachliche, fachlich fundierte Aufklärung und ermöglichen es, Unsicherheiten abzubauen – nicht nur bei Betroffenen und Angehörigen, sondern auch bei Menschen ohne unmittelbaren Bezug zur Psychiatrie.

Ein zentrales Merkmal des Forums ist seine konsequente Niedrigschwelligkeit. Die Veranstaltungen finden monatlich in Kooperation mit der Zentralbibliothek im KAP1 statt – einem offenen, gut erreichbaren Ort mitten in der Stadt. Diese bewusste Verortung außerhalb klassischer Verwaltungs- oder Versorgungskontexte senkt Hemmschwellen, signalisiert Offenheit und fördert den Austausch zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Psychische Gesundheit wird hier als gesellschaftliches Thema sichtbar – nicht als Randthema, nicht als Spezialwissen.

Für die Psychiatrie- und Suchtkoordination des Gesundheitsamtes

ist das Forum Seelische Gesundheit ein zentrales Instrument der Aufklärungs- und Antistigma-Arbeit. Es ergänzt strukturelle Vernetzungsaufgaben um eine direkte Ansprache der Stadtbevölkerung. Gleichzeitig stärkt es die Transparenz psychiatrischer Versorgungsangebote und macht kommunale Verantwortung für seelische Gesundheit konkret erfahrbar.

Gerade im Kontext „Gesunder Städte“ zeigt sich hier ein zukunftsweisender Ansatz: Psychische Gesundheit wird nicht ausschließlich als Aufgabe des Versorgungssystems verstanden, sondern als Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge und urbaner Lebensqualität. Das Forum Seelische

Gesundheit steht damit exemplarisch für eine Gesundheitsverwaltung, die Prävention, Information und Teilhabe zusammendenkt – und seelische Gesundheit als Voraussetzung für eine lebenswerte, gesunde Stadt begreift. ■

KONTAKT

Robert Kekez

Psychiatriekordinator
Landeshauptstadt Düsseldorf
Robert.Kekez@duesseldorf.de



© Bild: Gesundheitsamt Düsseldorf

ESSEN 596.000 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 1989 Gründungsmitglied
2013 Austritt
2024 Wiedereintritt

Seelische Gesundheit lebenslang stärken:

Die Fachstelle Elternschaft und seelische Erkrankung (ElsE) als gelungenes Praxisbeispiel kommunaler Gesundheitsförderung

Die Förderung seelischer Gesundheit stellt eine Querschnittsaufgabe kommunaler Gesundheitsplanung dar. Insbesondere Familien, in denen ein Elternteil von einer psychischen oder Suchterkrankung betroffen ist, weisen ein erhöhtes Risiko für gesundheitliche und psychosoziale Belastungen auf und sind somit Zielgruppe von Gesundheitsförderung. So stehen diese Familien und ihre Kinder häufig vor besonderen Herausforderungen, die den Alltag, Bindungserfahrungen und das weitere Leben der Kinder prägen können. Gleichzeitig finden sie sich oftmals in komplexen Versorgungssystemen wieder, in denen Hilfsangebote nicht immer ausreichend miteinander vernetzt sind.

Diese Punkte adressiert die Fachstelle Elternschaft und seelische Erkrankung (ElsE) mit ihrer Arbeit als gemeinsames Angebot des Gesundheitsamtes

und des Jugendamtes der Stadt Essen. Sie verfolgt das Ziel zu vernetzen, Versorgungsstrukturen zu gestalten und den Zugang zu Unterstützungsleistungen für betroffene Familien zu erleichtern. Dabei orientiert sich die Fachstelle an den Grundprinzipien von Prävention und kommunaler Gesundheitsförderung, insbesondere an Ressourcenorientierung, Empowerment, Partizipation sowie interdisziplinärer Zusammenarbeit. So nimmt die Fachstelle ElsE der Stadt Essen eine bedeutsame Rolle bei der Entwicklung geschäftsereichsübergreifender, kommunaler Unterstützungsstrukturen ein.

Ein zentraler Handlungsansatz der Fachstelle ElsE ist die Koordination und Weiterentwicklung von Angebotsstrukturen. Beispielhaft konnte in Essen eine regelmäßige

Sprechstunde der Familienberatungsstellen in den Erwachsenenpsychiatrien etabliert werden. Darüber hinaus sind Seminare zur Geburtsvor- und nachbereitung mit dem Titel „Das Schwere leicht(er) machen“ konzipiert und durchgeführt worden, wodurch belastete Elternteile bereits bei Eintritt und Übergang in die neue Rolle erreicht werden.

Die Fachstelle fungiert als Ansprechpartnerin und als Schnittstelle zwischen Akteurinnen und Akteuren unter anderem aus Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe, Suchthilfe, Schwangerschaftsberatung, Frühen Hilfen sowie Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Durch strukturierte Netzwerkarbeit, fachliche Beratung sowie die Organisation und Durchführung von Fortbildungs- und Austauschformaten trägt die Fachstelle zu interprofessionellen Kooperationen

bei und unterstützt den Wissenstransfer zwischen den beteiligten Systemen.

Für die bedarfsgerechte Versorgung betroffener Familien ist es von besonderer Relevanz, Zugangsbarrieren zu reduzieren. Studien zeigen, dass psychische Erkrankungen im Kontext von Elternschaft unter anderem mit erheblichen Stigmatisierungsprozessen verbunden sind, die eine frühzeitige Inanspruchnahme von Hilfsangeboten erschweren können. Die Fachstelle begegnet diesen Herausforderungen durch niedrigschwellige Informations- und Beratungsangebote, beispielsweise eine wöchentliche, telefonische Sprechstunde. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Öffentlichkeitsarbeit, um sowohl Fachkräfte als auch die Bevölkerung für die Thematik Elternschaft und seelische Erkrankung zu sensibilisieren.

Zukünftig ist geplant, ein Patenprojekt für Kinder psychisch und suchtkranker Eltern aufzubauen, um betroffenen Familien ein weiteres Angebot der Begleitung und Unterstützung machen zu können. Gleichzeitig soll die Vernetzung der Kooperationspartner*innen in Essen weiterhin gestärkt und durch zusätzliche Fortbildungsangebote für Fachkräfte ergänzt werden. Ziel bleibt es, die seelische Gesundheit als kontinuierliche Aufgabe kommunaler Gesundheitsförderung zu verstehen und Familien über die gesamte Lebensspanne hinweg zu unterstützen. ■

KONTAKT

Franziska Borchers

Stadt Essen – Fachstelle Elternschaft
und seelische Erkrankung (ElsE)
else@essen.de
www.essen.de/else



REGION HANNOVER 1.200.000 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 2013

Psychische Krisen rund um die Geburt



Hebammen in ihrer Schlüsselrolle stärken!

Psychische Belastung von jungen Familien

In den letzten Jahren ist die psychische Belastung bei jungen Familien weiter gestiegen: Eine im Bundesgesundheitsblatt 2024 veröffentlichte Auswertung der KiD-Studie 0 – 3 (Erhebungsjahr 2022) zeigt, dass etwa ein Fünftel der Eltern kleiner Kinder psychisch belastet sind – und dieser Anteil hat sich seit 2015 deutlich erhöht.

Die Zeit nach der Geburt, einschließlich des gesamten ersten Lebensjahres, ist eine sensible Phase, in der sich Eltern in ihre neue Rolle einfinden und emotionale sowie organisatorische Veränderungen verarbeiten müssen. Stimmungsschwankungen und Unsicherheitsgefühle können dabei zunächst ganz normal sein. Jedoch

können sich hieraus auch klinisch relevante Symptome einer Depression oder Angststörung entwickeln. Elterliche psychische Belastungen können in dieser sensiblen Phase nach der Geburt und im ersten Lebensjahr die allgemeine, gesundheitliche sowie bindungsbezogene Entwicklung des Kindes negativ beeinflussen.¹

Rolle der Hebammen und Herausforderungen in der Angebotslandschaft

Um betroffenen Familien effektiv helfen zu können, müssen Belastungen frühzeitig erkannt und an passende Unterstützungsangebote vermittelt werden. Hebammen kommt hier eine Schlüsselrolle zu: Sie besu-

chen Frauen zu Hause, begleiten sie über Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett hinweg und bauen somit ein vertrauensvolles Verhältnis auf.

Durch ihren ganzheitlichen Blick können sie psychische Belastungen wahrnehmen und Familien frühzeitig auf passende Unterstützungsmöglichkeiten hinweisen bzw. an entsprechende Stellen vermitteln. Allerdings ist die Angebotslandschaft in diesem Bereich regional unterschiedlich strukturiert, sodass selbst Fachpersonal zwischen verschiedenen Angeboten und Trägern schnell den Überblick verlieren kann. Hinzu kommen kommunale Unterstützungsstrukturen, deren Bekanntheit häufig intensive Netzwerkarbeit erfordert – eine Aufgabe, die Hebammen im Berufsalltag nicht immer leisten können.

¹ Hänel, M., Neumann, A., Lux, U. et al. Aufwachsen in einem psychisch belasteten Familienumfeld: Ergebnisse der bundesweit repräsentativen Studie „Kinder in Deutschland 0–3 2022“. Bundesgesundheitsblatt 67, 1359–1367 (2024), <https://doi.org/10.1007/s00103-024-03979-2>

Sichtbarkeit der regionalen Potenziale

Vor diesem Hintergrund haben die Mitarbeitenden der Hebammenzentrale Region Hannover den **Handlungsleitfaden für Hebammen bei psychischen Krisen** entwickelt. Basierend auf der Netzwerkarbeit der Hebammenzentrale stellt er erstmals gebündelte Informationen und Handlungsstrategien zum Themenfeld der postpartalen psychischen Krisen bereit. Die Inhalte sind abgestimmt auf die ambulante Betreuung von Hebammen in prä- und postpartalen Phasen und der regionalen Angebotsstruktur. So setzt der Leitfaden direkt bei dem beschriebenen Problem einerseits und an den vorhandenen regionalen Potenzialen andererseits an. Ergänzt werden die

Ausführungen durch Hinweise auf bundesweite Informationsplattformen und Unterstützungsangebote. Ziel ist es, die interprofessionelle Zusammenarbeit zu fördern und dadurch Familien in Stadt und Region Hannover sicher und verlässlich zu begleiten. Die praxisorientierten Informationen und Handlungsempfehlungen beruhen auf Fachliteratur, Leitlinien und Expertenwissen ortsansässiger Hebammen. Der Leitfaden versteht sich als wachsendes Werk und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. ■

Silia Vihs

KONTAKT

Christina Reinartz und Nina Obermeyer
Hebammenzentrale Region Hannover
hebammenzentrale@region-hannover.de
hebammenzentrale-region-hannover.de

Hebammenzentrale Region Hannover

Seit ihrer Gründung im Jahr 2019 hat sich die Hebammenzentrale Region Hannover zu einer zentralen Anlaufstelle für Familien, Hebammen und Fachkräfte entwickelt. Die Initiative wurde von der Region Hannover gemeinsam mit pro familia Niedersachsen e. V. und dem Hebammenverband Niedersachsen e. V. ins Leben gerufen, um die Hebammenversorgung für Schwangere und junge Familien zu verbessern. Nach einer dreijährigen Projektphase übernahm die Region Hannover 2022 die Zentrale und ordnete sie dem Fachbereich Gesundheitsmanagement zu.

Wenn Sie Interesse an einem Exemplar des Handlungsleitfadens haben, wenden Sie sich gerne an die Hebammenzentrale Region Hannover. Auf Wunsch senden wir Ihnen den Leitfaden als digitale Version oder in gedruckter Form zu.



Region Hannover

Kommunale Strategien zur Stärkung der seelischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

am Beispiel der Region Hannover

Die Folgen der Pandemie

Als im Frühjahr 2020 wegen COVID-19 Schulen, Kitas und Freizeiteinrichtungen schließen mussten, veränderte sich das Leben von Kindern und Jugendlichen grundlegend. Sozialer Rückzug, fehlende Kontakte zu Freunden und eingeschränkte Bewegungsmöglichkeiten belasteten viele – besonders jene, die ohnehin schon benachteiligt waren. Studien zeigen, dass sich Freundschaften verschlechterten, geplante Lebensschritte wie Praktika ausfielen und vor allem benachteiligte Kinder Sprach-, Bewegungs- und soziale Defizite entwickelten. Doch schon vor der Pandemie nahm die psychische Belastung bei jungen Menschen zu. Heute ist fast jedes fünfte Kind davon betroffen.

Warum die Kommunen gefragt sind

Psychische Gesundheit hängt nicht allein vom Gesundheitswesen ab. Kommunen können hier besonders gut handeln, weil sie vor Ort präventiv und ganzheitlich arbeiten.

Die Region Hannover mit ihren 21 Städten und Gemeinden und rund 1,2 Millionen Einwohnern – davon etwa 200.000 Kinder und Jugendliche – steht dabei vor besonderen Herausforderungen. Soziale Ungleichheiten verschärfen die Probleme vieler Familien. Gleichzeitig fehlen oft ausreichende Beratungs- und Therapieangebote. Wartezeiten sind lang, oftmals besteht ein Aufnahmestopp. Kommunale Einrichtungen springen immer häufiger ein, wo das reguläre Versorgungssystem überlastet ist.



Der Weg der Region Hannover

Die Region Hannover hat sich zum Ziel gesetzt, die Chancengleichheit für Familien zu stärken. Drei Ansätze zeigen beispielhaft, wie das gelingen kann:

- **Schuleingangsuntersuchungen als Frühwarnsystem:**
Die verpflichtende Schuleingangsuntersuchung (SEU) gibt wichtige Hinweise auf Entwicklungsstände und mögliche Probleme. Sie erreicht Kinder aller sozialen Schichten und kann als Brücke zu gezielten Förderangeboten dienen. Die Daten zeigen, dass Verhaltensauffälligkeiten weiter zunehmen, während gleichzeitig weniger Kinder in Behandlung sind. Besonders betroffen sind Familien in schwierigen Lebenslagen. Um gegenzusteuern, setzt die Region auf interdisziplinäre Zusammenarbeit und zielgruppengerechte Angebote, wie das „Sozialpädiatrische Kita-Konzept“.
- **Ein flächendeckendes Beratungsnetz:**
Das Versorgungskonzept teilt die Region in vier Teilbereiche ein und kombiniert kommunale mit freien Trägern. Die Beratungsstellen für Eltern, Kinder und Jugendliche (BEKJ) sind in diesem Bereich kostenlos, anonym und wohnortnah tätig. Neben allgemeiner Beratung¹ wird auch spezialisierte Hilfe² angeboten. Immer mehr Familien suchen Hilfe bei Verhaltensproblemen, Ängsten, Depressionen oder Schulverweigerung. Auch Eltern mit eigenen psychischen Belastungen oder komplexen Problemlagen brauchen längere Begleitung.
- **Das Projekt „HAVEN KJP“ für bessere Versorgung:**
Seit März 2025 läuft das Projekt „Hannoversche Angebots- und Versorgungssituation für Kinder und Jugendliche mit psychischen Auffälligkeiten oder Erkrankungen“ (HAVEN KJP). Bis Ende 2028 soll es die bestehende Versorgung analysieren und Verbesserungsvorschläge erarbeiten.

Kommunen als „Gesundheitsmacher“

Aktuell fehlt es an verbindlichen Strukturen, nachhaltiger Finanzierung und Räumen für gemeinsame Lösungen, um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Die Region Hannover hat gute Ansätze – doch diese müssen weiterentwickelt werden, um den wachsenden Bedarf zu decken. Erste Ideen können bereits skizziert werden:

- Prävention ausbauen,
- Bessere Vernetzung der kommunalen Fachbereiche und der freien Träger,
- Gemeinsame Planung durch das Zusammenführen und Reflektieren gesundheitsbezogener Daten von Kindern und Jugendlichen,
- Partizipation von Jugendlichen und betroffenen Familien.

KONTAKT

Jeanett Bonecke

Fachbereich Teilhabe, Projektleitung HAVEN KJP
Jeanett.bonecke@region-hannover.de

Dr. PH Susanne Bantel

Fachbereich Gesundheitsmanagement,
Gesundheitsberichterstattung und Prävention
susanne.bantel@region-hannover.de

Stefan Pohl

Fachbereich Jugend, Teamleitung
Stefan.Pohl@region-hannover.de

www.hannover.de

¹ z. B. bei Erziehungsfragen oder Trennung

² z. B. bei Gewalt, Medienkonsum oder sexueller Identität

Seelisch fit gegen Ausgrenzung und für Akzeptanz

Seit Frühjahr 2023 bietet das Heidelberger Selbsthilfebüro das Präventionsprogramm „Verrückt? Na und! – Psychisch fit lernen“ an – nach dem Konzept des Leipziger Vereins Irrsinnig Menschlich, das sich an Schulklassen ab 8. Jahrgangsstufe und deren Lehrkräfte richtet. Die Klassen sind eingeladen, über die großen und kleinen Fragen zu seelischer Gesundheit ins Gespräch zu kommen.



Die Besonderheit liegt darin, dass es Schüler:innen mit Betroffenen zusammenbringt, also mit Menschen, die mit seelischen Krisen und Erkrankungen Erfahrungen haben, diese überstanden, sich stabilisiert haben und ihre Geschichte in der Klasse teilen. Die Betroffenen werden persönliche Expert:innen genannt. Daneben gibt es fachliche Expert:innen, die Erfahrung im psychosozialen/medizinischen Versorgungssystem mitbringen. Dieses Tandem gestaltet einen „Verrückt? Na und!“-Schultag, der aus drei Teilen besteht. Zunächst geht es ums Wachmachen für see-

lisches Wohlbefinden: Was schlägt auf die Seele, was macht stark, was macht es so schwer, darüber zu sprechen? Danach beschäftigt sich die Klasse in Kleingruppen mit Aufgaben wie „Sich in Krisen zu helfen wissen“ oder „Ängste und Vorurteile erkennen“. Die Schüler:innen lernen Warnsignale kennen, diskutieren jugendtypische Bewältigungsstrategien und erfahren, wo sie konkret Hilfe erhalten. Im letzten Drittel wird ihnen Mut gemacht: Sie hören die Geschichte einer Person, die psychische Krisen gemeistert hat – ohne vorab zu wissen, dass es sich um eine betroffene Person handelt.

Kontaktbasierte Antistigma-Arbeit

Dies ist der Schlüssel im Konzept von „Verrückt? Na und!“. Neben Informationen und Aufklärung bringt es Lernende mit Betroffenen zusammen, um Vorurteile abzubauen. Dieser persönliche Kontakt ist wohl der spannendste Teil des Schultages. Das komplexe Konstrukt „psychische Gesundheit“ bekommt ein konkretes Gesicht. Dadurch eröffnen sich neue Räume für die Schülerinnen und Schüler.

Selbsthilfe und seelische Gesundheit

Das Programm wurde im Herbst 2022 beim Selbsthilfebüro angesiedelt und wird von der Stadt Heidelberg für



© Bilder: Irrsinnig menschlich e.V., Leipzig, www.irsinnig-menschlich.de

Heidelberger Schulen gefördert. Seit Jahren ist der Anteil an Selbsthilfegruppen im Bereich seelischer Gesundheit hoch, daher engagiert sich das Selbsthilfebüro im schulischen Bereich präventiv. Denn bis zu 80 % psychischer Erkrankungen entstehen vor dem 20. Lebensjahr.

Aus Sicht einer persönlichen Expertin

„Ich bin Ende des Jahres 2022 auf das Schulprojekt „Verrückt? Na und!“ gestoßen und hatte ab Mitte 2023 acht Einsätze als persönliche Expertin an verschiedenen Schulen. Im Jahre 2007 erkrankte ich an einer schweren Psychose, eine weitere schwere Psychose folgte ein Jahr später, ich wurde jeweils in die Psychiatrie eingewiesen, eine Schizophrenie wurde diagnostiziert. 2022/23 absolvierte ich eine Fortbildung als Genesungsbegleiterin, darüber habe ich von dem Projekt „Verrückt? Na und!“ erfahren und mich zur persönlichen Expertin schulen lassen. Ich bin inzwischen gesund, weiterhin auf dem ersten Arbeitsmarkt als Fremdsprachensekretärin in Vollzeit beschäftigt und engagiere mich im Schulprojekt „Verrückt? Na und!“ und dem Projekt „In Würde zu sich stehen“, einem Gruppenprogramm für Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Mein Engagement bei „Verrückt? Na und!“ sehe ich als wichtigen Beitrag dazu, junge Menschen über psychische Erkrankungen und seelische Gesundheit aufzuklären und ihnen zu vermitteln, wie psychische Erkrankungen entstehen, was es heißt, psychisch krank zu sein, wann es an der Zeit ist, sich Hilfe zu holen und dass positive Veränderungen über die gesamte Lebensspanne hinweg und damit auch Heilung möglich ist. Die Schüler:innen waren interessiert, motiviert und engagiert, hatten keine Berührungsängste und haben mir persönlich viele Fragen gestellt. Ich hoffe und glaube, dass ich damit einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung über psychische Erkrankungen und zur Entstigmatisierung psychisch kranker Menschen in unserer Gesellschaft leisten kann.“ ■

KONTAKT

Reinhild Beermann

Heidelberger Selbsthilfebüro
Regionalkoordination Heidelberg „Verrückt? Na und!“ –
Psychisch fit lernen
beermann@selbsthilfe-heidelberg.de
www.selbsthilfe-heidelberg.de

LUDWIGSBURG 95.000 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 2018

Netzwerk Mentale Gesundheit „MOMENTE FÜR DICH“

Psychische Belastungen nehmen im Alltag der Menschen immer weiter zu: Studien zeigen, dass bundesweit etwa jede vierte Person einmal jährlich von diagnostizierbaren psychischen Belastungen betroffen ist. Auch außerhalb klar definierbarer Krankheitsbilder leiden viele Menschen zunehmend unter Druck und Stress. Mentale Gesundheit betrifft damit alle und ist ein zentrales Thema kommunaler Daseinsfürsorge.

Hier setzt das Netzwerk Mentale Gesundheit an. Als Zusammenschluss aus Verwaltung, Kirche, Vereinen und weiteren lokalen Akteur*innen verfolgt das Netzwerk einen präventiven, interdisziplinären Ansatz. Ziel ist es, die mentale Gesundheit der Bevölkerung zu fördern und Menschen dabei zu unterstützen, Stress besser zu bewältigen und psychische Belastungen zu reduzieren. Dabei sollen die Teilnehmenden befähigt werden, individuelle Strategien zu entwickeln und eigene Warnsignale frühzeitig wahrzunehmen.

Das Netzwerk Mentale Gesundheit wurde gemeinsam von der kommunalen Gesundheitsförderung, der Volkshochschule und der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Ludwigsburg gegründet. Zusammen mit der katholischen Erwachsenenbildung, der evangelischen Familienbildung, dem MTV Ludwigsburg und dem psychosozialen Netzwerk Ludwigsburg wurde das Programm „MOMENTE FÜR DICH“

in Ludwigsburg ins Leben gerufen. Alle Partner bringen ihre Expertise ein, entwickeln Angebote gemeinsam und schaffen so niedrigschwellige, alltagsnahe Zugänge zur mentalen Gesundheit.

Das Programm „MOMENTE FÜR DICH“ spricht Menschen direkt in ihrem Alltag an – mit Kursen an der Volkshochschule Ludwigsburg sowie Angeboten aus lokalen Sportvereinen wie dem MTV Ludwigsburg. Neben Workshops und Vorträgen zu mentaler Gesundheit, Hochsensibilität oder Resilienz im Familienalltag werden auch erlebnisorientierte Formate wie Bogenschießen oder Schwertkampf mit therapeutischer Begleitung angeboten. Ergänzt wird das Programm durch Entspannungsangebote, Klangreisen und Informationen zu ätherischen Ölen, die leicht umsetzbare Methoden für den Alltag vermitteln.

Die Angebote sind niedrigschwellig, teils kostenfrei oder gefördert, und können direkt in den Alltag integriert werden. Sie ersetzen keine Therapie, unterstützen jedoch präventiv dabei, Warnzeichen frühzeitig zu erkennen, Stress zu reduzieren und bewusst Pausen einzulegen. In einem geschützten, ungezwungenen Rahmen erhalten die Teilnehmenden erste Zugänge zum Thema mentale Gesundheit und konkrete Impulse zur Selbstfürsorge, wodurch das Netzwerk zur Entstigmatisierung von mentaler Gesundheit beiträgt.

„MOMENTE FÜR DICH“ verbindet gesundheitsfördernde, soziale und bildungsorientierte Ansätze. Durch die enge Zusammenarbeit aller Partner werden unterschiedliche Expertisen gebündelt und ein vernetztes Arbeiten ermöglicht.

Nach der anfänglichen Ansprache über eine Broschüre informiert das Netzwerk inzwischen auch über eine eigene Webseite über aktuelle Angebote des Programms „MOMENTE FÜR DICH“. So bleiben die Informationen flexibel, aktuell und für möglichst viele Menschen leicht zugänglich. ■

Weitere Informationen finden Sie unter www.ludwigsburg.de/momente-fuer-dich

KONTAKT

Lea Wilde

Stadt Ludwigsburg, Kommunale Gesundheitsförderung
l.wilde@ludwigsburg.de
www.ludwigsburg.de/gesundheit



© Bild: Stadt Ludwigsburg



© Bilder: Tourismus & Events Ludwigsburg

MANNHEIM 326.000 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 1998

Gesundheitscafé Schönau

Lebensweltorientierte Gesundheitsförderung im Quartier

Das Projekt „Gesundheitscafé Schönau“ ist eine zentrale Anlaufstelle im Mannheimer Norden, die präventive und gesundheitsfördernde Angebote niedrigschwellig zugänglich macht. Die Idee entstand im Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz Mannheim auf Grundlage des Berichts zur gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendlichen (2019). Dieser zeigt, dass sozialstrukturell benachteiligte Stadtteile einen schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung haben und dort beispielsweise keine kinder- und jugendärztlichen Praxen angesiedelt sind. Aufgrund der Stadtrandlage und der langen Wege zu gesundheitlichen Einrichtungen rückte besonders der Stadtteil Schönau-Nord in den Fokus. In Zusammenarbeit mit lokalen Akteur*innen entstand daraus die Projektidee „Gesundheitscafé Schönau“. Während zunächst Familien im Mittelpunkt standen, richtet sich das Angebot heute an die gesamte Quartiersbevölkerung.

Ziele und Angebote

Das Gesundheitscafé verfolgt das Ziel, einen barrierefreien Zugang zur gesundheitlichen Versorgung zu schaffen und gesundheitliche Chancengleichheit zu fördern. Es bietet Begegnungsräume und stärkt Gesundheitskompetenz durch kostenfreie Kurse, Vorträge und offene Café-Treffs. Die Angebote stehen allen Menschen unabhängig von Alter, Herkunft oder Lebenssituation offen. Bürger*innen erhalten Informationen über Gesundheits- und Unterstützungsangebote in Mannheim und werden bei Bedarf an passende Anlaufstellen vermittelt. Damit übernimmt das Gesundheitscafé eine wichtige Lotsenfunktion im Bereich der gesundheitlichen Versorgung.

Ein besonderes Merkmal ist die Bereitstellung barrierefreier Räume für Kooperationspartner*innen. Dadurch können Beratungen, Sprechstunden und gesundheits-



© Bild: Eduardo Martinez

fördernde Angebote niedrigschwellig im Stadtteil stattfinden. Häufig wird das Prinzip „Angebot im Angebot“ genutzt: Unterstützungsangebote sind in offene Treffstrukturen eingebettet, sodass Menschen Hilfe in Anspruch nehmen können, ohne sich ausdrücklich als Betroffene zu kennzeichnen. Diese Niedrigschwelligkeit senkt Hemmschwellen und wirkt Stigmatisierung entgegen, besonders im Bereich der seelischen Gesundheit.

Kooperation und seelische Gesundheit

Ein zentraler Kooperationspartner ist der Gesundheitstreffpunkt Mannheim e.V., der im Sozial- und Gesundheitsbereich vielfältig aktiv ist. Zu seinen Angeboten gehören die Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe, die Patientenberatung Rhein-Neckar sowie das Kinderklinikradio Radio RUMMS.

Die Patientenberatung Rhein-Neckar berät neutral und kostenlos zu Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und medizinischen Fragestellungen. Als Selbsthilfekontaktstelle informiert der Gesundheitstreffpunkt über Selbsthilfeangebote und vermittelt Betroffene an eine passende Gruppe. Insgesamt betreut er rund 200 Selbsthilfegruppen und unterstützt diese organisatorisch und fachlich.

Ein großer Teil der Anfragen betrifft die seelische Gesundheit, etwa Depressionen, Angststörungen oder posttraumatische Belastungsstörungen. Selbsthilfegruppen bieten hierfür einen geschützten Raum für Austausch, stärken Gesundheitskompetenz und fördern Eigenverantwortung.

Seelische Gesundheit ist ein zentrales Querschnittsthema kommunaler Gesundheitsförderung. Das Gesundheitscafé fördert soziale Verbundenheit

und Teilhabe durch niedrigschwellige Aktivitäten wie gemeinsames Gärtnern, Singen, Entspannungs- und Achtsamkeitsangebote sowie kreative Formate. Dabei können Teilnehmende Selbstwirksamkeit erfahren und Wissen über gesunde Lebensführung sowie das Gesundheitssystem erwerben. Bürgerbeteiligungsformate ermöglichen zudem die aktive Mitgestaltung der Angebote.

Fazit

Durch die Verbindung von Begegnung, Beratung, Gesundheitsbildung und Selbsthilfe sowie die enge Zusammenarbeit mit lokalen Partnern zeigt das Gesundheitscafé Schönau beispielhaft, wie lebensweltorientierte kommunale Gesundheitsförderung im Quartier umgesetzt werden kann. Niedrigschwellige Angebote stärken Teilhabe, reduzieren Einsamkeit und tragen langfristig zur Förderung der seelischen Gesundheit bei. Die Bedeutung des Projekts wurde auch auf Landesebene sichtbar: Im Rahmen seiner Sommertour besuchte der baden-württembergische Gesundheitsminister Manne Lucha am 19. August 2025 das Gesundheitscafé Schönau und tauschte sich vor Ort mit lokalen Akteur*innen über die Rolle des Angebots als Begegnungsort und Anlaufstelle für Gesundheit im Quartier aus. ■

KONTAKT

Hannah Leonhardt
Gesundheitscafé Schönau
580gescafe@mannheim.de
www.mannheim.de/gesundheitscafe

Kristin Blümmler
Gesundheitstreffpunkt Mannheim e.V.
gesundheitstreffpunkt-mannheim@t-online.de
www.gesundheitstreffpunkt-mannheim.de



Cafébereich des Gesundheitscafés, Bilderwand Bürgerbeteiligung, Gesunde Ernährung für seelisches Wohlbefinden, Gemeinsames Gärtnern im Gesundheitscafé, Manne Lucha Abschlussfoto
© Bilder: Christian Endres (Quartierbüro Schönau), Hannah Leonhardt (Stadt Mannheim)



PasSt

– ein Projekt zur Stärkung des psychischen Wohlbefindens in München-Ramersdorf

In der Landeshauptstadt München besteht seit vielen Jahren eine strukturierte und verlässliche Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheitsreferat (GSR) und der „Krankenkassenrunde“ – einem Gremium mit gesetzlichen Krankenkassen moderiert vom GSR. Das hier vorgestellte Projekt „PasSt“ wird von sieben Krankenkassen (AOK Bayern, BARMER, IKK classic, KKH Kaufmännische Krankenkasse, KNAPPSCHAFT, Mobil Krankenkasse und Techniker Krankenkasse) sowie dem GSR finanziert von 04/2022 – 03/2027.

Im Münchner Osten liegt der Stadtteil Ramersdorf mit überdurchschnittlich vielen Haushalten in besonders herausfordernden Lebenslagen und ungünstigen sozioökonomischen Rahmenbedingungen.

Hier setzt das Projekt auf zwei Ebenen an:

1. Multiplikatoransatz; Vernetzung von Einrichtungen und Fachkräften zur Stärkung des psychischen Wohlbefindens
2. Peeransatz; Einbeziehung der Kompetenzen und Ressourcen der Bewohner*innen in die Entwicklung von Angeboten zum psychischen Wohlbefinden. In dem Sinn steht „PasSt“ für „Psychisch aufgehoben sein. Stark in Ramersdorf“. Der Aufbau eines Netzwerks zum Thema Psychisches Wohlbefinden startete über die Projektvorstellung in bereits bestehenden Facharbeitskreisen sozialer Einrichtungen vor Ort. Dabei war die im Vorfeld mittels Kurzumfrage eingeholte positive Resonanz und Mitwirkungsbereitschaft stellvertretender Einrichtungen sehr hilfreich. Inzwischen zählen knapp 70 Einrichtungen zum Netzwerk, die regelmäßig über E-Mail-Verteiler informiert werden. Zum weiteren Netzwerkausbau fanden ein Online-Workshop mit dem Input einer Erfahrungsexpertin sowie Workshops mit der Evaluatorin statt. Gemeinsam wurden Indikatoren für das Projekt als Grundlage für die Baselinebefragung erarbeitet, ein Logo



entwickelt sowie die relevanten Themen und Formate für weitere Maßnahmen identifiziert. 22 Einrichtungen bilden inzwischen eine Kerngruppe, die eng in „PasSt“ eingebunden ist, und fungieren als Schlüsselakteur*innen für Projekt und Thema. Mit dazu beiträgt der „Wohlfühlexpress“, ein monatlich stattfindendes halbstündiges Onlinetreffen zu aktuellen Themen und Fragen der Fachkräfte.

Für Fachkräfte und Bewohner*innen wurde eine Vortrags- und Workshopreihe entwickelt:

Die Vortragsreihe für bestimmte Zielgruppen und Themen dauert max. 90 Minuten mit einer guten Stunde Zeit für Fragen und Austausch in der Runde. Die Workshopreihe „Reine Kopfsache“ wurde zu drei Schwerpunktthemen, die sich in der Projektlaufzeit herauskristallisiert haben, konzipiert: Zuhören, Ressourcen und das frühzeitige Sprechen über eigene Bedürfnisse („Was lädt deinen Akku auf?“).

Zentrale Erkenntnisse und Ergebnisse aus den stadtteilbezogenen Treffen in Ramersdorf waren:

- Nicht fragen „Welches Angebot stärkt das psychische Wohlbefinden?“, sondern „WIE muss ein Angebot sein, damit es das psychische Wohlbefinden stärkt?“. Wichtig ist es, tabufrei über mentale Gesundheit zu reden und Raum und Zeit für „echtes“ Zuhören zu schaffen.
- Bewohner*innen profitieren von den vielfältigen Angeboten im eigenen Stadtteil. Dabei ist nicht nur der Kontakt zu Fachkräften wichtig, sondern auch das Lernen voneinander von hoher Bedeutung (Peer-Qualität).
- Das Thema psychisches Wohlbefinden braucht einen sichtbaren und dauerhaft verankerten Platz im Stadtteil.



In der aktuellen Verstetigungsphase liegt der Fokus auf der nachhaltigen Sichtbarkeit. An dem Logo „**Die mit der Schildkröte**“ sind in Ramersdorf Einrichtungen zu erkennen, die spezifische Angebote haben und offen für das Thema psychisches Wohlbefinden sind. Dazu werden Schaufensteraufkleber in Rahmenform erstellt, sodass von außen sichtbar ist, welche Angebote oder andere „akku-aufladende“ Informationen es in den Einrichtungen gibt.

Das Projekt wird prozessbegleitend evaluiert – in Workshops, durch eine Befragung im ersten und letzten Projektjahr sowie qualitativen Interviews.

Ergebnisse werden Anfang 2027 vorliegen. ■

KONTAKT

Meike Schmidt

MAGs – München Aktiv für Gesundheit e.V.
m.schmidt@mags-muenchen.de
www.mags-muenchen.de



Guter Einstieg zum Thema mit der Akkufrage – hier beim Sommerfest in Ramersdorf



Start der PasSt-Vortragsreihe in einer Ramersdorfer Einrichtung



Mit PasSt bei Stadtteilstesten
© Bilder: MAGs – München

Vom Ich zum Wir – Psychotherapie und Selbsthilfe im Dialog

Ein Projekt zur Stärkung gemeinschaftlicher Selbsthilfe in der psychotherapeutischen Versorgung in Mittelfranken

Psychische Belastungen betreffen viele Menschen – der Bedarf an Unterstützung steigt. Neben psychotherapeutischen Angeboten leisten Selbsthilfegruppen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung, zum Erfahrungsaustausch und zur sozialen Einbindung Betroffener und Angehöriger. Dennoch werden die Potenziale der gemeinschaftlichen Selbsthilfe im Praxisalltag von Psychotherapeut*innen bislang oft zu wenig mitgedacht oder sind nicht ausreichend bekannt.

Mit dem Projekt „Vom Ich zum Wir – Psychotherapie und Selbsthilfe im Dialog“ möchte Kiss Mittelfranken die Zusammenarbeit zwischen Psychotherapie und gemeinschaftlicher Selbsthilfe in Mittelfranken gezielt stärken. Ziel ist es, gegenseitiges Verständnis zu fördern, Zugangswege zur Selbsthilfe sichtbar zu machen und Selbsthilfe als ergänzenden Baustein im Versorgungssystem zu etablieren. Das Projekt wird gefördert durch die AOK Bayern und richtet sich an Psychotherapeut*innen, Selbsthilfeaktive sowie an Betroffene und Angehörige.

Studien und Praxiserfahrungen zeigen: Selbsthilfegruppen können psychotherapeutische Behandlungen sinnvoll

ergänzen – durch Empowerment, soziale Unterstützung, das Erleben von Zugehörigkeit und die Stärkung von Selbstwirksamkeit. Gleichzeitig profitieren Selbsthilfegruppen von einer guten Vernetzung mit dem professionellen Hilfesystem, etwa durch qualifizierte Weitervermittlung und eine bessere Einbindung in regionale Versorgungsstrukturen.

Den Auftakt des Projekts bildet eine zentrale Online-Veranstaltung, in der das Projekt vorgestellt und Grundlagen zur Zusammenarbeit von Psychotherapie und Selbsthilfe vermittelt werden. Daran anschließend folgen regionale Präsenzformate in ganz Mittelfranken, z. B. Trialoge, Gesprächsrunden und Austauschformate zwischen Psychotherapeut*innen, Selbsthilfeaktiven und Betroffenen. In diesen Formaten sollen Vorbehalte abgebaut, Erfahrungen geteilt und konkrete Kooperationsmöglichkeiten entwickelt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Sensibilisierung für die Vielfalt der Selbsthilfeangebote – auch für Angehörige – sowie auf der niedrigschwelligen Vermittlung in bestehende Gruppen. Kiss Mittelfranken unterstützt diesen

Prozess durch Beratung, Informationsmaterialien und Vernetzungsangebote. Langfristig soll das Projekt dazu beitragen, dass Psychotherapeut*innen Selbsthilfe systematisch als ergänzende Ressource in ihrem Praxisalltag mitdenken und empfehlen.

Das Projekt stärkt niedrigschwellige, gemeinwesenorientierte Unterstützungsstrukturen und ergänzt bestehende Versorgungsangebote um eine ressourcenorientierte Perspektive. Durch die systematischere Einbindung der gemeinschaftlichen Selbsthilfe in psychotherapeutische Behandlungsverläufe können kommunale Präventions- und Gesundheitsförderungsziele unterstützt werden. Gleichzeitig fördert das Projekt die Vernetzung lokaler Akteur*innen im Gesundheits- und Sozialwesen und trägt dazu bei, Versorgungslücken sichtbarer zu machen und gemeinsam zu schließen. Kommunen profitieren so von einer stärkeren Verzahnung professioneller Angebote mit bürgerschaftlichem Engagement – ein zentraler Baustein für nachhaltige, sozialräumlich verankerte Gesundheitsförderung.

„Vom Ich zum Wir“ versteht sich als Beitrag zu einer ganzheitlicheren psychosozialen Versorgung: Professionelle Hilfe und gemeinschaftliche Selbsthilfe sollen sich nicht ersetzen, sondern sinnvoll ergänzen – zum Nutzen der Menschen, die Unterstützung suchen. ■

Weitere Informationen zum Projekt:
www.kiss-mfr.de/vom-ich-zum-wir/



© Bild: pexels.com, Fotografin: Diva Plavalaguna

KONTAKT

Ermina Kadić
Selbsthilfekontaktstellen Kiss Mittelfranken e. V.
nuernberg@kiss-mfr.de
www.kiss-mfr.de

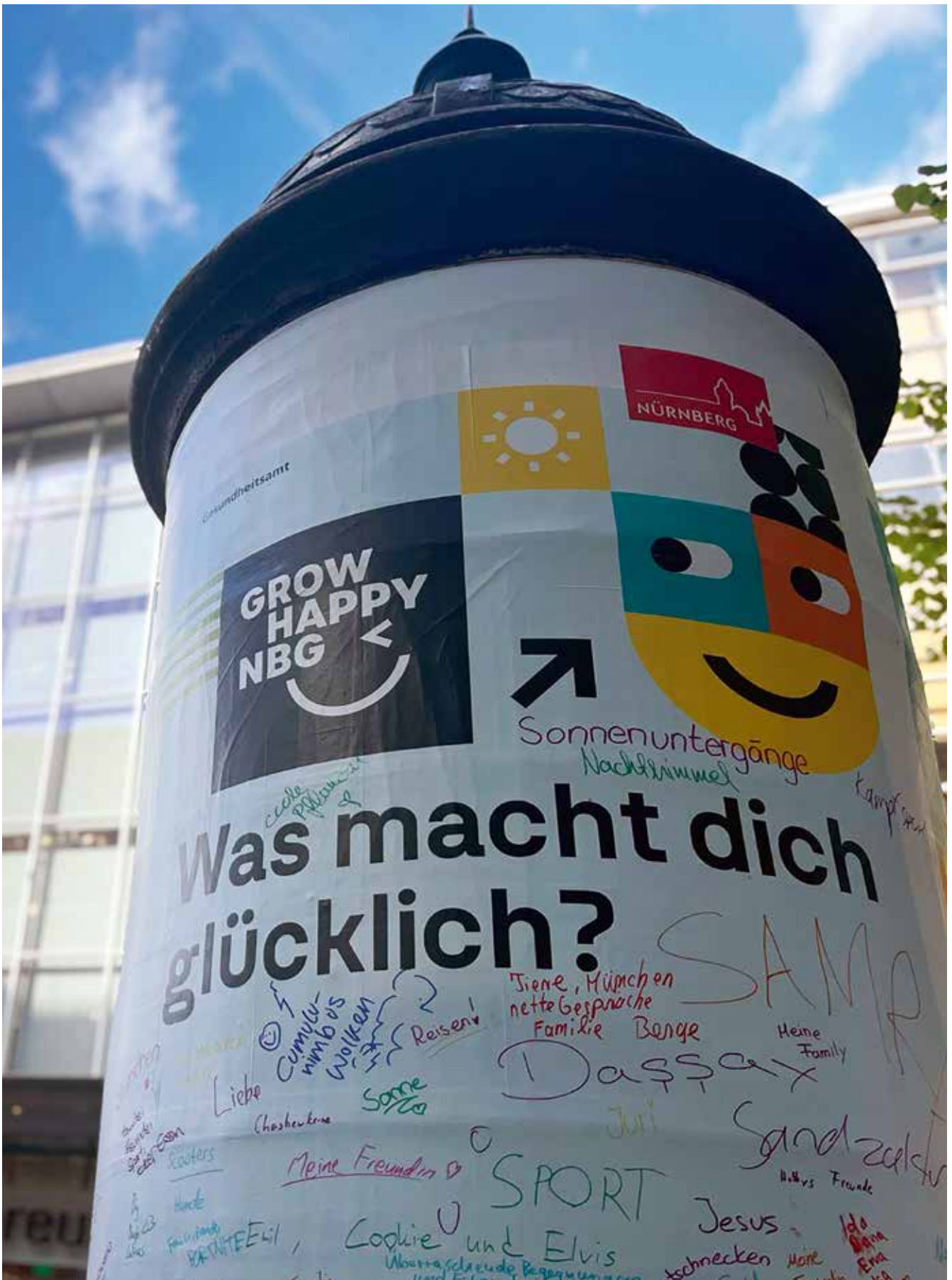
Psychische Gesundheit fördern, Ressourcen bündeln:

Aktuelle Initiativen und Projekte in Nürnberg

Mit mehreren Programmen und Ansätzen wird in Nürnberg das Ziel verfolgt, die psychische Gesundheit der Bevölkerung zu festigen und zu verbessern. Neben der Durchführung von spezifischen Maßnahmen werden durch mehrjährige Projekte und Aktionswochen möglichst viele Bevölkerungsgruppen angesprochen. Die verschiedenen Ansätze bieten die Möglichkeit zur Zusammenarbeit, sind jedoch auch abhängig von verfügbaren Ressourcen, die aktuell durch das Auslaufen des ÖGD-Paktes gefährdet sind.

Woche der seelischen Gesundheit

„Seelische Gesundheit im Blick: Gemeinsam gegen Stigmatisierung“. Rund um diesen Leitsatz findet jährlich ab dem 10. Oktober, dem Welttag der psychischen Gesundheit, bis zum 20. Oktober eine bundesweite Aktionswoche statt. Seit 2023 wird die Woche der seelischen Gesundheit (WsG) auch in Nürnberg umgesetzt.



© Bild: Gesundheitsamt Nürnberg

Unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters richtet das Gesundheitsamt mit der Psychiatriekoordination und dem Bereich Gesundheitsförderung und -planung regelmäßig die WsG in Nürnberg aus. Einrichtungen, Vereine, Kliniken und weitere Anbieter sind dazu aufgerufen, sich aktiv mit Veranstaltungen zu beteiligen. Während des Aktionszeitraums wird öffentlichkeitswirksam für die Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen geworben. Im Rahmen von verschiedenen Veranstaltungsformaten können sich Interessierte, Betroffene und Fachkräfte über Einrichtungen und Angebote zu Prävention, Therapie und Rehabilitation informieren. Finanziell gefördert wird die WsG durch den Verfügungsfonds zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Stadt Nürnberg. Die WsG wurde erstmals 2023 durchgeführt, seit 2024 soll sie im Zweijahresturnus durchgeführt werden.

Projekt GROW HAPPY NBG

Ein weiteres Projekt, das bereits in Folge durchgeführt wird, dreht sich um die dezentrale Gesundheitsförderung und wird über das Präventionsgesetz (PrävG, 2015) gefördert. Dieses soll Gesundheitsförderung in Lebenswelten (§ 20a SGB V) stärken und weist Kommunen dabei eine strategische Rolle zu. Der dort hervorgehobene Settingansatz geht davon aus, dass gesundheitsrelevantes Verhalten in sozialen Kontexten entsteht und durch strukturelle Bedingungen beeinflusst wird, daher empfiehlt es sich, dezentrale Maßnahmen zur Gesundheitsförderung im Sozialraum der Zielgruppen durchzuführen, beispielsweise in der unmittelbaren Wohnumgebung. Das von der AOK Bayern geförderte Projekt „GROW HAPPY NBG – Seelisch gesund Aufwachsen im Stadtteil“ stärkt die psychische Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in vier Projektgebieten in Nürnberg. Ausgewählt wurden „sozial angespannte Quartiere“ (Sozialraumtypisierung der Stadt Nürnberg). Vor dem Hintergrund einer erhöhten Prävalenz psychischer Auffälligkeiten von Jungen und Mädchen aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status, ver-

bindet das Projekt verhaltens- und verhältnispräventive Strategien im Settingansatz.

Mehrwert durch Kooperationen

Die WsG bildete den Rahmen für die Auftaktveranstaltung des Projekts GROW HAPPY NBG. Im Vorfeld der WsG 2024 wurde mit GROW HAPPY NBG eine Aktion durchgeführt, für welche eine Litfaßsäule mit drei Fragen zum psychischen Wohlbefinden plakatiert und durch einen Stand mit Werbe- und Infomaterial begleitet wurde. Jugendliche und Passant:innen konnten die Fragen auf der Litfaßsäule mit Permanentmarkern beantworten und Informationen zur WsG und allgemein Stigmatisierung von psychischen Erkrankungen und zum Projekt GROW HAPPY NBG erhalten.

Fazit

Es zeigte sich, dass durch gemeinsame Nutzung von Ressourcen in der Öffentlichkeitsarbeit auf beiden Seiten Mehrwerte entstehen. So konnte durch die Litfaßsäulenaktion in der hoch frequentierten Fußgängerzone für Maßnahmen von GROW HAPPY NBG und Veranstaltungen der WsG 2024 geworben werden. Das Thema der (Ent-) Stigmatisierung von psychischen Erkrankungen wurde in die Öffentlichkeit gebracht und beide Seiten konnten von den Ansätzen und Erfahrungen zu Reichweite, Zugänglichkeit und Partizipationsmöglichkeiten profitieren. Insgesamt können durch Kooperationen mehr Teilnahmen generiert werden und die Öffentlichkeitswahrnehmung steigt. Darüber hinaus kann das Gesundheitsamt bzw. die Stadt als Trägerin der Projekte ihr positives Image durch das Engagement in der Gesundheitsvorsorge der Bürger:innen stärken. ■

Sarah Hentrich, Gesundheitsberichterstattung,
Janina Barth, Verstetigung von Projekten,
Maria Forkel, Projekt GROW HAPPY NBG

Informationen zum Projekt GROW
HAPPY NBG finden Sie unter:
www.grow-happy.nuernberg.de



Informationen zur Woche der
seelischen Gesundheit finden Sie unter:
www.woche-seelische-gesundheit.nuernberg.de



KONTAKT

Bereich Gesundheitsförderung und -planung
Gesundheitsamt Nürnberg
gesundheitsfoerderung-praevention@stadt.nuernberg.de

OBERHAUSEN 213.000 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 2016

Gesundheitsrallye Oberhausen:

Prävention erleben – Gesundheit gemeinsam gestalten

Wie kann Gesundheitsförderung junge Menschen erreichen, ohne belehrend zu wirken?

Die Oberhausener Gesundheitsrallye liefert darauf seit Jahren eine überzeugende Antwort. Das jährlich stattfindende Kooperationsprojekt der städtischen Beratungs- und Untersuchungsstelle zu HIV, Aids und sexuell übertragbaren Infektionen (STI) verbindet Prävention, Teilhabe und kommunale Vernetzung auf innovative Weise – und ist damit ein gelungenes Beispiel für zeitgemäße Gesundheitsförderung im Sinne von Health in All Policies.

Statt klassischer Informationsvermittlung erleben Schüler*innen ab der 9. Klasse, Jugendliche an Berufskollegs sowie Teilnehmer*innen aus Qualifizierungsmaßnahmen einen interaktiven Stadtrundgang. In Form einer Rallye erkunden sie unterschiedliche Beratungs-, Unterstützungs- und

Kontaktstellen in Oberhausen. An verschiedenen Stationen setzen sie sich spielerisch und praxisnah mit

**In Form einer
Rallye erkunden
sie unterschied-
liche Beratungs-,
Unterstützungs-
und Kontaktstellen
in Oberhausen.**

Themen wie sexueller Gesundheit, Suchtprävention, seelischer Gesundheit, Lebenskrisen und sozialer Unterstützung auseinander. Dabei

stehen Austausch, Fragen und eigene Erfahrungen im Mittelpunkt.

Ein zentraler Erfolgsfaktor der Gesundheitsrallye ist die konsequente Niedrigschwelligkeit. Persönliche Begegnungen mit Fachkräften, Beratenden und Selbsthilfeaktiven machen Hilfsangebote greifbar und bauen Hemmschwellen ab. Wo zuvor Unsicherheit oder Distanz bestanden, entstehen Vertrauen und konkrete Ansprechbarkeit. Für viele Teilnehmer*innen bleibt nach der Rallye nicht nur abstraktes Wissen, sondern das „Gesicht“ einer Einrichtung, an die sie sich im Bedarfsfall wenden können.

Die Gesundheitsrallye vermittelt dabei ein umfassendes Verständnis von Gesundheit, das weit über die Abwesenheit von Krankheit hinausgeht. Körperliche, psychische und soziale Dimensionen werden gleichermaßen berücksichtigt. Fragen von Teilhabe, sozialer Unterstützung und



© Bilder: Bereich
Gesundheit der
Stadt Oberhausen
und der Aidshilfe
Oberhausen e.V.



solidarischem Miteinander werden ebenso thematisiert wie individuelle Gesundheitskompetenzen. Damit trägt das Projekt zur Stärkung von Resilienz und Handlungssicherheit junger Menschen bei – zentrale Ziele früher Prävention.

Gleichzeitig zeigt die Oberhausener Gesundheitsrallye exemplarisch, wie kommunale Gesundheitsförderung ressortübergreifend wirken kann. Bildung, Soziales, Gesundheit und zivilgesellschaftliches Engagement greifen ineinander. Gesundheit wird nicht isoliert betrachtet, sondern als Querschnittsaufgabe verstanden, die in verschiedenen Lebenswelten junger Menschen verankert ist.

Genau hier setzt der Health-in-All-Policies-Ansatz an: Gesundheitsförderung wird Teil einer integrierten Stadtentwicklung, die soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Teilhabe mitdenkt.

Durch die frühe Ansprache lernen junge Menschen, dass Unterstützungssysteme ein selbstverständlicher Bestandteil einer solidarischen Stadtgesellschaft sind. Die Rallye leistet damit nicht nur einen Beitrag zur individuellen Gesundheitsprävention, sondern stärkt langfristig auch das Vertrauen in kommunale Strukturen und Angebote.

Die Oberhausener Gesundheitsrallye ist somit mehr als ein Präventionsprojekt: Sie ist ein lebendiges Beispiel dafür, wie Städte Gesundheit gemeinsam mit jungen Menschen gestalten können. Als Modellprojekt mit hoher Übertragbarkeit zeigt sie, wie praxisnah, vernetzt und wirksam kommunale Gesundheitsförderung heute sein kann. Die Gesundheitsrallye verdeutlicht zugleich, dass die Zusammenarbeit zwischen Kommune und Selbsthilfe auch bei dieser Veranstaltung auf Augenhöhe gelingt und im Sinne des Gesunde Städte-Ansatzes partnerschaftlich und wirkungsvoll umgesetzt wird. ■

Reel zum Gesundheitstag:

<https://www.instagram.com/reel/DH8YaS7tTjZ/>



KONTAKT

Simone Pietrasch-Johimski
Stadt Oberhausen/Bereich Gesundheit
Prävention und Gesundheitsplanung
Simone.Pietrasch-Johimski@oberhausen.de
www.oberhausen.de

Sejla Badnjevic
Selbsthilfe-Kontaktstelle Oberhausen
Sejla.Badnjevic@paritaet-nrw.org
www.selbsthilfe-oberhausen.de

Suizidalität im Kontext Schule

Ein Thema für Praxis und Wissenschaft

Im Sozialpsychiatrischen Dienst klingelt das Telefon. Eine Schulsozialarbeiterin ruft an und bittet um Unterstützung. Sie sei von einer Lehrkraft angesprochen worden. Dieser gegenüber habe eine Schülerin berichtet, dass ein Mitschüler suizidale Äußerungen gepostet habe. Die Schulsozialarbeiterin beabsichtige mit dem Schüler ins Gespräch zu gehen, sei sich aber unsicher, was sie tun müsse, wenn der Schüler die Äußerungen ihr gegenüber wiederhole oder aber er vielleicht gar nicht mit ihr sprechen wolle.

**Die Schulsozialarbeiterin
beabsichtige mit dem Schüler ins
Gespräch zu gehen, sei sich aber
unsicher, was sie tun müsse, wenn
der Schüler die Äußerungen ihr
gegenüber wiederhole oder
aber er vielleicht gar nicht mit
ihr sprechen wolle.**

Derartige Anfragen erreichen den Sozialpsychiatrischen Dienst (SpDi) regelmäßig. Oft ist der Handlungsdruck auf Seiten der Schule in einer solchen Krisensituation groß. Unklare Zuständigkeiten und teils fehlendes Wissen führen zum Erleben von Hilflosigkeit bei den pädagogischen Kolleginnen und Kollegen. Oft ist auch unklar, wer welche Verantwortung trägt, welche rechtlichen Voraussetzungen vorliegen und wer wie handeln muss. Dies führt mitunter dazu, dass den betroffenen Kindern, Jugendlichen und Adoleszenten in der akuten Krise nicht angemessen geholfen werden kann.

Als Sozialpsychiatrischer Dienst erreicht uns das Thema aber nicht nur in den konkreten Einzelanfragen, sondern auch als Grundsatzthema in den Arbeitskreisen des Sozialpsychiatrischen Verbundes nach dem Niedersächsischen Gesetz über Hilfen- und Schutzmaßnahmen für psychisch kranke Menschen (NPsychKG). Nach diesem Gesetz sind die SpDi auch für Angehörige und das soziale Umfeld zuständig und ebenso auch für die grundsätzliche Abstimmung von Hilfen, das Beschreiben von Bedarfen und Lücken im psychiatrischen Hilfesystem – selbstverständlich auch wenn dies Kinder- und Jugendliche betrifft.

Das Thema Suizidalität im schulischen Kontext ist komplex und Verbesserungen lassen sich hier nicht nur auf der Basis

von Erfahrungswissen erreichen. Stattdessen braucht es sowohl Praxiswissen als auch wissenschaftlich fundierte Kenntnisse. Dies deckt sich mit dem von der Gesundheitsministerkonferenz ausdrücklich begrüßten Leitbild des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD), das eine Zusammenarbeit von Universitäten und Gesundheitsämtern befürwortet.

Daher haben wir als SpDi der Stadt Oldenburg zusammen mit der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Institut für Sonder- und Rehabilitationspädagogik, Fachgruppe Psychologie in der Sonder- und Rehabilitationspädagogik folgendes Kooperationsprojekt initiiert: **Awareness und Mental Health Literacy von Lehrkräften zum Thema Suizidprävention und -intervention in der Schule.**



Projektteam, © Bild: Dr. Annika Rademacher

Ein gemeinsames Ziel von Wissenschaft und Praxis bei diesem Thema muss sein, in einem ersten Schritt die Bedarfe von Lehrkräften systematisch zu erheben. Daher haben wir mit Methoden systematischer Literaturrecherchen Übersichtsarbeiten erstellt, um daraus Erkenntnisse für



Gesundheitsamt, © Bild: Stadt Oldenburg



Hörsaalzentrum bei Nacht: Universität Oldenburg
© Bild: Martin Remmers

weitere erforderliche Schritte zu gewinnen. Erste Artikel sind zur Veröffentlichung eingereicht. Nach den Erkenntnissen zum aktuellen internationalen Forschungsstand werden wir im weiteren Projektverlauf partizipative Forschungsansätze im Rahmen von empirischen Erhebungen nutzen, um Bedarfe von Schülerinnen und Schülern zum Thema Suizidalität in Schule festzustellen. Abschließend sollen sowohl Praxismodelle als auch Module für die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften entwickelt und anschließend evaluiert werden.

Dieses Projekt wird also helfen, Zuständigkeiten und Verantwortung zu klären, das handlungsrelevante Wissen über Suizidalität im Kontext Schule bei den Akteuren zu vertiefen und so dem aktuellen Erleben von Hilflosigkeit bei den pädagogischen Kolleginnen und Kollegen in Schule entgegenzuwirken. ■

Weitere Informationen finden Sie unter:

<https://www.oldenburg.de/startseite/lebensumwelt/soziales/gesundheitsamt/beratung-und-publikationen/sozialpsychiatrischer-dienst/wissenschaft-und-forschung/forschungsprojekt.html>



Sollten Sie selbst Suizidgedanken haben oder bei anderen Personen wahrnehmen, wählen Sie den Notruf 112. Kostenfreie Hilfe bietet auch die Telefonseelsorge unter 0800 1110111 oder 0800 1110222.

KONTAKT

Dr. Christina Vesterling
Dr. Peter Orzessek
Stadt Oldenburg, Gesundheitsamt,
Sozialpsychiatrischer Dienst
spdi@stadt-oldenburg.de

KREIS SEGEBERG 283.000 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 2002

Bücherliste & Bücherkiste –

seelische Gesundheit sichtbar machen

Seelische Gesundheit zu fördern bedeutet, früh anzusetzen, Hemmschwellen abzubauen und Menschen dort zu erreichen, wo sie leben und lernen. Vor diesem Hintergrund möchten wir im Rahmen des Titelthemas „Seelisch gesund ein Leben lang – Gesundheitsplanung und Gesundheitsförderung in den Kommunen“ das Projekt „Bücherliste & Bücherkiste“ des Arbeitskreis Kinder psychisch belasteter Eltern (AK KPBE) vorstellen. Es versteht sich als kommunales Praxisbeispiel für niedrigschwellige, lebensweltnahe und entstigmatisierende Gesundheitsförderung.

Die Bücherliste ist eine im Arbeitskreis gemeinsam zusammengetragene und fachlich kuratierte Auswahl an Kinder- und Jugendbüchern. Die Bücher greifen unterschiedliche Facetten psychischer Gesundheit auf: Sie klären altersgerecht über Gefühle und seelische Belastungen auf, stärken Selbstbewusstsein und Resilienz, thematisieren Krisen und familiäre Herausforderungen und vermitteln, dass psychische Erkrankungen Teil des Lebens sein können. Ein zentrales Qualitätsmerkmal ist, dass die Bücher von Fachkräften persönlich empfohlen werden und so Orientierung und Vertrauen schaffen.



Ergänzend dazu wurden Bücherkisten mit je 30 Titeln unter Einbezug der Schulsozialarbeiter*innen an den Grundschulen im Kreis Segeberg verteilt. Damit kommen die Bücher direkt in einen zentralen kommunalen Lebensraum von Kindern. Schule und Schulsozialarbeit werden so zu wichtigen Orten, an denen Gespräche über Gefühle, Belastungen und Unterstützungsmöglichkeiten selbstverständlich entstehen können.

Ein Begleitheft in jeder Kiste unterstützt die schulischen Fachkräfte bei der praktischen Nutzung der Bücher. Es bietet kurze inhaltliche Einordnungen, Gesprächsanlässe und Hinweise, wie Kinder behutsam gestärkt und bei Bedarf auf weiterführende Hilfen hingewiesen werden können.

Als Arbeitskreis für Kinder psychisch belasteter Eltern ist es uns zugleich ein wichtiges Anliegen, auch Eltern niedrigschwellig anzusprechen. Ergänzend zur Bücherliste und -kiste verweisen wir daher auf bestehende Unterstützungsangebote, etwa in dem von uns entwickelten „Hilfe-Flyer für Eltern von KiTa- und Grundschulkindern“, der kompakt über Belastungssituationen,

Anlaufstellen und Hilfen informiert und den Kisten in Form von Faltblättern beigelegt ist. Ziel ist es, Hemmschwellen abzubauen und Unterstützung frühzeitig sichtbar zu machen.

Das Projekt verdeutlicht die zentrale Rolle der Kommune in der Förderung seelischer Gesundheit. Kommunale Strukturen, wie hier Grundschulen und Schulsozialarbeit, können als stärkende Lebenswelten wirken, in denen Prävention alltagsnah umgesetzt werden kann. Zugänge zu Unterstützung werden gerecht und niedrigschwellig gestaltet, ohne formale Hürden oder Pathologisierung. Gleichzeitig zeigt die enge Zusammenarbeit von Gesundheitsförderung, Sozialraumgestaltung und psychosozialer Versorgung, wie durch Vernetzung konkrete und wirkungsvolle Angebote entstehen können.

Mit der Vorstellung der Bücherliste & Bücherkiste möchten wir Fachimpulse geben, ein übertragbares kommunales Praxisbeispiel sichtbar machen und den Austausch zwischen Kommunen, Fachkräften und Akteur*innen der Gesundheitsförderung anregen. Ganz im Sinne einer lebenslangen, kommunal verankerten Förderung seelischer Gesundheit.

Das Projekt wird finanziell gefördert durch das Ministerium für Justiz und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein und den Kreis Segeberg sowie unterstützt von der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung in Schleswig-Holstein e.V. ■

KONTAKT

Dr. Sylvia Hakimpour-Zern
Dr. med. Victoria Witt

Arbeitskreis Kinder psychisch belasteter Eltern (AK KPBE),
Kreis Segeberg
dr.victoria.witt@segeberg.de
www.segeberg.de/akkpbe



© Bilder: Kreis Segeberg

SPEYER 50.000 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 2025

Speyer

als Gesunde Stadt im Netzwerk

Seit dem 1. März 2025 ist Speyer Mitglied im Gesunde Städte-Netzwerk und bekennt sich damit ausdrücklich zu einer gesundheitsfördernden, klimaresilienten und zukunftsfähigen Stadtentwicklung. Mit dem Beitritt geht der Anspruch einher, Themen wie Bewegung, ausgewogene Ernährung, psychische Gesundheit, soziale Teilhabe sowie Nachhaltigkeit und Klimaschutz noch konsequenter in die städtische Gesamtstrategie einzubinden.

Eine wichtige Rolle übernimmt dabei das Kommunale Gesundheitsmanagement unter der Leitung von Daniel Fleischmann. Es versteht sich als verbindende Stelle zwischen Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft und fördert die Vernetzung von Selbsthilfegruppen, Vereinen und Initiativen. Durch gezielte Impulse wird eine ressortübergreifende Weiterentwicklung angestoßen, die schrittweise ein stabiles Fundament für eine nachhaltige und alltagsnahe Gesundheitsförderung schafft.

Ab April 2026 startet ein auf zwei Jahre angelegtes Projekt mit dem Titel „Gesundheitslotsen“. Es wird vollständig durch die Techniker Krankenkasse gefördert und fachlich von der eco-partner GmbH begleitet. Ziel ist es, vorhandene Präventions- und Gesundheitsangebote zu bündeln, weiterzuentwickeln und in einen strategischen Gesamtprozess zu überführen.

Zu Beginn steht eine umfassende Bedarfserhebung, die qualitative und quantitative Methoden miteinander verbindet. Ortsbegehungen, eine Online-Befragung sowie Gespräche mit Expertinnen und Experten liefern ein differenziertes Bild der aktuellen Situation. Die Ergebnisse werden ausgewertet, in konkrete Handlungsempfehlungen übersetzt und im Rahmen einer öffentlichen Auftaktveranstaltung vorgestellt. Auf dieser Grundlage folgen Zieldefinition, Maßnahmenplanung und Umsetzung sowie eine abschließende Evaluation.

Im Zentrum des Projekts stehen die Gesundheitslotsinnen und -lotsen; engagierte Bürgerinnen und Bürger, die in einer zweitägigen Schulung zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren qualifiziert werden. Sie erhalten Grundlagenwissen zu zentralen Gesundheitsthemen, Einblicke in Kommunikationsstrategien und praxisnahe Impulse für die Projektarbeit. Ihr Ziel ist es, im Alltag Orientierung zu geben, auf bestehende Angebote aufmerksam zu machen und Zugänge möglichst niedrigschwellig zu gestalten. Das Projekt lebt von dieser aktiven Beteiligung: Eingeladen sind alle, die in Speyer leben, arbeiten, studieren oder zur Schule gehen und die Entwicklung ihrer Stadt mitgestalten möchten.

Auf Basis eines gemeinsamen Gesundheitsverständnisses werden in regelmäßigen moderierten Arbeitstreffen der qua-

lifizierten Gesundheitslotsen in Absprache mit dem für das Projekt gegründeten Steuerkreis passgenaue, bedarfs- und zielgruppenorientierte, verhaltens- und verhältnispräventive Maßnahmen geplant und umgesetzt.

Am Ende der geförderten Projektlaufzeit stehen die Dokumentation sowie eine durch die Gesellschaft für Prävention e. V. begleitete wissenschaftliche Evaluation. Sie bildet die Grundlage für eine dauerhafte Verstetigung durch die Stadtverwaltung Speyer.

Inhaltlich orientiert sich das Vorhaben an den klassischen Handlungsfeldern der Prävention – Ernährung, Bewegung, Suchtmittelkonsum und Stressmanagement – und greift zugleich Themen der Nachhaltigkeit wie Klima- und Hitzeschutz auf. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auch auf dem Aspekt der seelischen Gesundheit. Einsamkeit ist auch auf kommunaler Ebene eine wachsende Herausforderung, der aktiv begegnet werden muss. Dabei geht es weniger um das Schaffen neuer Angebote als um eine bessere Vernetzung und Sichtbarmachung dessen, was bereits vorhanden ist.

Das Projekt verdeutlicht, dass nachhaltige kommunale Gesundheitsförderung nicht bei Einzelmaßnahmen ste-

hen bleibt, sondern seelische Gesundheit als strategische Querschnittsaufgabe über alle Lebenswelten hinweg verankert.

Bei der Maßnahmenplanung profitiert die Kommunalverwaltung Speyer von den Good-Practice-Beispielen anderer Städte, die ebenfalls von eco-partner beim Aufbau kommunaler Gesundheitsstrukturen begleitet wurden. ■

KONTAKT

Daniel Fleischmann
Stadtverwaltung Speyer
daniel.fleischmann@stadt-speyer.de

Antonia Suárez
eco-partner GmbH
a.suarez@eco-gruppe.de
www.eco-partner.de



© Bild: Rido / shutterstock.com

Ein Zebra, ein Spinnennetz und die Frage: „Wie geht es dir?“

„Wie geht es dir eigentlich?“ und „Was bringt deine Augen zum Leuchten?“

Solche Fragen sind in Witten inzwischen Teil des Schulalltags. Kinder sprechen darüber, was ihnen guttut, was sie stärkt und welche Unterstützung sie brauchen. Ziel ist es, ihr Wohlbefinden zu stärken und den Ansatz der Positiven Gesundheit im schulischen Lernen zu verankern. Ein Spinnennetz macht sichtbar, wie verschiedene Bereiche des Lebens zusammenhängen: Körper, Gefühle, Sinn, Freundschaften, Familie und Schule. Das neugierige Zebra „Lucky Fit“ begleitet das Konzept als Maskottchen und vermittelt die Inhalte spielerisch und kindgerecht.

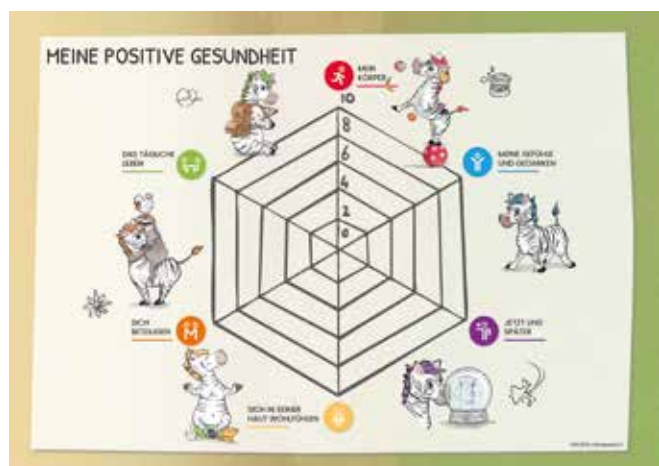
Positive Gesundheit als kommunaler Ansatz

Die seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist eine zentrale Herausforderung kommunaler Gesundheitsförderung. Gerade in Schulen wird sichtbar, wie soziale Ungleichheit und belastete Lebenslagen Wohlbefinden und Lernfähigkeit beeinflussen. Gesundheitsförderung muss deshalb früh ansetzen, eben dort, wo Kinder einen großen Teil ihres Alltags verbringen.

In Witten wird dieser Ansatz im Rahmen des von der Techniker Krankenkasse geförderten Projekts Gesunde Stadt

Witten verfolgt, das von der Stadt Witten und der Universität Witten/Herdecke gemeinsam getragen wird. Grundlage ist das niederländische Konzept der Positiven Gesundheit nach Machteld Huber. Gesundheit wird dabei nicht als statischer Zustand verstanden, sondern als Fähigkeit von Menschen, mit körperlichen, emotionalen und sozialen Herausforderungen umzugehen und ihr Leben aktiv zu gestalten (Huber, 2024).

Zentrales Element ist das Spinnennetz der Positiven Gesundheit mit sechs Dimensionen: körperliche Funktionen, mentales Wohlbefinden, Sinnhaftigkeit, Lebensqualität, soziale Teilhabe und tägliches Funktionieren. Es macht sichtbar,



Spinnennetz der Positiven Gesundheit, grafisch kindgerecht umgesetzt
© Bild: Projekt Gesunde Stadt Witten

wie unterschiedliche Lebensbereiche Gesundheit beeinflussen. Eine wichtige Grundlage für die Entwicklung des Projekts bildete eine im Jahr 2022 durchgeführte Befragung aller 10. Klässler:innen an den weiterführenden Schulen in Witten. Sie lieferte Hinweise auf Belastungen, Ressourcen und das schulische Erleben der Jugendlichen.

Positive Gesundheit im Schulalltag

Vor diesem Hintergrund wurde Positive Gesundheit zunächst an zwei Wittener Gesamtschulen pilotiert. Für diese Arbeit erhielten beide Schulen im Jahr 2025 den Gesundheitspreis NRW. Inzwischen ist der Ansatz fest in beiden Schulkonzepten verankert.



An einer der Schulen arbeiten 9. Klässler:innen als Buddys mit 6. Klässler:innen zu den sechs Dimensionen der Positiven Gesundheit. Themen wie Körpergefühl, Umgang mit Mobbing oder Stress stehen dabei im Mittelpunkt. Die älteren Jugendlichen übernehmen Verantwortung und werden für die Jüngeren zu niedrigschwelligen Ansprechpartner:innen. An der zweiten Schule ist Positive Gesundheit curricular im Unterricht der 6. Klasse verankert und wird durch freiwillige und praxisnahe Mittagsangebote vertieft.

Positive Gesundheit in der Grundschule

Aufbauend auf diesen Erfahrungen wurde der Ansatz mit eigens entwickelten kindgerechten Materialien auf den Grundschulbereich übertragen. Dort ist das Konzept Anfang des Jahres gestartet und bereits fest im Unterricht verankert: Jede erste Klasse hat einmal pro Woche das Schulfach „Meine Positive Gesundheit“, ergänzt durch spielerische Angebote im offenen Ganztage.

Die Fragen „Wie geht es dir?“ und „Was bringt deine Augen zum Leuchten?“ eröffnen Gespräche über Gefühle, Stärken und Herausforderungen. Kinder lernen spielerisch, eigene Bedürfnisse wahrzunehmen, ihre Ressourcen zu benennen



Verleihung des Gesundheitspreises im MAGS Düsseldorf mit Vertreter:innen der Schulen, der Universität Witten/Herdecke, der Techniker Krankenkasse, Karl-Josef Laumann und Projektleitung Gesunde Stadt Witten Heike Bergemann, © Bild: MAGS

und Unterstützungsmöglichkeiten zu erkennen. Das Spinnennetz der Positiven Gesundheit hilft dabei, Zusammenhänge zwischen verschiedenen Lebensbereichen sichtbar zu machen. Zebra Lucky unterstützt als liebevoll gestaltete Figur Gespräche über Gefühle, Wohlbefinden und persönliche Stärken im Alltag.

Die Wirkung zeigt sich laut Projektleiterin Heike Bergemann insbesondere im schulischen Alltag: **„Wenn Kinder lernen, über Gefühle zu sprechen und Unterstützung zu suchen, verändert sich auch das Miteinander in der Schule.“**

Kommunale Gesundheitsförderung als Gemeinschaftsaufgabe

Die Erfahrungen aus Witten zeigen: Kommunale Gesundheitsförderung wirkt besonders dann, wenn Forschung, Verwaltung und schulische Praxis eng zusammenarbeiten. ■

KONTAKT

Heike Bergemann

Projektleitung Gesunde Stadt Witten
heike.bergemann@stadt-witten.de

Literatur

Huber M. (2024). Positive Gesundheit – Das Handbuch. Wie wir lernen können, mit Herausforderungen umzugehen und unser Leben selbst zu gestalten. München: oekom Verlag.

ZDF-Beitrag über das Projekt

<https://www.witten.de/portal/pressemitteilungen/zdf-berichtet-ueber-gesunde-stadt-witten--900001980-37500.html>

Projekt

<https://www.uni-wh.de/folgeprojekt-gesunde-stadt-witten>

<https://www.witten.de/portal/seiten/gesunde-stadt-witten-gewit--900000127-37500.html>



Spaziergang mit AUDIO WALK beim Kompetenzforum 2025 des GSN in Jena zum Thema Seelische Gesundheit, © Bild: Röhlig / Stadt Jena

Beiträge zu weiteren Themen



HÖCHSTADT A.D. AISCH

HÖCHSTADT A.D. AISCH 14.000 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 2020

Eissporthalle Höchststadt an der Aisch

Will sich eine Stadt wie Höchststadt ein Eisstadion leisten?



Diese Frage hat Höchststadt viele Jahre beschäftigt – nicht nur ihre kommunalen Vertreter, sondern fast die ganze Stadtbevölkerung. Abriss und Neubau, ebenso wie eine Generalsanierung würden Millionen verschlingen und ein gewaltiges Loch in den Haushalt dieser Kleinstadtkommune mit ca. 14.000 Einwohnern werfen, die an anderer Stelle, z. B. bei der Straßensanierung, dringend gebraucht würden. Höchststadt hat ein Sportzentrum bestehend aus einem Hallenbad, einem beheizten Wellenfreibad, einem Eisstadion und einer Mehrfachsporthalle – keine übliche Ausstattung für eine Kleinstadt in der Größenordnung von Höchststadt. Die Einrichtungen sind vielmehr Zeugen aus einer Zeit, in der Höchststadt extrem gewachsen und finanziell sehr gut aufgestellt war. Jetzt haben diese Sportstätten, die meist aus den End-70er-Jahren stammen, ihren Zenit weit überschritten. Entscheidungen über den weiteren Verbleib müssen getroffen werden und es sind keine billigen.

In Höchststadt hat die Stadtführung schon immer viel Wert auf Sport und Gesundheit gelegt und immer wieder in den Bau oder Erhalt von Sportstätten investiert. Es gibt in Höchststadt 26 Sport- und Fördervereine, die das Angebot des Sportzentrums rege nutzen. Der ESC, Eis- und Schwimmsportclub Höchststadt e.V., ist mit rund 1.400

Mitgliedern der größte Verein, den es vor Ort gibt, 53% davon Kinder und Jugendliche. Das Engagement des Vereins im Kinder- und Jugendsport ist außergewöhnlich und das Eisstadion als Trainingsstätte unverzichtbar.



Der Höchststadter Eishockeyclub e.V., kurz HEC, ist der einzige Profiverein, den Höchststadt hat und zählt ca. 600 Mitglieder. Der Verein engagiert sich stark in der Nachwuchsförderung und spielt im Profibereich in der Oberliga-Süd (3. Liga). Zudem wird die Halle von allen Altersgruppen und Generationen für den Schul-, Vereins- und Breitensport genutzt. Rund 5.000 Schüler und etwa 50.000 Gäste bei den öffentlichen Läufen nutzen das Angebot pro Saison, von den Zuschauern bei den Oberligaspielen ganz abgesehen. Von 06:00 Uhr morgens bis 01:00 Uhr nachts ist die Halle durchgehend belegt, deshalb sah man die Aufgabe



© Bilder: Stadt Höchststadt an der Aisch

des Eisstadions nicht als Option. Expertenmeinungen und Kostenvoranschläge wurden eingeholt, bis Ende 2019 die Zahlen auf dem Tisch lagen: 9,5 Mio. € für eine Sanierung, 13,5 Mio. € für einen Neubau. Bürgermeister Gerald Brehm und der Stadtrat haben sich Ende 2019 mehrheitlich für einen Neubau entschieden, weil laut Expertenmeinung bei einer Sanierung immer ein 20%iges Risiko bleibt, was die Qualität des Altmaterials angeht. Diese Entscheidung des Stadtrates kam nicht bei jedem Bürger gut an. Nicht jeder ist ein Eissportfan. Doch dann kam alles anders. Die Förderung für den Neubau wurde abgelehnt und Anfang 2020 kam Corona.

Die Einnahmenseite der Stadt sah auf unabsehbare Zeit plötzlich ganz anders aus. Es wurde schnell klar, dass man an dem ursprünglichen Plan nicht festhalten konnte. Folglich wurde wieder in Richtung Sanierung gedacht. Mit der Zusage von 2 Millionen € aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ fiel der Startschuss für abschließende Planungen und Ende 2023 wurde schließlich mit der Generalsanierung begonnen, die soweit möglich, bei laufendem Spielbetrieb umgesetzt wurde. Die Eissporthalle wurde technisch und

thermisch auf den neuesten Stand gebracht. Eine große Photovoltaikanlage soll zukünftig zur Kostensenkung bei den Energiekosten beitragen. Im Zuge der Sanierung entstand auch ein barrierefreier Zugang zu Sanitäranlagen, Kiosk und Tribünen. Der Umbau brachte mehr Nachhaltigkeit und Inklusion. Die Kosten beliefen sich durch extreme Verteuerungen auf rund 16,4 Mio. €. Das ist ein starkes Bekenntnis der Stadtführung zum Sport, zur Jugend, zu einem sozialen Treffpunkt für Jung und Alt und zur Region. Der Erhalt der Eishalle als integraler Bestandteil der sportlichen Infrastruktur ist für die nächsten Jahrzehnte gesichert, aber die Sanierung der maroden Straßen wird wohl noch länger auf sich warten lassen. ■

KONTAKT

Andrea Schütz

Netzwerk für Sport und Gesundheit, Stadt Höchststadt an der Aisch
andrea.schuetz@hoechststadt.de
www.hoechststadt.de

KREIS UNNA 403.000 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 1989

Der Mobile Gesundheitskiosk – Niedrigschwellige Gesundheitsberatung und -aufklärung dort, wo Menschen leben

Ein integrierter Ansatz zur Stärkung von Prävention, Beratung und Gesundheitskompetenz

Für viele Menschen ist es schwierig, einen geeigneten Haus- oder Facharzt zu finden, relevante Gesundheitsinformationen und -leistungen zu erhalten oder sich im deutschen Gesundheitssystem zurechtzufinden.

Besonders betroffen sind Personen mit geringen Deutschkenntnissen oder niedriger Gesundheitskompetenz, sozial benachteiligte Gruppen sowie ältere oder chronisch erkrankte Menschen. Dadurch werden Versorgungsstrukturen teils fehlbeansprucht oder überlastet, während Präventionspotenziale ungenutzt bleiben.

Vor diesem Hintergrund hat das Gesundheitsamt des Kreises Unna

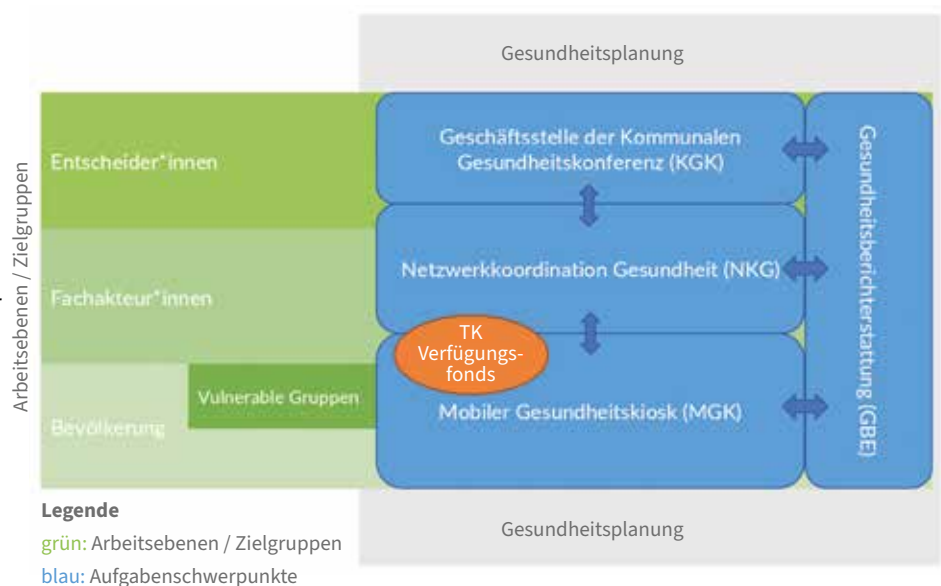


Abb 1: Gesundheitsplanung Kreis Unna (eigene Darstellung), © Bild: Kreis Unna, Gesundheitsplanung

2022 mit Mitteln aus dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst den Mobilen Gesundheitskiosk (MGK) eingerichtet. Drei Gesundheitslots*innen bieten seitdem wohnortnah Beratung und Unterstützung zu gesundheitlichen Fragen an.

Inzwischen wurde das Angebot um Präventionsbausteine ergänzt, um neben der individuellen Beratung auch die Gesundheitskompetenz verschiedener Zielgruppen zu stärken.

Der MGK ist Teil des Gesamtkonzepts einer integrierten Gesundheitsplanung im Fachbereich Gesundheit (Abb. 1).

Was macht das Angebot im Kreis Unna aus?

Unter dem Namen „Gesundheitskiosk“ sind bereits verschiedene Konzepte zur Beratung und Versorgung in Kommunen oder unter Beteiligung der Kommunen umgesetzt worden. Folgende Punkte zeichnen das Angebot im Kreis Unna aus:

- **Mobil:** Um ein niedrighschwelliges, wohnortnahes Angebot zu schaffen, bieten die Gesundheitslots*innen regelmäßige Sprechstunden oder andere Leistungen vor Ort in den 10 Städten und Gemeinden des Kreises Unna an. Dadurch wird er den Besonderheiten der Kreisstruktur gerecht.
- **Integrierte Struktur:** Der Gesundheitskiosk ist eng mit weiteren Bereichen der Gesundheitsplanung verzahnt (siehe Abb. 1). Auf Basis vorhandener Gesundheits- und Sozialdaten erfolgt eine bedarfsgerechte Angebotsplanung. Zudem ist der MGK in die Planung lokaler Gesundheitsförderungsprojekte, finanziert über den TK-Verfügungsfonds im Kreis Unna, eingebunden.

■ **Netzwerkarbeit:** Die enge Zusammenarbeit mit lokalen Akteur*innen des Sozialwesens, Vereinen, Initiativen und anderen Projekten trägt maßgeblich dazu bei, Versorgungsangebote besser zu koordinieren, Zugänge zu erleichtern und bedarfsgerechte Unterstützung zu bieten. Räumlichkeiten der Kooperationspartner können vom MGK genutzt werden.

■ **Beratung und Aufklärung:** Neben individueller Gesundheitsberatung werden mit der Info-Reihe „Gesundheitswissen für alle“ Präventionsthemen wie Krebsvorsorge oder Aufklärung über Hypertonie oder Diabetes in Form von Kurzvorträgen angeboten.

■ **Mehrsprachigkeit:** Beratungen können zum Teil in verschiedenen Sprachen durchgeführt werden oder mithilfe eines Übersetzungsgeräts übersetzt werden.

■ **Kostenlos und unabhängig:** Alle Angebote des Mobilen Gesundheitskiosks sind für die Bürger*innen im Kreis Unna kostenlos und werden unabhängig zur Verfügung gestellt.

Die Gesundheitslots*innen

Die Gesundheitslots*innen verfügen über eine medizinische oder pflegerische Ausbildung sowie ein gesundheitsbezogenes Hochschulstudium. Hilfreich sind zusätzliche Kompetenzen wie Mehrsprachigkeit und Kultursensibilität, um Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen zu erreichen.

Erfahrungswerte

- Bestehende Angebote im Quartier (z. B. Frauenfrühstück, Müttercafé) eignen sich besonders gut, um Gesundheitswissen niedrighschwellig



zu vermitteln. Der Zugang des MGK ermöglicht auch anderen Diensten des Gesundheitsamts, ihre Themen an die Zielgruppen heranzutragen.

- Zielgruppen aktiv aufzusuchen (z. B. durch Impulsvorträge oder auf Veranstaltungen) statt sich auf Sprechstunden zu beschränken.
- Pflege und Ausbau lokaler Netzwerke, da diese Zugänge zu unterschiedlichen Communities eröffnen.
- Es braucht Geduld und Sensibilität, um Angebote bedarfsgerecht auszurichten.

Trotz positiver Rückmeldungen und erfolgreicher Strukturarbeit bleibt die Weiterfinanzierung des MGK eine wesentliche Herausforderung. Die damit verbundene Unsicherheit führte bereits zu Personalwechseln und Einschnitten in das Projekt.

Eine positive Entwicklung ist die in Nordrhein-Westfalen gegründete Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheitskioske (LAG GK NRW), die sowohl den Austausch zwischen den Kommunen fördert als auch die gemeinsamen Interessen stärkt. ■

KONTAKT

Jasmin Meichsner
Netzwerkkoordination Gesundheit
jasmin.meichsner@kreis-unna.de
[www.kreis-unna.de/Gesellschaft/
Gesundheit/Gesundheitsamt/](http://www.kreis-unna.de/Gesellschaft/Gesundheit/Gesundheitsamt/)

LANDKREIS GIESSEN 267.000 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 2020

Gemeinsam Gesundheit gestalten

im Landkreis und in der Universitätsstadt Gießen



Der Landkreis Gießen mit seinem Gesundheitsamt und die Universitätsstadt Gießen haben sich 2025 gemeinsam entschieden, gesundheitsbezogene Strukturen zu entwickeln, um die Gesundheit und Lebensqualität zu fördern. Die hierfür auf den Weg gebrachte Gesamtstrategie „**Gemeinsam Gesundheit gestalten**“ bildet gleichzeitig den inhalt-

lichen Rahmen für eine veränderte Vorgehensweise in der Gesundheitsplanung in der Region. Ziel ist, eine verbindliche und nachhaltige Handlungsgrundlage und ein strategisches Instrument zu entwickeln, um die Voraussetzung für den Landkreis zu schaffen, sich bedarfs- und bedürfnisorientiert in gesundheitspezifischen Themen aktiv im

Sinne der Bevölkerung einzubringen und so langfristig die Gesundheit und Lebensqualität der Einwohner*innen zu verbessern. Die Herausforderungen für das Gesundheitsamt lagen bisher u. a. in der unzureichenden Transparenz und Übersichtlichkeit der Strukturen, handelnden Akteure und Maßnahmen im Landkreis Gießen, auch im Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit der Zentrumsstadt Gießen. Im Landkreis gibt es zahlreiche Akteure bzw. Institutionen und Organisationen, welche sich inhaltlich in die

Gesamtstrategie „Gemeinsam Gesundheit gestalten“



beiden Handlungsfelder „Gesundheitsversorgung“ und „Gesundheitsförderung und Prävention“ aufteilen und in denen ein breites Spektrum an Aktivitäten und konkreten Maßnahmen umgesetzt werden. Dabei besteht zwischen beiden Handlungsfeldern auch eine inhaltliche Schnittmenge.

Ein weiterer inhaltlicher Anknüpfungspunkt ist die Nachhaltigkeitsstrategie des Landkreises aus dem Jahr 2024, in der „Gesundheit“ als Handlungsfeld aufgegriffen wird. Zukünftig sollen unter anderem aktuelle gesundheitsbezogene Entwicklungen zeitnah in die bestehende Gesamtstrategie aktiv einbezogen werden, wie derzeit das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVG). Bestehende Arbeitskreise mit gesundheitsbezogenen Themen werden systematisch in Zusammenhang miteinander gebracht, um Doppelstrukturen zu vermeiden und im Idealfall Synergien miteinander zu entwickeln. Darüber hinaus sollen soziale Fehlentwicklungen in der Kommune identifiziert werden, um diesen mit adäquaten gesundheitsbezogenen Aktivitäten entgegenzuwirken. Für die beiden Handlungsfelder „Gesundheitsförderung und Prävention“ und „Gesundheitsversorgung“ sollen integrierte Konzepte entstehen, welche sich dynamisch an neue Entwicklungen und Bedarfe anpassen sollen. Die Gesamtstrategie „Gemeinsam Gesundheit gestalten“ ist aber bei der Umsetzung nicht als umfassende Vorgehensweise zu verstehen, bei der die gesamten Systeme und Themen gleichzeitig bearbeitet werden. Es gilt vielmehr Themenfelder in den beiden zentralen Handlungsfeldern zu identifizieren, welche eine (zeitlich begrenzte) Priorität haben. Damit wird eine effektive und ressourcenschonende Entwicklung gewährleistet. Die Prioritäten richten sich unter anderem nach der vorliegenden Evidenz, durchgeführten Bedarfs- und Bedürfnisanalysen und gesundheitspolitischen Entwicklungen. Die ersten wichtigen Meilensteine waren unter anderem die politische Verankerung der Gesamtstrategie durch politische Beschlüsse im Landkreis und in der Stadt Gießen. Einer ersten Standortanalyse 2025 folgt aktuell eine Bedarfsanalyse in Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule



Steuerungsgruppe, © Bild: Landkreis Gießen

Mittelhessen (THM). Es wurden Kooperationsvereinbarungen mit der THM und der Justus-Liebig-Universität unterzeichnet. Darüber hinaus wurde eine Vereinbarung mit dem Kreisverband der Hessischen Hebammen abgeschlossen, welche die Gründung eines Netzwerks „Rund um die Geburt“ im Februar 2026 beinhaltet.

Die Entwicklung eines gemeinsamen Leitbilds unter Beteiligung der Selbsthilfe im laufenden Jahr wird ebenfalls bereits vorbereitet sowie die eines Multiplikatorenkonzepts zur Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit. Eine Herausforderung wird sicherlich die Einbindung der 17 weiteren Kommunen im Landkreis sein. Hierzu sollen persönliche Gespräche mit den Bürgermeister*innen geführt werden. Durch diese Entwicklungen ist es gelungen, bis heute mit Mittellakquise über 500.000 € Fördermittel in den Landkreis zu holen, welche für den Aufbau der Strukturen und erste Maßnahmen im Rahmen der Gesamtstrategie „Gemeinsam Gesundheit gestalten“ genutzt werden können. ■

KONTAKT

Rolf Reul

Landkreis Gießen – Fachdienst Gesundheit – Gesundheitsplanung
Rolf.reul@lkgi.de

Blick vom Vetzberg auf Burg Gleiberg und das Gießener Becken, © Bild: Ise-Marie Weiß



Pasig



BIELEFELD 331.000 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 2023

© Bild: addinia / shutterstock.com

Jenseits des Horizonts

Die Gesunde Stadt Pasig auf den Philippinen

Das Netzwerk gesunder Städte (HCN) ist ein weltweites Netzwerk der Weltgesundheitsorganisation (WHO), das in die Regionen der WHO unterteilt ist. Während eines Besuchs in Manila, der Hauptstadt der Philippinen, hatte ich die Gelegenheit, einen Mitarbeiter des Gesundheitsamtes von Pasig City zu interviewen, einer von sechzehn Städten und einer unabhängigen Gemeinde der National Capital Region (NCR) oder Metro Manila.¹ Das HCN wurde 1998 von der WHO auf den Philippinen eingeführt. Marikina City, ebenfalls Teil der NCR, war zusammen mit zwei weiteren Städten der NCR eine Gründungsstadt des HCN. Im Jahr 2001 wurde das philippinische Gesunde Städte-Netzwerk gegründet, eine Nichtregierungsorganisation.² Außerdem wurde 2003 die Allianz der Gesunden Städte etabliert, eine internationale Allianz, um die Gesunde Städte-Bewegung in der Westpazifikregion der WHO auszubauen.³

Die Stadt Pasig hat 853.050 Einwohner (Volkszählung 2024), also 17.600 pro Quadratkilometer. Aufgrund des schnellen wirtschaftlichen und demografischen Wachstums wird erwartet, dass zwischen 2025 und 2030 eine Million Einwohnerinnen und Einwohner in Pasig City leben. Sie ist politisch in 30 Barangays (Stadtteile) unterteilt, die in zwei Distrikte organisiert sind. Die Stadt Pasig ist seit vielen Jahren aktives Mitglied des HCN. Alle lokalen Gesundheitsaktivitäten stehen im Zusammenhang mit dem dezentralen dreistufigen Gesundheitssystem der Philippinen (National [Zentral, Regional], Lokal [Provinzial, Stadt, Kommunal], Privat) sowie den expliziten nationalen und regionalen Gesundheitsplänen und -zielen.⁴ Zum Beispiel gibt es die „8-Punkte-Agenda“ des Gesundheitsministeriums (DOH). Das ist eine mittelfristige Strategie, die aus den nationalen Gesundheitszielen 2023 – 2028 abgeleitet ist und mit dem philippinischen Entwicklungsplan (PDP) 2023 – 2028 koordiniert wird, der wiederum mit der UN-Agenda 2030 und den Zielen für nachhaltige Entwicklung koordiniert ist. Die Stadt Pasig verwirklicht die nationalen Pläne durch ihre lokalen Planungsprozesse: den Pasig City Development Plan, den jährlichen Investitionsplan und insbesondere den lokalen Investitionsplan für Gesundheit.

Enthalten war die „Big V“ (Big Five) Agenda des amtierenden Bürgermeisters Vico Sotto, der am 12. Mai 2025 wiedergewählt wurde, die universelle Gesundheitsversorgung, Wohnungsprogramme, Bildung, öffentliche Konsultationen und Anti-Korruptionsbemühungen fördert.⁵ Neben dem lokalen Investitionsplan für Gesundheit setzt das Gesundheitsamt mit zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern Handbücher um, die vom nationalen Büro für Gesundheitsförderung empfohlen werden und die zentral für Prävention und Gesundheitsförderung sind.⁶ Die Umsetzung geschieht z. B. lokal in den Barangays. Im September 2024 erhielt die Stadt Pasig den WHO-Regionaldirektorenpreis auf der 10. Globalen Konferenz der Allianz der Gesunden Städte in Seoul, Südkorea, für ihre „lange Erfolgsbilanz bei der Umsetzung von Gesunden Städte-Aktivitäten und der Förderung des Ansatzes national und international“.⁷ Ein Verdienst, der zeigt, dass auch eine schnell wachsende Stadt eine Gesunde Stadt sein kann. ■

KONTAKT

Dirk Cremer

Gesundheits-, Veterinär- & Lebensmittelüberwachungsamt, Stadt Bielefeld
dirk.cremer@bielefeld.de

¹ Das Interview wurde Mitte Januar 2025 geführt. Ich danke Herrn Basanca vom Gesundheitsamt der Stadt Pasig und Herrn Batangan und Herrn Akpedonu (beide Institut für philippinische Kultur (ipc), Schule der Sozialwissenschaften, Ateneo Manila Universität), für die Vermittlung. ² https://alliance-healthycities.com/PDF/AFHC_Directory_2014/08Philippines_AFHC2014Directory_01112014.pdf, März 2026, ³ Nakamura, K. (2011). A Network of Healthy Cities in Asia and the Pacific: The Alliance for Healthy Cities. In: Muto, T., Nakahara, T., Nam, E.W. (eds) Asian Perspectives and Evidence on Health Promotion and Education. Springer, Tokyo. https://doi.org/10.1007/978-4-431-53889-9_15, ⁴ Vgl. <https://time.com/collections/time100-next-2025/7318834/vico-sotto/>, März 2026, ⁵ Vgl. <https://www.who.int/westernpacific/news/item/25-09-2024-who-recognizes-healthy-innovative-cities-across-asia>, März 2026

Aus dem Netzwerk





40 JAHRE OTTAWA-CHARTA

Wie steht es um Gesundheitsförderung in Stadt und Land?

Unter diesem Motto fand vom 18. – 20.03.2026 der dies-jährige gelungene Dreiklang aus Mitgliederversammlung, Bundessymposium und vielfältigem Abendprogramm des Gesunde Städte-Netzwerks Deutschland (GSN) in der Region Hannover statt. Wieder einmal kamen Vertreter:innen aus Kommunen, Öffentlichem Gesundheitsdienst, Wissenschaft, Krankenkassen und Zivilgesellschaft zusammen, mit dem Ziel, die interkommunale Vernetzung und die Weiterentwicklung klima- und umweltbezogener, resilienz- und gesundheitsfördernder Strukturen vor Ort zu stärken.

Hannover Erklärung 2026 – „Politik für eine ‚Gesunde Stadt‘ stärkt Demokratie und Lebensqualität“

Rückblickend auf vier Jahrzehnte Ottawa-Charta der Gesundheitsförderung richtete sich der thematische Fokus der Mitgliederversammlung am frühen Nachmittag auf die geplante Reform des GSN, der neu entwickelten Hannover Erklärung 2026 – „Politik für eine ‚Gesunde Stadt‘ stärkt Demokratie und Lebensqualität“. Jana Bauer, Bundeskoordinatorin des GSN, gab zu verstehen: „Die Bedeutung dieser Erklärung liegt sowohl in einem Aufbruch als auch einem Aufruf des GSN und gilt als Zeichen für die konsequente Stärkung kommunaler Verantwortung hinsichtlich gesunder Lebensbedingungen, gesundheitlicher

Chancengleichheit, Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsversorgung, insbesondere in Zeiten gesellschaftlicher und gesundheitlicher Herausforderungen.“ Vor diesem Hintergrund entwickelte sich im Haus der Region Hannover eine lebendige, ausgiebige, offene Diskussion, wie sie nur in Präsenz möglich ist: Die Hannover Erklärung 2026 wurde von den GSN-Mitgliedern ausgiebig debattiert, intensiv beraten, abgestimmt und mehrheitlich bekräftigt. „Gesundheit entsteht in den Lebenswelten der Menschen. Wohnraum, Mobilität, Bildung, Grünflächen, Arbeit, Klima- und Sozialpolitik prägen Gesundheit stärker als jede Einzelmaßnahme. Gesundheitsförderung ist somit kein Randthema kommunaler Politik. Sie ist Kern kommunaler Zukunftsgestaltung und Maßstab für soziale Gerechtigkeit, demokratische Qualität und nachhaltige Entwicklung“, so Dr. Anette Christ, Bundeskoordinatorin des GSN.

Ein gemeinsam für Klimaschutz, Gesundheitsförderung und Resilienz wirkendes Netzwerk

Der Auftakt der Mitgliederversammlung umfasste den Bericht des Sekretariats sowie die Vorstellung der Arbeit der Regionalen Netzwerke und der Kompetenzzentren. Erneut betonten die beiden Bundeskoordinatorinnen nachdrücklich: „Die gemeinsame Arbeit des Netzwerks ist auch in diesen verschiedenen Settings wichtig. Aktuelle Entwicklungen müssen aufgegriffen und thematisiert werden und in die Praxis und zu den Bürger:innen gelangen: Das GSN bietet den Mitgliedskommunen einen Raum, in dem Städte, Kommunen und Initiativen ihre Stimme erheben, aktiv Prozesse gestalten und voneinander lernen können.“ Angesichts des Klimawandels muss das Zusammenwirken von Prävention und Gesundheitsförderung mit klima- und umweltschutzrelevanten Prozessen noch viel sichtbarer und selbstverständlicher werden: So agiert beispielsweise das GSN als Kooperationspartner im Hitzeaktionstag, im November 2025 fand das zweite bundesweite Hitzeservice-Vernetzungstreffen statt und Ende April 2025 wurde im GSN-Sprecher:innenrat einstimmig die Einrichtung des Kompetenzzentrums für Klima und Gesundheit in der Mitgliedskommune Mannheim beschlossen. Klima- und umweltschutzbezogene Gesundheitsförderung bildet somit den Grundpfeiler einer gesunden Stadtentwicklung.

Abendliche Eröffnungsfeier und Willkommenheißen der GSN-Neumitglieder

Der Höhepunkt des ersten Tages war die Eröffnungsfeier in Schloss Landestrost in Neustadt am Rübenberge. Die gemeinsame Busfahrt dorthin wurde durch ein regionales Rätselraten bereichert. Die warmherzige Begrüßung im





Schluss erfolgte durch Frau Ute Lamla, stellvertretende Regionspräsidentin der Region Hannover, und Frau Dr. Andrea Wunsch, Fachdienstleitung Kinder-, Jugend- und Zahnmedizin, Region Hannover.

Da die Region Hannover Gastgeberin war, wurden Bedarfe in Stadt und Land besonders umfassend adressiert. Die unterschiedlichen Perspektiven bildeten sich auch in der Zusammensetzung der neuen Mitgliederkommunen ab, die vom Netzwerk gebührend begrüßt wurden und ihre Mitgliedsurkunden feierlich und mit Freude in Empfang nehmen konnten: die Städte Aschersleben, Braunschweig, Cottbus/Chóśebuz, Fürth, Hagen, Hanau, Kreis Kleve, Kreis Wesel und Wuppertal bereichern künftig das Netzwerk – ein Beleg für die aktuell anhaltende Relevanz des Zusammenschlusses.

Sektempfang, Buffet, geselliges Beisammensein, Poetry Slam und Live-Musik verliehen dem Abend eine ganz besondere Note: Im Rahmen der Feierlichkeiten konnten neue Kontakte geknüpft, gemeinsam geplaudert und neue Kooperationsideen weiterentwickelt werden.

Prüfung von GSN-Themen und Handlungsschwerpunkten der Ottawa-Charta: Erfrischende Debatten

Gleich am zweiten Tag wurden früh morgens die bestehenden GSN-Formate auf den Prüfstand gestellt: Im Rahmen eines World Cafés kamen GSN-Themen auf den Tisch. Die

GSN-Mitglieder nutzten das Angebot, ihre Wünsche und Kritik, beispielsweise hinsichtlich der Arbeit der Regionalen Netzwerke, der Digitalen Sprechstunde, der politischen Arbeit oder der Kommunikationsformate, an das GSN heranzutragen und waren sich einig: „Auch hier sind aufgrund des Open-Space-Ansatzes Transparenz, vertrauensvolles Miteinander und offener Meinungs austausch möglich. Nach wie vor erkennen wir die oben genannten Formate an und schätzen sie als gemeinsame Lernplattformen, Stärkungs- und Vernetzungsmöglichkeiten sehr.“

Weitere zentrale Highlights des Symposiums waren die Fachforen, von denen jedes einem der fünf Handlungsschwerpunkte der Ottawa-Charta entsprach: Entwicklung einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik, Schaffung gesundheitsförderlicher Lebenswelten, Stärkung gesundheitsbezogener Gemeinschaftsaktionen, Entwicklung persönlicher Kompetenzen, Neuorientierung von Gesundheitsdiensten. Beispielsweise stellten im letzten, fünften Fachforum Frau Antonia Goldin, NAKOS, digitale Selbsthilfegruppen und Communities auf Bundesebene sowie Jasmin Meichsner, Kreis Unna, Fachbereich Gesundheit, den „Mobilen Gesundheitskiosk“ zur Debatte. Die Teilnehmenden resümierten: „Die Nutzung von KI und Digitalisierung kann in der Selbsthilfe hilfreich sein, wenn Präsenztreffen nicht möglich sind, zum Beispiel bei Entfernungen mit weiten Anreisen, in wenig besiedelten Gebieten oder der Corona-Pandemie.“ Antonia Goldin fasste zusammen: „In jedem Fall bedarf es einer entsprechenden Kompetenz und eines ‚Code of Conduct‘ sowie eines Ethikkodexes.“ Jasmin Meichsner



sprach für die Teilnehmenden, als sie die neue Form von Gesundheitsdiensten positiv einschätzte: „Mit dem ‚Mobilen Gesundheitskiosk‘ als aufsuchendem niedrigschwelligen ‚Gesundheitslotsen‘ können besonders vulnerable und mehrfach belastete Personen in ihren Quartieren erreicht werden.“ Einen Wermutstropfen gebe es jedoch: „Die fehlende rechtliche und nachhaltige finanzielle Grundlage kann das Gelingen der Kiosk-Arbeit hemmen.“

Der Abschluss des zweiten Tages wurde mit themenspezifischen Stadtführungen – frei nach dem Motto „Hannover entdecken“ – gekrönt.

Selbsthilfe als Schlüssel zu Bürgerbeteiligung und der Public Health Index im internationalen Vergleich

Am letzten Tag diskutierte u. a. Elisabeth Benzing, als ehemalige GSN-Sprecherin jahrzehntelang in der Selbsthilfe und somit für die Zivilgesellschaft tätig, das Selbstverständnis der Selbsthilfe (SH) als Schlüssel zur Bürgerbeteiligung: „Die SH hat in den letzten 50 Jahren deutlich gemacht, was über ein breit angelegtes bürgerschaftliches Engagement erreicht werden kann: Die SH steht für einen relevanten Baustein in gesellschaftlicher und persönlicher Veränderung, für Erfahrungswerte in der Selbstorganisation und, letztlich, für gelebte Demokratie. Damit SH jedoch weiterhin gelingen kann, muss sie als Bestandteil der demokratischen Infrastruktur und der kommunalen Beteiligungsstrukturen institutionell verankert werden – und zwar in der Kommune und im Landkreis, nicht nur in den Krankenkassen.“

Ebenfalls am Freitagvormittag stellte Frau Dr. Sophie Rabe vom AOK-Bundesverband den Public Health Index (PHI) vor. Hier fließen vier Handlungsfelder und Indizes in das übergeordnete Länder-Ranking ein. Dabei wurde Ernüchterndes deutlich: Im internationalen Vergleich und gemessen an den Ausgaben ist der Gesundheitszustand in der deutschen Bevölkerung unzureichend. Die sogenannten „Big Four“ – Rauchen, unausgewogene Ernährung, Alkohol und Bewegungsmangel – sind für 4 von 10 Todesfällen verantwortlich.

Frau Dr. Rabe konstatierte: „Deutschland ist in der Präventionspolitik weit von europäischen ‚Good Practices‘ entfernt.“ Besonders bedauerlich: Ausgerechnet besonders wirksame Maßnahmen der Verhältnisprävention werden bisher kaum bis gar nicht umgesetzt. Dieser Umstand trägt maßgeblich zum schlechten Abschneiden Deutschlands bei. Frau Dr. Rabe hob hervor: „Die größten ungenutzten Potenziale liegen nicht in den Sozialgesetzbüchern, sondern in einer gesundheitsförderlichen Gesamtpolitik.“

Fazit: 40 Jahre Ottawa-Charta – Vermächtnis und Mission zugleich

Anlässlich der Veranstaltung wurde mehr als deutlich: Mit Blick auf die Ottawa-Charta für Gesundheitsförderung hat sich das Gesunde Städte-Netzwerk in den letzten Jahrzehnten sehr weit entwickelt, sieht sich jedoch nach wie vor mit großen Herausforderungen konfrontiert. Professorin Ina Zimmermann, Hochschule Coburg und Moderatorin des Bundessymposiums, gab zu bedenken: „Das Gelingen kommunaler Gesundheitsförderung wird immer noch zu sehr von politischen Rahmenbedingungen, kurzfristigen Finanzierungen und mangelnder intersektoraler Zusammenarbeit bestimmt. Wider besseres Wissen glückt es nicht, wirksame Verhältnismaßnahmen vor Ort umzusetzen. Auch präventions- und gesundheitsbezogener Klima- und Umweltschutz, gesundheitliche Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit, Gesundheitskompetenz und Resilienz zeigen Optimierungspotenzial im gesundheitspolitischen Kontext.“

Doch das GSN lässt sich nicht entmutigen: Die „Hannover Erklärung 2026“ setzt hier an und steht für die Politik einer ‚Gesunden Stadt‘, die Demokratie und Lebensqualität in Zeiten globaler Krisen stärkt. Der unmittelbare Bezug zur Ottawa-Charta, die Erweiterung des 9-Punkte-Programms des Netzwerks und die Ausrichtung auf die WHO trägt zur Sichtbarkeit des GSN bei. Kolja Lange, Koordinator für Gesundheitsförderung, Region Hannover, und Mitgesteher, unterstreicht: „Auf dieser Basis lässt sich gemeinsam ein strategisches GSN-Leitbild entwickeln. Vor allem können deutliche politische Appelle im Namen einer wachsenden Mitgliedschaft – paritätisch getragen durch Kommunalvertretungen und Zivilgesellschaft – zur Verankerung von Prävention und Gesundheitsförderung als festem Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge führen.“

Die GSN-Veranstaltung „40 Jahre Ottawa-Charta“ in Hannover war mehr als nur ein Rückblick – sie ist als Aufruf und Aufbruch in eine gemeinsame gesunde kommunale Zukunft zu verstehen, sie ist Vermächtnis und Mission zugleich – „Gesundheitsförderung in Stadt und Land“! ■

AUTORIN

Dr. Beate Bokhof

Kommunale Gesundheitsberichterstattung und -planung,
Gesundheitsamt, Landeshauptstadt Wiesbaden,
dr.beate.bokhof@wiesbaden.de

Hannover Erklärung 2026 des Gesunde Städte-Netzwerks:

Politik für eine „Gesunde Stadt“ stärkt Demokratie und Lebensqualität

Im Rahmen der Mitgliederversammlung und des Bundessymposiums des Gesunde Städte-Netzwerks der Bundesrepublik Deutschland im März 2026 in der Region Hannover wurde die Hannover Erklärung 2026 diskutiert, im Mai 2026 finalisiert und verabschiedet. Darin fordert das Netzwerk, gesundheitsfördernde Lebensbedingungen als zentrale Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge konsequent zu stärken.

„Wenn wir über die Gesundheit der Bevölkerung sprechen, sprechen wir über weit mehr als rein medizinische Versorgung“, erklärte Jana Bauer, Bundeskoordinatorin in der Geschäftsstelle des Gesunde Städte-Netzwerks in Frankfurt am Main. „Wir setzen uns dafür ein, dass gesundes Leben in der Kommune die Aufmerksamkeit erhält, die es verdient. Die Hannover Erklärung 2026 des Gesunde Städte-Netzwerks macht deut-

lich: Das Ziel einer ‚Gesunden Stadt‘ gehört ins Zentrum kommunaler Politik. In Städten und Gemeinden entscheidet sich, wie gesund und demokratisch unsere Gesellschaft morgen sein wird.“

Dr. Anette Christ, ebenfalls Bundeskoordinatorin in der Geschäftsstelle des Netzwerks in Frankfurt am Main betont: „Knappe Kassen dürfen nicht dazu führen, dass an der Gesundheit der Menschen gespart wird. Statt immer neuer Belastungen braucht es effizientere Strukturen und gleichzeitig deutlich stärkere Investitionen in Gesundheitsförderung und Prävention. Davon profitieren alle Menschen, insbesondere diejenigen in prekären Lebenslagen.“

Als Teil der Healthy-Cities-Bewegung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) setzt sich das Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland

dafür ein, Gesundheit als politisches Leitprinzip und als gemeinschaftliche Verantwortung auf kommunaler Ebene in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu stellen.

Die Hannover Erklärung 2026 des Gesunde Städte-Netzwerks fordert gesundheitliche Chancengerechtigkeit für alle Einwohner*innen. Dazu sind Maßnahmen zur Verbesserung der individuellen Gesundheitskompetenz und der Lebensverhältnisse gleichermaßen notwendig. Die zahlreichen Selbsthilfen und Initiativen vor Ort stellen genauso wie die vielfältigen Strukturen der sozialräumlichen Arbeit in den Kommunen eine grundlegende Ressource und Chance dar. Ihre Stärkung leistet einen wichtigen Beitrag zu Demokratie, Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt und sollte politisches Ziel bleiben. ■



© Bild: Gesunde Städte-Netzwerk

Hannover Erklärung 2026 des Gesunde Städte-Netzwerks

Gesundheit, Demokratie und Zusammenhalt kommunal stärken.

Präambel

In herausfordernden Zeiten, geprägt von Klimawandel, Krieg oder drohender gesellschaftlicher Spaltung, sind kommunale Konzepte für Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsversorgung gefragt. Kommunen schaffen die Lebensbedingungen, unter denen Gesundheit entstehen kann. Sie gestalten Wohnraum, Mobilität, Bildung, soziale Sicherheit, Umweltqualität und Beteiligungsmöglichkeiten. Diese Entscheidungen prägen die Rahmenbedingungen für das körperliche, psychische und soziale Wohlbefinden der Menschen.

Doch die Herausforderungen wachsen: Demokratisches Vertrauen und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind keine Selbstverständlichkeit. Die soziale Ungleichheit verfestigt sich weiter und beeinträchtigt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Digitale Entwicklungen verändern Teilhabe, Kommunikation und soziale Beziehungen. Dies führt zu neuen Chancen, beinhaltet aber auch Risiken wie Polarisierung, Manipulation oder soziale Isolation durch Einsamkeit. Finanzielle Not im kommunalen Haushalt und im Gesundheitssystem sowie Fachkräftemangel verstärken die bestehenden Probleme. Umweltbelastungen sowie zunehmende geopolitische Veränderungen treffen besonders Menschen, die sich nicht schützen können – letztendlich sind wir alle betroffen.

Die **Hannover Erklärung 2026 des Gesunde Städte-Netzwerks** nimmt sich dieser Herausforderungen an und stellt bewusst Gesundheit als Querschnittsaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge in den Mittelpunkt.

Als Teil der Healthy-Cities-Bewegung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) setzen wir¹ uns dafür ein, Gesundheit als politisches Leitprinzip und als gemeinschaftliche Verantwortung auf kommunaler Ebene² in den Fokus politischen Handelns zu stellen.

Unser Handeln steht dabei in der Tradition der Ottawa-Charta³ zur Gesundheitsförderung, die dieses Jahr 40 Jahre Bestehen feiert. Ihre Prinzipien entwickeln wir unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts weiter.

In Hannover bekräftigen wir:

- **Gesundheit entsteht in den Lebenswelten der Menschen. Wohnraum-, Mobilitäts-, Bildungs-, Grünflächen-, Arbeits-, Klima- und Sozialpolitik prägen Gesundheit nachhaltig.**
- **Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung sind Kern kommunaler Politik und Maßstab für soziale Gerechtigkeit, demokratische Qualität und nachhaltige Entwicklung.**

Unser gemeinsamer Anspruch und unsere Forderung an die Gesundheitspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Gesundheit als Leitprinzip kommunaler Politik

- Wir stärken den Ansatz „Health in and for All Policies (HifAP)“. Gesundheitliche Auswirkungen politischer Entscheidungen werden systematisch berücksichtigt und in kommunalen Entscheidungsprozessen sichtbar gemacht.
- Wir fördern eine aktive Zusammenarbeit mit allen relevanten Politikfeldern. Gesundheit verstehen wir als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe kommunaler Politik.
- Die strategische Weiterentwicklung des Gesunde Städte-Netzwerks der Bundesrepublik Deutschland orientiert sich an den „7P’s“⁴ der WHO-Strategie für das Healthy Cities Network und verbindet Gesundheit, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit in der Stadtentwicklung.

Gesundheitliche Chancengerechtigkeit steht im Mittelpunkt.

- Wir richten unsere Strategien stärker an den Menschen aus, die besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zum Beispiel durch Armut, Umwelt, Diskriminierung, Alter, Geschlecht, Fluchterfahrung, Beeinträchtigungen oder prekäre Lebenslagen. Prävention und Gesundheitsförderung müssen dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Gesundheitsförderung stärkt Demokratieverständnis und den sozialen Zusammenhalt.

- Kommunen sind zentrale Orte demokratischer Erfahrung. Wir tragen dazu bei, dass sich Menschen als aktive Mitgestaltende ihrer Kommune erleben, mit eigenen Ideen, Perspektiven und Beteiligungsformen.

Selbsthilfe als tragende Säule stärken

- Gemeinschaftliche Selbsthilfe ist ein zentraler Pfeiler der Gesundheitsförderung in Deutschland. Kommunen schaffen verlässliche Rahmenbedingungen für Selbsthilfeunterstützung, fördern ihre Sichtbarkeit und sichern ihre strukturelle Einbindung in kommunale Gesundheitsprozesse.
- Wir würdigen und schützen die Rolle von Selbsthilfegruppen als Orte von Empowerment, Stärkung der Resilienz, Solidarität, Wissensaustausch und gelebter Demokratie.

Engagement von Zivilgesellschaft und Initiativen schützen und sichtbar machen

- Die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Einrichtungen und ehrenamtliches Engagement sind unverzichtbare Grundlagen unserer Gesellschaft. Initiativen, freie Träger, Wohlfahrtsverbände, Vereine, Nachbarschaftsnetzwerke und engagierte Bürger*innen tragen wesentlich zur sozialen Stabilität und Gesundheitsförderung bei.
- Wir setzen uns dafür ein, diese Strukturen zu schützen und im Rahmen einer verantwortungsvollen kommunalen Daseinsvorsorge zu fördern.
- Wir stärken Kooperation, Austausch und partnerschaftliche Verantwortung zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Klima, Umwelt und Gesundheit zusammendenken

- Umwelt- und Klimabelastungen wie zunehmende Schadstoffe im Wasser und im Essen, Hitze, Luftqualität, Extremwetter, der Verlust von Biodiversität sind Gesundheitsfragen!
- Wir orientieren uns am integrierten Verständnis von Umwelt (alle Ökosysteme) und Gesundheit.
- Wir setzen uns für eine gesunde Stadt- und Landentwicklung ein und handeln generationengerecht.

Vorsorge und Resilienz als Daueraufgabe verankern

Krisen⁵ sind keine Ausnahme mehr, sondern Teil kommunaler Realität. Langfristige und integrierte Präventionsstrukturen erhöhen Resilienz und senken Folgekosten, zudem sorgen sie für gesellschaftliche Stabilität und stärken Demokratie.

Im Rahmen der Gesundheitsplanung entwickeln wir integrierte Strategien, die soziale, gesundheitliche und ökologische Risiken gemeinsam betrachten. Resiliente Kommunen investieren in belastbare Strukturen, verlässliche Netzwerke und solidarische Nachbarschaften.

Gemeinsam politisch wirksam sein

Wir machen gute Praxis sichtbar, fördern interkommunalen Austausch und bringen kommunale und zivilgesellschaftliche Perspektiven aktiv in Landes- und Bundesebene sowie in europäische Diskurse ein.

Schluss

Die Hannover Erklärung ist Ausdruck unserer gemeinsamen Zielsetzung, Gesundheitsförderung strukturell zu stärken, demokratische Teilhabe auszubauen und gesundheitliche Chancengerechtigkeit zum Maßstab kommunaler Entwicklung zu machen.

- **Gemeinsam gestalten wir Kommunen, in denen Gesundheit für alle möglich ist.**
- **Die Mitgliederversammlung und das Bundessymposium in der Region Hannover 2026 stehen für diesen Aufbruch.**

Die Hannover Erklärung 2026 des Gesunde Städte-Netzwerks wurde auf der Mitgliederversammlung des Netzwerks im März 2026 verabschiedet und nach redaktioneller Überarbeitung und Finalisierung am 26.05.2026 veröffentlicht.

Gez. Sekretariat und Beirat des Gesunde Städte-Netzwerks

¹ Mitglieder des Gesunden Städte-Netzwerkes

² Siehe Anhang: Fünf Handlungsfelder der Ottawa-Charta

³ Siehe Anhang: Relevanz der Ottawa-Charta für die Umsetzung von Gesundheitsförderung auf kommunaler Ebene

⁴ Seven core themes (7 P's) of the framework for Phase VIII of the WHO European Healthy Cities Network

⁵ Hierzu gehören kriegerische Ereignisse, Pandemien, Strommangellagen, Hitzeglocken, Hochwasser, Dürren u. a.

Anhang

Fußnote 2

Gesundheitsförderung im Gesunde Städte-Netzwerk Deutschland wird nach den fünf Handlungsfeldern der Ottawa-Charta als kommunale Querschnittsaufgabe verstanden und konsequent auf lokaler Ebene umgesetzt:

- gesundheitsförderliche Gesamtpolitik zu entwickeln
- gesundheitsfördernde Lebenswelten zu schaffen
- gemeinschaftliches Handeln zu stärken
- persönliche Kompetenzen zu fördern
- Gesundheitsdienste stärker präventiv und partizipativ auszurichten

Fußnote 3

Relevanz der Ottawa-Charta für die Umsetzung von Gesundheitsförderung auf kommunaler Ebene

Die Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung der WHO bildet seit 1986 die internationale Grundlage moderner Gesundheitsförderung. Ihre Aktualität ist heute größer denn je. Angesichts wachsender sozialer Ungleichheiten, des Klimawandels, demografischer Veränderungen, multipler Krisen und zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung liefert die Ottawa-Charta ein zeitloses und zugleich hochaktuelles Orientierungsmodell für kommunales Handeln.

Gesundheit entsteht nicht allein im Gesundheitswesen, sondern dort, wo Menschen leben, arbeiten, lernen und sich begegnen. Genau hier setzt die Ottawa-Charta an: Sie versteht Gesundheit als Ergebnis sozialer, ökologischer, wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen. Kommunen sind die zentrale Ebene, auf der diese Bedingungen konkret gestaltet werden. Stadtentwicklung, Mobilität, Wohnen, Bildung, Umwelt- und Sozialpolitik prägen maßgeblich die Gesundheitschancen der Bevölkerung – in Städten ebenso wie in ländlichen Räumen.

Die fünf Handlungsfelder der Ottawa-Charta sind unmittelbar auf kommunales Handeln übertragbar. Gesundheitsförderliche Gesamtpolitik entspricht dem heutigen Ansatz von „Health in All Policies“ und

fordert, gesundheitliche Auswirkungen systematisch in allen Politikfeldern mitzudenken. Die Gestaltung gesundheitsfördernder Lebenswelten spiegelt sich in klimaresilienten Quartieren, sicheren öffentlichen Räumen, nachhaltiger Mobilität und sozialer Infrastruktur wider. Die Stärkung gemeinschaftlichen Handelns unterstreicht die Bedeutung von Partizipation, sozialem Zusammenhalt und lokaler Demokratie. Die Förderung persönlicher Kompetenzen zielt ab auf Gesundheitskompetenz, Bildung und Empowerment. Die Neuausrichtung von Gesundheitsdiensten hin zu Prävention und Partizipation gewinnt angesichts knapper Ressourcen und wachsender Bedarfe zunehmend an Bedeutung.

Die Ottawa-Charta ist dabei kein statisches Dokument, sondern ein dynamischer Bezugsrahmen. Ihre Prinzipien lassen sich mit aktuellen Konzepten wie sozialer Gerechtigkeit, Inklusion, planetarer Gesundheit, One Health und kommunaler Resilienz verbinden. Sie bietet Kommunen eine gemeinsame Sprache und ein international anerkanntes Wertefundament, um

Gesundheit, Nachhaltigkeit und Demokratie integriert zu denken und umzusetzen.

Gerade auf kommunaler Ebene trägt die Umsetzung der Ottawa-Charta zur Stärkung demokratischer Prozesse bei. Beteiligung, Transparenz und Empowerment fördern Vertrauen, soziale Kohäsion und gemeinsame Verantwortung. Gesundheitsförderung wird so zu einem Beitrag für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Frieden.

Die Orientierung an der Ottawa-Charta unterstützt Kommunen dabei, Gesundheitsförderung strategisch, ressortübergreifend und langfristig zu verankern. Sie schafft Klarheit über Ziele, erleichtert Kooperationen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene und stärkt die Legitimation kommunalen Handelns. Damit ist die Ottawa-Charta auch heute ein zentraler Referenzrahmen für eine zukunftsfähige, gerechte und nachhaltige Kommunalpolitik. Ihre konsequente Anwendung auf lokaler Ebene ist ein wesentlicher Schlüssel, um gesunde Lebensverhältnisse für alle Menschen – in Stadt und Land – zu ermöglichen.



Dr. Anette Christ in das Advisory Committee des europäischen WHO Gesunde Städte-Netzwerks gewählt

Das Gesunde Städte-Netzwerk Deutschland kann einen Erfolg verzeichnen: Die Bundeskoordinatorin Dr. Anette Christ wurde für die Amtsperiode 2026 bis 2028 in das Advisory Committee des europäischen WHO Gesunde Städte-Netzwerks gewählt. In diesem Gremium wird sie gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern weiterer nationaler Gesunde Städte-Netzwerke aus Europa die Interessen der Mitglieder auf europäischer Ebene vertreten und die strategische Weiterentwicklung des Netzwerks mitgestalten.

Das Advisory Committee begleitet die Umsetzung der übergeordneten Ziele des europäischen WHO Gesunde Städte-Netzwerks während der Akkreditierungsphase VIII. Im Mittelpunkt stehen die Förderung von Gesundheit, Wohlbefinden und Chancengerechtigkeit sowie die Bewältigung aktueller städtischer Gesundheitsherausforderungen durch Zusammenarbeit, Innovation und nachhaltige Entwicklung. Ziel ist es, gesündere, inklusivere und resilientere Städte für alle Menschen zu schaffen. Zu den Aufgaben von Dr. Christ gehören unter anderem die Mitwirkung bei der Planung und Koordination von übergeordneten Netzwerkaktivitäten und Veranstaltungen, die Förderung des Austauschs zwischen den Mitgliedern sowie die aktive Beteiligung an den Gremien und Sitzungen des europäischen Netzwerks.

Unabhängig von ihrer Tätigkeit im Advisory Committee übernimmt Dr. Christ zudem gemeinsam mit der britischen Netzwerkkoordinatorin Anne McCusker die Co-Leitung der neu gegründeten Arbeitsgruppe „Resilient Systems“. Diese ist eine von insgesamt acht thematischen Arbeitsgruppen und Task Forces des europäischen WHO Gesunde Städte-Netzwerks. Die Arbeitsgruppe soll durch ihre Funktion Städte dabei unterstützen, ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber gesundheitlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Krisen zu stärken. Im Fokus stehen die Verbesserung von Risikoanalysen und Vorsorgeplanung, die Förderung sektorübergreifender Zusammenarbeit sowie die Sicherung essenzieller Dienstleistungen in Krisensituationen.



© Bild: Gesunde Städte-Netzwerk

Geplant sind unter anderem die Entwicklung praxisnaher Handlungsempfehlungen, aber auch die Bereitstellung von Bildungs- und Politikmaterialien für die kommunale und nationale Notfallplanung.

Die neue Arbeitsgruppe wird erstmals beim Annual Business Meeting und der Technical Conference des europäischen WHO Gesunde Städte-Netzwerks vorgestellt, die vom 16. bis 18. Juni 2026 in Viana do Castelo (Portugal) stattfindet. Im Rahmen einer interaktiven Veranstaltung zum Schwerpunktthema „Prepare“ der Phase VIII sollen gemeinsam mit Netzwerkmitgliedern und weiteren Partnern Prioritäten und Kooperationsmöglichkeiten diskutiert werden.

Mit der Wahl von Dr. Anette Christ in das Advisory Committee und ihrer Rolle in der Arbeitsgruppe „Resilient Systems“ erhält die deutsche Gesunde Städte-Bewegung eine starke Stimme auf europäischer Ebene und kann die Weiterentwicklung gesundheitsfördernder und resilienter Kommunalpolitik künftig noch aktiver mitgestalten. ■

Prof. Dr. Raimund Geene in das Scientific Committee des europäischen WHO Gesunde Städte-Netzwerk berufen



© Bild: Raimund Geene

Mit Prof. Dr. Raimund Geene wurde ein ausgewiesener Experte für Gesundheitsförderung und Prävention in das Scientific Committee des europäischen WHO Gesunde Städte-Netzwerks berufen. Das neu gewählte Gremium wird die europäische Gesunde Städte-Bewegung in der Netzwerkphase VIII (2026–2030) wissenschaftlich begleiten und die Arbeit des Netzwerks für den Zeitraum 2026–2028 unterstützen.

Das Scientific Committee besteht aus unabhängigen Fachleuten unterschiedlicher Disziplinen und berät das WHO-Regionalbüro für Europa sowie die Mitgliedsstädte des Netzwerks. Ziel ist es, die Strategien, Instrumente und Aktivitäten des Netzwerks auf eine solide wissenschaftliche Grundlage zu stellen und evidenzbasierte Maßnahmen für Gesundheit, Chancengerechtigkeit und Wohlbefinden in Städten zu fördern. Zu den zentralen Aufgaben gehören die wissenschaftliche und technische Beratung, die Weiterentwicklung von Methoden und Indikatoren, die Unterstützung von Evaluationsprozessen sowie die Förderung des Austauschs zwischen Forschung, Politik und kommunaler Praxis.

Prof. Dr. Raimund Geene ist Professor für Gesundheitsförderung und Prävention mit Schwerpunkt auf kommunalen Ansätzen an der Alice Salomon Hochschule Berlin sowie Forschungsprofessor an der Berlin School of Public Health. Seine wissenschaftliche Arbeit konzentriert sich auf soziallyagenbezogene Gesundheitsförderung, Prävention über den gesamten Lebensverlauf, Kindergesundheit sowie Gesundheitsförderung in Familien und Kommunen. Forschung, Lehre und Praxis verbindet er insbesondere in den Handlungsfeldern Kindertagesbetreuung, kommunale Gesundheitsförderung und gesundheitliche Chancengleichheit.

Seit vielen Jahren engagiert sich Geene an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Praxis. Nach seinem Studium der Politikwissenschaft und einer Promotion zur AIDS-

Politik initiierte er unter anderem den Kongress „Armut und Gesundheit“ sowie die Berliner Landesgesundheitskonferenz. Darüber hinaus verfügt er über umfangreiche Erfahrungen in der Gesundheits- und Sozialpolitik sowie in der Selbstverwaltung des Gesundheitswesens, unter anderem als Patientenvertreter im Gemeinsamen Bundesausschuss und als Mitglied zahlreicher bundesweiter Beiräte und Kommissionen.

Mit der Gesunde Städte-Bewegung ist Geene seit den 1990er-Jahren eng verbunden. Bereits als Student war er an der Umsetzung des WHO-Programms Gesunde Städte in Berlin beteiligt und begleitet die Weiterentwicklung kommunaler Gesundheitsförderung seitdem kontinuierlich. Seine fachlichen Schwerpunkte – darunter soziallyagenbezogene Gesundheitsförderung, Kindergesundheit, der Setting-Ansatz in Kindertageseinrichtungen sowie die Evaluation komplexer Interventionen – sieht er als zentrale Bausteine für die Zukunft gesundheitsfördernder Städte und Kommunen.

Als Mitglied des Scientific Committee möchte Geene seine Erfahrungen aus Forschung, Lehre, Praxisprojekten und Politikberatung in die europäische Netzwerkarbeit einbringen und zugleich zur evidenzbasierten Weiterentwicklung der Gesunde Städte-Bewegung beitragen. Seine Wahl stärkt die deutschsprachige Perspektive im wissenschaftlichen Beirat und unterstreicht die Bedeutung kommunaler Gesundheitsförderung als Schlüssel für gesundheitliche Chancengleichheit und nachhaltige Stadtentwicklung in Europa. ■

Seelische Gesundheit stärken:

Kommunen die „hier sparen“ drohen hohe Folgekosten in den Sozialkassen!

Unter dem Titel **„Seelisch gesund ein Leben lang – Gesundheitsplanung und Gesundheitsförderung in den Kommunen“** fand am 22./23. September 2025 das 7. Kompetenzforum des Gesunde Städte-Netzwerks in Jena in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstädten Weimar, Erfurt und Gera statt. Ein Thema im Mittelpunkt, das zunehmend zur gesellschaftlichen Herausforderung wird. Kommunen, die hier nichts tun, um Erkrankungen zu vermeiden und Betroffenen zu helfen gesund zu werden, drohen Einnahmeausfälle und steigende Sozialausgaben:

**Nichts zu tun für die
psychische Gesundheit,
muss man sich
gesellschaftlich erst
mal leisten können.**

beispielsweise, wenn Menschen wegen einer psychischen Erkrankung nicht mehr arbeiten können oder psychisch kranke Jugendliche erst gar nicht den Weg in die Erwerbstätigkeit finden können.

Fachleute aus Kommunen, Wissenschaft, Gesundheitswesen, Politik und Zivilgesellschaft diskutierten, wie Städte und Gemeinden gemeinsam tragfähige Strategien entwickeln



Zu sehen auf dem Foto (links nach rechts)
Dr. Franziska Alff, Stadtverwaltung Jena – Fachdienst Gesundheit,
Jana Bauer, Gesundheitsamt Frankfurt am Main,
Prof. Dr. Julia Asbrand, Friedrich-Schiller-Universität Jena,
Madlen Geffert, Techniker Krankenkasse,
Prof. Dr. Peter Tinnemann, Gesundheitsamt Frankfurt am Main und
Kathleen Lützkendorf, Dezernat für Soziales, Gesundheit, Zuwanderung
und Klima der Stadt Jena, © Bilder: Röhlig / Stadt Jena

können, um psychische Gesundheit zu fördern, Belastungen frühzeitig zu erkennen und soziale Teilhabe zu sichern.

Jena ist seit 2024 Mitglied im Gesunde Städte-Netzwerk und arbeitet bereits intensiv an einer integrierten Gesundheits- und Sozialplanung. Besonders eindrücklich waren die Ergebnisse der aktuellen Kinder- und Jugendstudie: Der Anteil stark psychisch belasteter Jugendlicher ist demnach

¹ Stadt Jena: Jenaer Kinder- und Jugendstudie 2024, durchgeführt von ORBIT – Organisationsberatungsinstitut Thüringen e.V.; Ergebnisse veröffentlicht 2025.
<https://bildung.jena.de/de/kinder-und-jugendstudie>; Die Studie befragte knapp 1.400 Kinder und Jugendliche zu Lebenslagen, Interessen und Problemlagen.

von 7,6 Prozent im Jahr 2017 auf 21,4 Prozent im Jahr 2024 gestiegen. Die Studie zeigt zusätzlich hohe Belastungen durch Stress, Unsicherheit, Leistungsdruck und Einsamkeit.¹

Diese Erkenntnis sollte politische Konsequenzen nach sich ziehen und ist ein deutlicher Auftrag an Politik und Gesellschaft. Eine Forderung, die auch durch die anwesenden kommunalen Mitglieder bestärkt wurde: „Politische Entscheidungen basierten zu selten auf Daten und Evaluation. Auch wenn diese immer eingefordert werden, werden sie häufig ignoriert.“

Prof. Dr. Julia Asbrand der Universität Jena machte in ihrem Vortrag zur psychischen Gesundheit in Zeiten multipler Krisen deutlich: „Nichts zu tun für die psychische Gesundheit, muss man sich gesellschaftlich erst mal leisten können. Als Kosten der Klimakrise zählen auch negative psychosoziale Folgen, während Klimaschutz das Potenzial für Gesundheitsschutz hat.“

Das Gesunde Städte-Netzwerk fordert daher, das Thema Gesundheitsfolgenabschätzung auf kommunaler Ebene kon-



Seelische Gesundheit ist ein Grundpfeiler für Selbstwirksamkeit, Lebenszufriedenheit und gesellschaftliches Miteinander.

sequent in allen Ressorts zu verankern, mit klaren Ressourcen auszustatten und stärker mit anderen Politikfeldern – von Bildung über Stadtentwicklung bis zum Klimaschutz – zu verbinden, um präventiv wirksam sein zu können.

Die zentrale Botschaft des Kompetenzforums lautet:

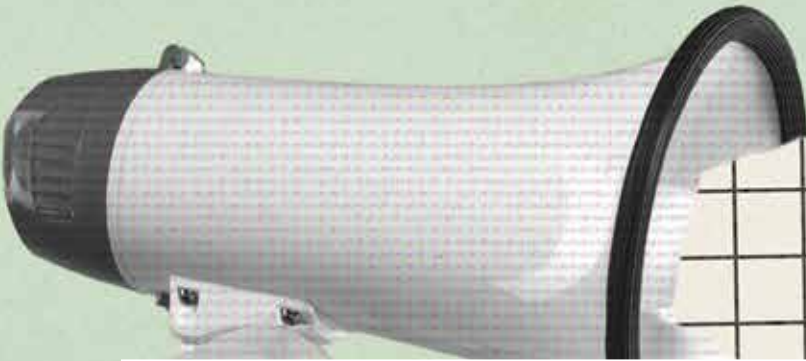
„Seelische Gesundheit ist ein Grundpfeiler für Selbstwirksamkeit, Lebenszufriedenheit und gesellschaftliches Miteinander. Sie ist eng verbunden mit den Lebensbedingungen, der Bildung, dem sozialen Zusammenhalt, Klimaanpassungskonzepten, der Stadtentwicklung sowie der Frage, ob Menschen Unterstützung und Beteiligungsmöglichkeiten finden. Um sie zu stärken, braucht es integrierte kommunale Strategien (Präventionsketten), die allen Menschen über die Generationen hinweg zugutekommen.“ ■

AUTORIN

Jana Bauer

Gesunde Städte-Sekretariat
jana.bauer@stadt-frankfurt.de

Aktivitäten des Gesunde Städte-Netzwerks 2025/26



Auch im vergangenen Jahr führte das Gesunde Städte-Netzwerk (GSN) eine Vielzahl von Aktivitäten durch, um die Gesundheitsförderung in den Mitgliedskommunen zu stärken.

Themengebiete, die uns besonders beschäftigen:

- Klimanpassungsstrategien und präventives Krisenmanagement in den Kommunen: Klimaschutz ist Gesundheitsschutz
- Gesunde Stadtgestaltung – Stadtplanung, Public Health, ÖGD zusammen denken
- Seelische Gesundheit und Nachbarschaften stärken (Caring Communities, Caring Cities)

A great discussion together with
Ilona Kickbusch, **Katharina Schenk** (Minister of Health, Thuringia), **Anette Christ** (Healthy Cities Network Germany) and **Dagmar Starke** (German Society for Public Health / Federal Association for Prevention and Health Promotion).

Übersetzung anzeigen



Konkrete Aktivitäten

1. **Einführung neues digitales Konzept** für die Erfahrungsberichte der Kommunen, die alle 4 Jahre vorgestellt werden
2. **Fortführung der Digitalen Sprechstunden**
Themen: Prävention von Lachgasverkauf, Ernährung und Kindergesundheit, Longevity, GSN Leitbild, Community Health Nurses, Vorstellung des Praxisleitfadens Pandemie-resiliente Städte und urbanes Pandemiemanagement
3. **NEU: Newsletter** „Infos an das GSN“ seit 2025
4. **Regelmäßige Teilnahme des GSN-Sekretariats an den Regionalverbundssitzungen** Berlin, Regionetzwerk Nord, Flüsse-Netzwerk und Bayern
5. **Organisation sowie aktive Teilnahme an diversen Kongressen, Konferenzen, Tagungen u. a.**
 - **Juni 2025:** GSN in Bursa (Türkei), Internationales Treffen des WHO European Healthy Cities Networks, „Healthy Cities: United for Health and Well-being“
 - **September 2025:** Fachgruppe Gesundheit und Pflege der BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen)
 - **September 2025:** Teilnahme mehrerer Mitglieder am Präventionsforum der Nationalen Präventionskonferenz
 - **September 2025:** 7. Kompetenzforum des GSN in Jena „Seelisch gesund ein Leben lang – Gesundheitsplanung und Gesundheitsförderung in den Kommunen“ (in Kooperation mit den Städten Weimar, Erfurt und Gera)
 - **Oktober 2025:** Statuskonferenz des GKV-Bündnisses für Gesundheit

- **Oktober 2025:** Senior:innenpolitische Konferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Präsentation des GSN und der Arbeit der Initiativenvertretung in Berlin Treptow-Köpenick
 - **November 2025:** Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. (BVPg), digitale Statuskonferenz „Bewegung, Sport und Gesundheit“ (Stephan Schikorra und weitere)
 - **November 2025:** Teilnahme an Podiumsdiskussion „Das 5-Minuten-Quartier für uns alle – auch im Alter – Impulse für eine zukunftsfähige Quartierentwicklung mit kurzen Alltagswegen, weniger Barrieren und mehr Teilhabe“ der Architektenkammer Berlin, gemeinsam mit der URANIA Berlin und dem Tagesspiegel
 - **Dezember 2025:** Konferenz des europaweiten Städtenetzwerks in Brüssel „One Health 4 Cities“ (Teilnahme der Kollegin Marion Chenevas aus München)
 - **März 2026:** Teilnahme am Kongress Armut und Gesundheit:
 - Moderation eines WS bei der Satellitenveranstaltung
 - 2 Fachforen mit der AG Gesunde Stadtentwicklung (AGGSE) Caring communities und Kommerzielle Determinanten in der gesundheitsförderlichen Stadtgestaltung
 - GSN Stand Markt der Möglichkeiten
 - Teilnahme an der Podiumsdiskussion zum Thema 40 Jahre Ottawa-Charta
 - **März 2026:** Mitgliederversammlung und Bundessymposium des GSN organisiert von der Region Hannover
 - **Juni 2026:** WHO Healthy Cities Network Koordinator:innen-Treffen, Viana do Castelo, Portugal – Anette Christ/GSN begleitet den Akkreditierungsprozess des GSN Deutschland für das WHO Healthy Cities Network
 - Mitglied im WHO Advisory Committee (2026 – 2028); Zuarbeit zum WHO Sekretariat
 - Co-Leitung der neu gegründeten Task Force „Resilient Systems“ gemeinsam mit der britischen Netzwerkkoordinatorin
- 6. Dozententätigkeit, u. a.**
- das GSN unterstützt weiterhin das Modul „Prävention & Gesundheitsförderung“ in der Amtsarztfortbildung der AÖGW durch Vorträge
 - im internationalen Arbeitskreis „Urban Planning for Health Equity“, Leibniz-Gemeinschaft für städtische Raumentwicklung



© Bilder: Gesunde Städte-Netzwerk

7. Commitment des Gesunden Städte-Netzwerkes auf der Mitgliederversammlung in Hannover:

Hannover Erklärung des
Gesunde Städte-Netzwerkes 2026

8. Beratende Tätigkeiten auf Landes- und Bundesebene

- Sitz im Beirat für den Pakt ÖGD
- Sitz im beratenden Arbeitskreis des Kooperationsverbundes gesundheitliche Chancengleichheit (KGC-Bundesebene), seit Mai 2023
- beratende Tätigkeit in der Arbeitsgruppe „kommunaler Strukturaufbau/Präventionsketten“ der KGC-Bundesebene
- Vernetzung mit den Landesvereinigungen der KGC
- Mitglied in der AG Gesundheitsfördernde Stadtentwicklung (AGGSE)

9. Beratende Tätigkeiten in Forschungsprojekten

- InnovationsCommunity Urban Health – Hochschule für Gesundheit Bochum (BMFTR), laufend/Beirat
- Leitfragenerstellung im Bereich Schulgesundheitsfachkräfte – Universitätsmedizin Mainz (Innovationsfond), Antrag genehmigt/GSN im Beirat
- NetQua – Erfolgsindikatoren von Gesundheitsnetzen – Uniklinik Freiburg (Innovationsfond), Antrag genehmigt/GSN im Beirat
- DiKomAll: Digitale Kommune für Alle – Hochschule für Gesundheit Bochum (BMFTR), laufend/Beirat
- HEBEDI: Einfluss von Gemeinschaftsgärten – UMM und IRI THESys (BMFTR), laufend/GSN im Beirat
- Klima.Gesund.Kiezblock & KiezTransform – Zentrum für Präventivmedizin und Digitale Gesundheit (BMFTR), laufend/GSN im Beirat
- KOMVEGKSA: Kommunale Versorgung in Gesundheitskrisen – Städte Mannheim, Dortmund, Dresden und CSS der Uni Freiburg (BMFTR), Antragsstellung/GSN im Beirat
- GE.ÜBT – Gesundheit stärken durch Szenario Übungen und Teilhabe – Jade Hochschule Oldenburg (BMFTR), Antragsstellung/GSN im Beirat

Unser neues Mitglied



ASCHERSLEBEN 25.400 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 2026

© Bilder: Stadt Aschersleben

Aschersleben, die älteste Stadt Sachsen-Anhalts, verbindet historische Atmosphäre mit moderner Lebensqualität und einem klaren Blick auf Gesundheit und Prävention. Kulturhighlights wie die Grafikstiftung Neo Rauch, das Internationale Sommeratelier, die Ausstellungen im städtischen Museum, der Zoo Aschersleben und das Kriminalpanoptikum ziehen Gäste aus nah und fern an. Das Sport- und Freizeitzentrum Ballhaus mit Beachhalle, Kletterwand und Schwimmbad sowie das Freibad „Unter der Alten Burg“ machen Bewegung zum Erlebnis für alle Generationen. Zudem macht die Nähe zum Harz Aschersleben zum perfekten Ausgangspunkt für Wanderungen und Ausflüge in Norddeutschlands höchstes Gebirge.

Unter dem Motto „Lernen, Arbeiten, Wohlfühlen“ setzt die Stadt auf Familienfreundlichkeit: Vielfältige Kitas, ein breites Schulangebot, Jugendarbeit in Jugendfreizeitzentren und Jugendclubs sowie zahlreiche Spielplätze und Bewegungsangebote prägen den Alltag.

Gleichzeitig baut Aschersleben seine Rolle als „Gesunde Stadt“ systematisch aus. Die Teilnahme an der Aktion STADTRADELN, Trimm-Dich-Geräte auf der Herrenbreite, eine aktive

Vereinsförderung und vielfältige Bewegungs- und Präventionsangebote mit Sportvereinen, Schulen, Kitas und Krankenkassen machen gesundes Leben vor Ort konkret erfahrbar. Programme wie „Route 60+“, mobile Jugendarbeit mit Sportangeboten oder der Einetallauf schaffen zusätzliche Anreize, aktiv zu bleiben. ■

Lesen Sie hier weiter über Aschersleben und die Ziele als Gesunde Stadt:



<https://gesunde-staedte-netzwerk.de/unsere-neuen-mitglieder>



KONTAKT

Carola Severin

Stadt Aschersleben, Koordinierungsstelle
c_severin@aschersleben.de

Anna Stecher

Geschäftsstellenleitung LVPR e. V.
anna.stecher@lvpr.info





Unser
neues
Mitglied



FÜRTH 133.000 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 2025

© Bild: Stadt Fürth, Sadi

Die Stadt Fürth – Porträt einer fränkischen Großstadt

Fürth liegt im Herzen der Metropolregion Nürnberg und bildet gemeinsam mit Nürnberg und Erlangen eines der bedeutendsten Ballungszentren Bayerns. Mit rund 132.600 Einwohner:innen und Einwohnern ist Fürth die zweitgrößte Stadt Mittelfrankens und wächst seit Jahren kontinuierlich.

Unser Weg ins Gesunde Städte-Netzwerk

Kommunales Gesundheitsmanagement ist für uns nicht erst seit der Umsetzung des Förderprogramms der „GesundheitsregionenPlus“ des Freistaats Bayern ein zentrales Anliegen, konnte jedoch seit 2015 stetig weiterentwickelt und in den städtischen Strukturen verankert werden. Wir sind überzeugt davon,

dass Gesundheit das Fundament für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und eine hohe Lebensqualität ist. Seit dem Jahr 2020 ist das kommunale Gesundheitsmanagement in der Stadtverwaltung verankert. Kooperative Infrastrukturen bestehen zudem bereits im Rahmen des „Gesundheitsforums“ sowie der „Steuerungsgruppe Gesundheit“. In diesen Gremien werden aktuelle Herausforderungen, Gesetzesänderungen sowie Bedarfe und Lösungsansätze diskutiert und Fachthemen vorgestellt, wodurch sie einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung einer präventiven Gesundheitspolitik übernehmen.

Unser Ziel ist es, die Lebensqualität in unserer Stadt langfristig zu steigern, gesundheitliche Ungleichheiten zu reduzieren und ein Umfeld zu schaffen, in dem jede Bürgerin und jeder Bürger die Möglichkeit hat, ein gesundes

Leben zu führen. Die Mitgliedschaft im Gesunde Städte-Netzwerk 2025 ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg und unterstreicht unser Engagement für eine ganzheitliche und zukunftsorientierte Gesundheitspolitik. ■

Lesen Sie hier weiter über
Fürth und die Ziele als
Gesunde Stadt:



<https://gesunde-staedte-netzwerk.de/unsere-neuen-mitglieder>

KONTAKT

Lisa Rogner
Kathrin Kröniger
Amt für Sport und
Gesundheitsförderung, Stadt Fürth
gesundheit@fuerth.de
www.fuerth.de/gesundheit



Liebe Mitglieder,

wir freuen uns sehr, Ihnen in dieser Ausgabe unserer Zeitschrift neun neue Mitglieder vorstellen zu dürfen. Um allen ausreichend Raum zu geben, haben wir die neuen Mitglieder gebeten, für die Zeitschrift eine Kurzvorstellung zu verfassen. Die ausführlichen Porträts stehen Ihnen auf der Website des Gesunde Städte-Netzwerks zum Download zur Verfügung.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Kennenlernen unserer neuen Mitglieder.



Download:
<https://gesunde-staedte-netzwerk.de/unsere-neuen-mitglieder>



Unser neues Mitglied

Braunschweig

BRAUNSCHWEIG 250.000 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 2026

Braunschweig als neues Mitglied im Gesunde Städte-Netzwerk

Braunschweig ist eine traditionsreiche Großstadt in Niedersachsen mit rund 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Stadt gilt als bedeutendes Zentrum für Wissenschaft, Forschung und Technologie und verbindet mittelalterliche Geschichte mit moderner Innovation. Heute ist die Stadt bekannt für ihre Hochschulen und Forschungseinrichtungen, darunter die Technische Universität Braunschweig und die Physikalisch-Technische Bundesanstalt. Gleichzeitig bietet Braunschweig viele Grünflächen, kulturelle Veranstaltungen und ein lebendiges Stadtleben.

Gemeinsam Gesundheit, Lebensqualität und Teilhabe stärken

Mit dem Beitritt zum Gesunde Städte-Netzwerk unterstreicht die Stadt ihr Ziel, Gesundheit als wichtigen Bestandteil kommunaler Entwicklung weiter zu stärken und gesundheitliche Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt zu stellen.

Gesundheit als Querschnittsaufgabe

Eine zentrale Grundlage des Handelns ist die integrierte Sozial- und Gesundheitsplanung. Die Stadt Braunschweig trägt bereits den Titel „Gesundheitsregion“. Diese regionale und überregionale Vernetzung (Gesundheitsregionen Niedersachsen) bildet für die Stadt eine wichtige Grundlage, um Gesundheitsförderung und Prävention gemeinsam mit Partnern und Partnerinnen voranzubringen. Dieser ganzheitliche Ansatz entspricht den Leitideen der WHO und des Gesunde Städte-Netzwerks.



Austausch, Zusammenarbeit und neue Impulse

Mit der Mitgliedschaft verbindet Braunschweig den Wunsch nach intensivem fachlichem Austausch und einer stärkeren bundesweiten Vernetzung mit anderen Kommunen. Das Netzwerk bietet hierfür aus Sicht der Stadt Braunschweig wertvolle Plattformen.

Gesundheitsförderung vor Ort sichtbar machen

Ziel ist es, gesundheitsförderliche Lebenswelten zu schaffen: sichere Wege für Fuß- und Radverkehr, attraktive Grün- und Aufenthaltsflächen, gute Bildungs- und Freizeitangebote sowie Orte der Begegnung.

Beispiele guter Praxis in Braunschweig

Präventionsketten

Kernidee der Präventionsketten ist, Hilfs-, Förder- und Unterstützungsangebote verschiedener Akteurinnen und Akteure so miteinander zu verzahnen, dass sie lückenlos ineinandergreifen und sich an den jeweiligen Entwicklungsphasen orientieren.

Hitzeaktionsplan

Er bündelt Maßnahmen, die vor, während und nach Hitzeperioden greifen – von Information und Aufklärung über konkrete Schutzangebote bis hin zu abgestimmten Notfallstrukturen und kühlen Orten.

Dialogforum gegen Einsamkeit

Ziel war es, Akteurinnen und Akteure zusammenzubringen, Wissen zu bündeln und kommunale Strategien zu entwickeln. Zum Beispiel stellte die Kooperationspartnerin KIBiS – Kontakt, Information und Beratung im Selbsthilfebereich ihre Angebote vor.

Gesundheit und Pflege im Quartier – GepfleQt

GepfleQt ist ein Braunschweiger Modellprojekt der Gesundheitsregion, das Prävention, Gesundheitsversorgung, Pflege und soziale Unterstützung zusammen mit Pflegefachkräften mit besonderen Aufgaben direkt im Quartier stärkt.

Selbsthilfe

Die bestehende Zusammenarbeit zwischen der Selbsthilfe und den Akteurinnen und Akteuren im Gesundheitswesen soll durch die Mitarbeit im Gesunde Städte-Netzwerk auf eine weitere strukturelle Ebene gebracht werden.

Konkret schließt das die Kooperation sowohl mit der Kommune als auch mit weiteren Akteuren und Akteurinnen mit Gesundheitsbezug ein (z. B. psychosozialer, medizinischer und Pflegebereich). Diesem Auftrag folgend hat die KIBiS rund um die Selbsthilfe ein vielfältiges örtliches Netzwerk geknüpft, in dem es bereits Berührungspunkte und gute Kooperationen mit der Stadt gibt. Dies sind z. B. die beiden Fachgruppen „Beratung & Betreuung“ und „Sucht“ des Sozialpsychiatrischen Verbundes oder die Steuerungsgruppe der Gesundheitsregion Braunschweig.

Die Kooperation unter dem Dach des Gesunde Städte-Netzwerkes bietet die Möglichkeit, sowohl die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und KIBiS als zivilgesellschaftliche Vertreterinnen zu vertiefen als auch gesundheitliche Themen im vorhandenen Netzwerk stärker zu verbreiten. ■



© Bilder: Stadt Braunschweig, Daniele Nielsen

Lesen Sie hier weiter über
Braunschweig und die Ziele
als Gesunde Stadt:



<https://gesunde-staedte-netzwerk.de/unsere-neuen-mitglieder>

KONTAKT

Kathrin Knoll

KIBiS Braunschweig – Kontakt, Information und Beratung im Selbsthilfebereich der Paritätischen Sozialdienste Niedersachsen
kibis@paritaetischer-bs.de
www.selbsthilfe-braunschweig.de

Anke Scholz

Dr. Anja Wartmann

Sozialreferat Sozial- und Gesundheitsplanung
gesundheitsplanung@braunschweig.de

Unser neues Mitglied



HAGEN 197.000 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 2025

© Bild: Hans Blossy, 2025

Hagen: Zwischen Stadt, Natur und neuen Perspektiven für Gesundheit

Mit rund 197.000 Einwohner*innen, vier Flüssen und einem außergewöhnlich hohen Grünanteil gilt Hagen als „Tor zum Sauerland“ und zugleich als grünste Großstadt im Ruhrgebiet. Die Stadt verbindet urbane Strukturen mit naturnahen Lebensräumen. Eine Mischung, die auch für die Lebensqualität ihrer Bürger*innen eine zentrale Rolle spielt und besondere Voraussetzungen für Lebensqualität und Gesundheit schafft. Hagen ist Teil einer dynamischen Region und zugleich ein Ort, der durch kurze Wege, vielfältige Quartiere und engagierte lokale Akteur*innen geprägt ist.

Stadt und Wissenschaft im Dialog

Eine Besonderheit Hagens ist die enge Verbindung von Stadt und Wissenschaft: Mit der FernUniversität in Hagen hat die einzige staatliche Fernuniversität Deutschlands hier ihren Sitz und ist weit mehr als nur ein Standortfaktor. In der Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Universität entstehen Impulse für Innovation, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Forschung trifft auf kommunale Praxis, Ideen auf konkrete Umsetzung. Diese gelebte Kooperation trägt dazu bei, Zukunftsthemen wie Nachhaltigkeit, Digitalisierung und soziale Entwicklung gemeinsam voranzubringen.

Gesundheit als gemeinsame Aufgabe

Gesundheit wird in Hagen zunehmend als gemeinschaftliche Aufgabe verstanden. Der Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz koordiniert dafür zentrale Aktivitäten der Gesundheitsförderung und arbeitet eng mit Partner*innen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Versorgung zusammen. Bestehende Strukturen wie die Kommunale Gesundheitskonferenz bieten eine wichtige Plattform und ermöglichen einen kontinuierlichen Dialog zwischen Verwaltung, Politik, Fachpraxis und Zivilgesellschaft.



© Bild: Stadt Hagen

Gleichzeitig werden gesundheitliche Aspekte verstärkt auch in andere kommunale Handlungsfelder integriert wie etwa die Stadtentwicklung oder im Kontext von Klima und Umwelt. ■

Lesen Sie hier weiter über
Hagen und die Ziele als
Gesunde Stadt:



<https://gesunde-staedte-netzwerk.de/unsere-neuen-mitglieder>

KONTAKT

Lucie Hilscher

Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz
Gesundheitsförderung und Prävention
Lucie.Hilscher@stadt-hagen.de

Angelika Stricker

Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz
Gesundheitsförderung und Prävention Selbsthilfe-Büro Hagen
Angelika.Stricker@stadt-hagen.de



© Bild: Shutterstock, Sina Ettmer Photography

Veranstaltungsreihe Klimawandel und Gesundheit

„Der Eisbär schwitzt! Echt jetzt?“

Wie gehen wir mit der Gesundheit unserer Bevölkerung in Zeiten des Klimawandels um? Diese Frage beschäftigt uns als Stadt Hanau schon seit einigen Jahren, sodass bereits im Frühjahr 2021 eine Veranstaltungsreihe zu diesem Thema ins Leben gerufen wurde in gemeinsamer Konzeption des Amtes für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sowie der Volkshochschule Hanau. Unter dem Titel „Der Eisbär schwitzt! *Echt jetzt?*“ werden seit Mai 2021 in verschiedenen (digitalen) Vorträgen und kleinen Exkursionen unterschiedliche Aspekte der lokalen Gesundheitsfürsorge angesprochen und behandelt.

In den vergangenen Jahren drehte sich dabei vieles um die Themen Sonnenbrand und Hautschutz, Trinkwasser und dessen Aufbereitung sowie nachhaltige und klimapositive Ernährungsweise. Dabei hatten interessierte Bürger:innen beispielsweise die Möglichkeit, ein Wasserwerk oder einen Bio-Bauernhof zu besichtigen.

In diesem Jahr widmet sich die Veranstaltungsreihe vordergründig

Extremwetterereignissen. Die Stadt Hanau gehört – wie das gesamte Rhein-Main-Gebiet – zu einer der wärmsten Regionen Deutschlands, sodass sich die Folgen des Klimawandels (Starkregen, Stürme, Hitzewellen mit tropischen Nächten) hier besonders bemerkbar machen. Mit Vorträgen, Aktionstagen, einer „coolen Map“ und Klima-Spaziergängen durch die Stadt werden wichtige Tipps und Hinweise vermittelt, die eine kleine Hilfestellung zur individuellen Gesundheitsprävention geben sollen. ■

Lesen Sie hier weiter über Hanau und die Ziele als Gesunde Stadt:



<https://gesunde-staedte-netzwerk.de/unsere-neuen-mitglieder>

KONTAKT

Dr. Silke Hoffmann-Bär
Magistrat der Stadt Hanau
Leitung Stabsstelle Haus der Gesundheit
silke.hoffmann-baer@hanau.de



© Bilder: Stadt Hanau

Unser neues Mitglied



KREIS KLEVE 320.000 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 2025

Hochschule Rhein-Waal, © Bild: Linda Rozendaal

Kreis Kleve – mehr als niederrhein

Der Kreis Kleve befindet sich in Nordrhein-Westfalen am Niederrhein an der deutsch-niederländischen Grenze und gehört zum Regierungsbezirk Düsseldorf. Das Kreisgebiet grenzt an die Kreise Borken, Wesel und Viersen sowie an die niederländischen Provinzen Gelderland und Limburg. Aktuell beträgt die Einwohnerzahl des Kreises Kleve insgesamt rund 320.000. Die Fläche des Kreises beläuft sich auf 1.233 Quadratkilometer. Zum Kreis Kleve gehören insgesamt 16 Kommunen. Dies sind die Städte und Gemeinden Bedburg-Hau, Emmerich am Rhein, Geldern, Goch, Issum, Kalkar, Kerken, Kleve, Kranenburg, Rees, Rheurdt, Straelen, Uedem, Wachtendonk, Wallfahrtsstadt Kvelaer und Weeze.

Gesundheitsförderung und Prävention

Der Fachbereich „Gesundheit“ der Kreisverwaltung Kleve zeichnet sich durch seine moderne und zeitgemäße Arbeitsweise aus. Dabei steht die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern immer im Fokus, was sich unmittelbar mit dem starken Fokus auf die Bereiche „Gesundheitsförderung“ und „Prävention“ widerspiegelt.

Lesen Sie hier weiter über
den Kreis Kleve und die
Ziele als Gesunde Stadt:



<https://gesunde-staedte-netzwerk.de/unsere-neuen-mitglieder>

KONTAKT

Fabian Heisterkamp
Kreisverwaltung Kleve
Gesundheitsangelegenheiten
fabian.heisterkamp@kreis-kleve.de
www.kreis-kleve.de

Zentrale Themen
wurden dabei
unter anderem
in der 2024 im
Kreistag des
Kreises Kleve
beschlossenen
Nachhaltig-
keitsstrategie
definiert. ■



Reeser Rheinpromenade, © Bild: Stadt Rees



Bedburg-Hau, Schloss Moyland, © Bild: Hans Blossey



Panorama – Schwanenburg – Stiftskirche – Blick Klever Berg
© Bild: Kreis Kleve, Markus van Offern



Unser neues Mitglied **Speyer**

SPEYER 50.000 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 2025

© Bild: Klaus Venus

Speyer – ein lebendiges regionales Mittelzentrum

Speyer ist eine über 2.000 Jahre alte, kreisfreie Stadt am Oberrhein in Rheinland-Pfalz mit rund 50.000 Einwohnenden. Als Dom- und Kaiserstadt mit zwei UNESCO-Weltkulturerbestätten prägt eine lange Geschichte bis heute das Selbstverständnis der Stadt. Gleichzeitig ist Speyer ein lebendiges regionales Mittelzentrum: eine kompakte Stadt mit kurzen Wegen, vielfältigen Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten sowie einer engen Einbindung in die wirtschaftlich starke Metropolregion Rhein-Neckar.

Als Mitglied im Gesunde Städte-Netzwerk Deutschlands stellt die Stadtspitze Gesundheit und Wohlergehen konsequent in den Mittelpunkt ihrer kommunalen Entscheidungen. Das Leitmotiv einer „Lebenswerten Stadt“ leitet sich direkt von einem der zentralen Ziele der strategischen Kommunalpolitik Speyers ab: „Lebensqualität erhalten und ausbauen“. Gesundheit wird dabei als Ergebnis guter Lebensbedingungen verstanden – dazu zählen Mobilität, Umwelt, soziale Teilhabe, Bildungschancen und sicher gestaltete öffentliche Räume.

Um dieses Verständnis praxisnah umzusetzen, wurde innerhalb der Stadtverwaltung die Arbeitsgruppe „Lebenswerte Stadt“ gegründet. In ihr arbeiten der Kommunale Gesundheitsmanager, der Klimaschutzmanager, die Nachhaltigkeitsmanagerin sowie die Stabsstelle „Evidenzbasierte Stadtentwicklung“ eng zusammen.

Ziel dieser interdisziplinären Runde ist es, Gesundheit, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und datenbasierte Steuerung systematisch zu verbinden, um die Rahmenbedingungen für ein gutes, gesundes Leben in Speyer weiter zu verbessern. ■

„Eine lebenswerte Stadt ist für uns eine Stadt, in der alle Menschen – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Alter – gute Chancen auf Gesundheit, Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben haben“

Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler

„Mit Projekten wie den Kommunalen Gesundheitslotsen und dem digitalen Zwilling nutzen wir moderne Instrumente, um Gesundheit und Lebensqualität ganz konkret vor Ort zu stärken. Daten, Beteiligung und Alltagswissen der Menschen in Speyer greifen dabei ineinander“

Bürgermeister Prof. Dr. Alexander Schubert

Lesen Sie hier weiter über
Speyer und die Ziele als
Gesunde Stadt:



<https://gesunde-staedte-netzwerk.de/unsere-neuen-mitglieder>

KONTAKT

Daniel Fleischmann

Kommunales Gesundheitsmanagement der Stadt Speyer
daniel.fleischmann@stadt-speyer.de

Unser neues Mitglied **Wuppertal**

STADT WUPPERTAL 365.000 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 2026

© Bild: Malte Reiter

Die Stadt Wuppertal ist dem Gesunde Städte-Netzwerk beigetreten und setzt damit ein deutliches Zeichen für die Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention auf kommunaler Ebene. Ziel ist es, bestehende Aktivitäten weiterzuentwickeln und neue Impulse für eine nachhaltige Gesundheitsentwicklung zu setzen.

Wuppertal liegt im Bergischen Land in Nordrhein-Westfalen. Mit 364.609 Einwohnerinnen und Einwohnern (Stand: 31.12.2025) zählt Wuppertal zu den größten Städten der Region. Die Stadt erstreckt sich entlang des Flusses Wupper und ist geprägt von einer bewegten Topografie mit zahlreichen Grünflächen und Waldgebieten. Durch ihre zentrale Lage im Rhein-Ruhr-Gebiet ist Wuppertal gut vernetzt und ein bedeutender Standort für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Und so verbindet Wuppertal auf besondere Weise Tradition und Innovation. Die Schwebebahn, seit 1901 ein prägendes Element des Stadtbildes, steht beispielhaft für Vernetzung und zukunftsorientierte Entwicklung. In Kombination mit vielfältigen Gesundheitsangeboten und naturnahen Lebensräumen bietet die Stadt gute Voraussetzungen für gesundheitsförderliche Strukturen.

Ein zentraler Schwerpunkt liegt auf der Prävention. Die Stadt verfolgt das Ziel, gesundheitliche Ressourcen frühzeitig zu stärken und Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein gesundes Aufwachsen, Leben und Älterwerden ermöglichen.

Im Jahr 2025 wurde im Gesundheitsamt Wuppertal sogar eine eigenständige Abteilung für Prävention, Gesundheitsförderung und Gesundheitsberichterstattung eingerichtet. Ziel ist es, gesundheitsfördernde Maßnahmen gezielt zu bündeln, weiterzuentwickeln und strategisch auszubauen.

Ein Beispiel hierfür ist das in diesem Jahr gestartete Quartiersprojekt „Gesund aufwachsen in der Nordstadt“. Es setzt gezielt bei Kindern an und fördert Bewegung, eine ausgewogene Ernährung sowie die psychische Gesundheit.

Parallel dazu wird die Gesundheitsberichterstattung kontinuierlich erweitert. Neben regelmäßigen Berichten zur Kindergesundheit sind künftig auch themenspezifische Schwerpunktbereiche vorgesehen. Für das Jahr 2026 ist ein Bericht zu nicht übertragbaren Erkrankungen geplant.



Gesundheitsbericht 2026, © Bild: Stadt Wuppertal –
Gesundheitsamt Wuppertal

Zunehmend an Bedeutung gewinnt außerdem der Zusammenhang von Klimawandel und Gesundheit. Mit der Entwicklung des Wuppertaler Hitzeaktionsplans wurde dieses Thema ressortübergreifend in der gesamten Stadtverwaltung verankert.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Bereich der sexuellen Gesundheit. Neben der Möglichkeit, sich anonym auf verschiedene sexuell übertragbare Infektionen testen zu lassen, entwickelt das Team auch präventive Angebote. Dazu zählt beispielsweise die Impfkampagne „Heute geimpft. Morgen geschützt.“, mit der für die Impfung gegen Humane Papillomviren (HPV) geworben wird.

Ein wichtiger Kooperationspartner ist für all diese Projekte die Junior Uni Wuppertal. In der Zusammenarbeit werden insbesondere Kinder und Jugendliche frühzeitig an gesundheitliche Themen herangeführt und in ihrer Gesundheitskompetenz gestärkt. Auch ein guter Zugang zu den Eltern besteht.

Die Beitrittsurkunde wurde im Rahmen der diesjährigen Mitgliederversammlung in Hannover an Frau Dr. Linthorst (Geschäftsbereichsleiterin Gesundheit, Klima- und Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Grünflächen und Recht) und Frau Lintjens (Leiterin des Gesundheitsamtes Wuppertal) überreicht.

Mit der Mitgliedschaft ergeben sich für Wuppertal neue Möglichkeiten des fachlichen Austauschs sowie der Weiterentwicklung und Initiierung gesundheitsfördernder Maßnahmen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Bürgerinnen und Bürger und die Förderung gesundheitlicher Chancengleichheit. ■

Lesen Sie hier weiter über Wuppertal und die Ziele als Gesunde Stadt:



<https://gesunde-staedte-netzwerk.de/unsere-neuen-mitglieder>

KONTAKT

Dr. Andrea Neumeyer-Sickinger

Stadt Wuppertal/Gesundheitsamt
Prävention, Gesundheitsförderung und
Gesundheitsberichterstattung
Andrea.Neumeyer-Sickinger@stadt.wuppertal.de



Plakat zur HPV-Impfkampagne:
Heute geimpft. Morgen geschützt.

© Bild: Stadt Wuppertal –
Gesundheitsamt Wuppertal



Dr. Katrin Linthorst und Frau Kirstin Lintjens mit GSN-Urkunde

© Bild: Kirstin Lintjens

Unser neues Mitglied



KREIS WESEL 458.000 Einwohner:innen

GESUNDE STADT SEIT 2025

© Bilder: Kreis Wesel

Der Kreis Wesel liegt am unteren Niederrhein und gehört zur Metropolregion Rhein-Ruhr. Er umfasst 13 Kommunen und hat 457.906 Einwohner (Stand 30.06.2025, Quelle: IT NRW).

Dank seiner zentralen Lage in der europäischen Metropolregion Rhein-Ruhr und der Nähe zu den Niederlanden ist der Kreis Wesel ein attraktiver Wirtschaftsstandort, insbesondere für logistikorientierte Betriebe. Die mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur umfasst unter anderem Logistik, Metall- und Stahlverarbeitung, Chemie, Bau, Ernährungsgewerbe und Gesundheitswirtschaft.

Kulturell bietet der Kreis vielfältige Museen, Einrichtungen und Festivals. Insbesondere der Archäologische Park in Xanten (APX), das LVR-Römer Museum oder das Moerser Jazz Festival sind überregional bekannt. Im Bereich Freizeit überzeugt der Kreis mit einem gut ausgebauten Rad- und Wanderwegenetz sowie zahlreichen familienfreundlichen Angeboten wie Outdoor-Aktivitäten und Workshops.

Die Bildungslandschaft im Kreisgebiet wird seit 2009 durch die Hochschule Rhein-Waal geprägt, die mit einem hohen Anteil englischsprachiger Studiengänge besonders für den internationalen Arbeitsmarkt von Vorteil ist.

Im Fachdienst 53 Gesundheitswesen wurde im Jahr 2025 der Koordinationsbereich „Regionale Gesundheit“ eingerichtet. Das Team fokussiert Gesundheitsförderung und Prävention, greift aktuelle Herausforderungen bedarfsorientiert auf und entwickelt sowie koordiniert entsprechende Maßnahmen.

Mit der Mitgliedschaft im Gesunde Städte-Netzwerk erhofft sich der Kreis Wesel Unterstützung bei diesen Aufgaben. Ziel ist es, die kommunale Gesundheitsförderung weiterzuentwickeln, indem gesundheitsfördernde Strukturen ausgebaut,

Teilhabe gestärkt und gesundheitliche Ungleichheiten langfristig reduziert werden. ■



Hafentempel im Archäologischen Park in Xanten, © Bild: Axel Thünker

Lesen Sie hier weiter über
den Kreis Wesel und die
Ziele als Gesunde Stadt:



[https://gesunde-staedte-netzwerk.de/
unsere-neuen-mitglieder](https://gesunde-staedte-netzwerk.de/unsere-neuen-mitglieder)

KONTAKT

Franziska Wellmann-Peters

Kreis Wesel

Gesundheitswesen

franziska.wellmann-peters@kreis-wesel.de

„Angewandte Gesundheitswissenschaften“

Neuer Master mit Schwerpunkt Psychische Gesundheit an der Hochschule Coburg

Psychische Belastungen nehmen in nahezu allen Lebensbereichen zu – in der Arbeitswelt, in Bildungseinrichtungen und im kommunalen Raum. Die Hochschule Coburg reagiert darauf mit einem neu ausgerichteten Masterstudiengang Angewandte Gesundheitswissenschaften, der ab dem Wintersemester 2026/2027 mit einem klaren Schwerpunkt auf psychische Gesundheit startet. Der Studiengang ist an der Fakultät Angewandte Naturwissenschaften und Gesundheit angesiedelt und baut auf langjähriger Expertise auf: Der Bachelorstudiengang Integrative Gesundheitsförderung besteht seit rund 20 Jahren, der Master Gesundheitsförderung seit etwa zehn Jahren.

Der neue Master vermittelt zentrale Kompetenzen in Prävention, Gesundheitsförderung und Versorgungsentwicklung. Inhaltlich verbindet das Studium wissenschaftliche Methoden – quantitative und qualitative Forschung, Evaluation sowie evidenzbasierte Entscheidungsfindung – mit anwendungsorientierten Modulen. Ein besonderer Fokus liegt auf psychischer Gesundheit, Resilienz und Stressbewältigung. Studierende analysieren sowohl individuelle als auch strukturelle Einflussfaktoren psychischer Gesundheit, etwa in Organisationen, Kommunen oder im Gesundheitswesen.

Aktuelle Entwicklungen wie digitale Gesundheitsanwendungen und eMental-Health-Ansätze sind fest im Curriculum verankert. Weitere Module behandeln umweltbezogene Gesundheitsaspekte, Beratung und Kommunikation sowie ethische und rechtliche Fragestellungen. Der Studiengang folgt damit einem ganzheitlichen Verständnis von Gesundheit, das zunehmend auch in der kommunalen Gesundheitsförderung an Bedeutung gewinnt.

Ein zentrales Merkmal des Masters ist seine ausgeprägte Praxisorientierung – auch in den Prüfungsformen. Neben klassischen Klausuren kommen vielfältige kompetenzorientierte Prüfungsleistungen zum Einsatz: Projektarbeiten, Präsentationen, schriftliche Ausarbeitungen, Portfolios und anwendungsbezogene Konzepte. Viele Prüfungen sind an reale Fragestellungen aus Prävention und Gesundheitsförderung gekoppelt und fördern den Transfer



Prof. Dr. Ina Zimmermann



Prof. Dr. habil. Karin Meißner

© Bilder: Hochschule Coburg

wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis. Team- und Einzelarbeiten stärken zugleich fachliche, methodische und kommunikative Kompetenzen.

Im Studienverlauf bearbeiten die Studierenden ein Praxisprojekt, in dem sie Maßnahmen zur Gesundheitsförderung in Kooperation mit externen Partner*innen entwickeln, umsetzen und evaluieren. Auch die Masterarbeit kann als eigenständiges Forschungs- oder Praxisprojekt angelegt und in Zusammenarbeit mit Kommunen, Einrichtungen oder Unternehmen realisiert werden.

Absolvent*innen qualifizieren sich für Tätigkeiten in der kommunalen Gesundheitsförderung, im Betrieblichen Gesundheitsmanagement, im Öffentlichen Gesundheitsdienst sowie in Forschung und Projektentwicklung. Für Forschungsinteressierte besteht die Möglichkeit, im Anschluss am hochschuleigenen Promotionszentrum Analytics4Health zu promovieren.

Mit dem neuen Masterstudiengang stärkt die Hochschule Coburg ihr Profil im Bereich der Gesundheitsförderung und leistet einen wichtigen Beitrag zur Qualifizierung von Fachkräften, die psychische Gesundheit evidenzbasiert, praxisorientiert und nachhaltig fördern. ■

KONTAKT

Prof. Dr. Ina Zimmermann (Professorin für Gesundheitsförderung und Prävention in den Lebenswelten)
ina.zimmermann@hs-coburg.de

Prof. Dr. habil. Karin Meißner (Professorin für Integrative Medizin in der Gesundheitsförderung, Studiengangsleitung Master Angewandte Gesundheitswissenschaften, wissenschaftliche Leitung Promotionszentrum Analytics4Health)
karin.meissner@hs-coburg.de

Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg:
Fakultät Angewandte Naturwissenschaften und Gesundheit
www.hs-coburg.de



Mitgliederversammlung und Bundessymposium des Gesunde Städte-Netzwerkes

16. – 18. Juni 2027

in München

**Save the
Date!**



© Bild: Michael Nagy

Ressortübergreifende Zusammenarbeit ist ein entscheidender Schlüssel, um den aktuellen Herausforderungen in Kommunen, von den Auswirkungen des Klimawandels über Umweltbelastungen bis hin zu sozialen Ungleichheiten, wirksam zu begegnen. Kommunen kommt dabei eine zentrale Rolle zu, denn hier können mit gesundheitsförderlichen Maßnahmen positive Auswirkungen auf Menschen und Umwelt vor Ort unmittelbar erreicht werden.

Wie können integrierte kommunale Strategien gelingen? Wie lassen sich ressortübergreifende Maßnahmen entwickeln und umsetzen, die gesundheitsförderliche, klimaresiliente und sozialgerechte Lebensräume stärken? Welche Erfahrungen und erfolgreichen Ansätze gibt es bereits und wie können diese auf andere Kommunen übertragen werden?

Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigt sich das Bundessymposium des Gesunde Städte-Netzwerks (GSN), das

2027 in der Landeshauptstadt München stattfindet. Im Mittelpunkt steht der Health-in-All-Policies-Ansatz (HiAP).

Der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) geprägte Ansatz versteht Gesundheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und verfolgt als Ziel, Gesundheit in allen Politik- und Handlungsfeldern zu verankern.

Das Bundessymposium 2027 öffnet sich gezielt über den Public Health-Bereich hinaus und richtet sich ausdrücklich auch an kommunale Akteur*innen, zivilgesellschaftliche Initiativen, Wohlfahrtsverbände sowie Fachorganisationen aus den Bereichen, Umwelt, Soziales, Bildung und Raumplanung.

Die Teilnehmenden erwartet ein vielseitiges Programm mit Impulsvorträgen, Fachforen und interaktiven Diskussionsformaten. Das Bundessymposium bietet Raum für

fachlichen Austausch, den Wissenstransfer zwischen kommunaler Praxis, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie die Vernetzung über Ressort- und Sektorengrenzen hinweg.

Ziel ist es, transferfähige Ansätze für gesundheitsförderliche, klimaresiliente und sozialgerechte Kommunen sichtbar zu machen und praxisnahe Impulse für die Umsetzung vor Ort zu geben.

Wir freuen uns sehr, Sie zur Mitgliederversammlung und Bundessymposium des Gesunde Städte-Netzwerks 2027 in München begrüßen zu dürfen. Weitere Informationen zum genauen Datum, Ablauf, Programm und zur Anmeldung werden Ende des Jahres bekannt gegeben.

Ansprechpersonen:

Marion Chenevas, Laura Geiger und
Zsuzsanna Majzik
sug2.gsr@muenchen.de

